

# Preußische Allgemeine



Nr. 25 · 19. Juni 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



## Wiederkehr der Schönheit

Seit wenigen Tagen thronen Kreuz und Reichsapfel auf der Kuppel des Berliner Schlosses. Ein weiteres Beispiel dafür, wie bürgerliches Engagement die Rekonstruktion prägender Bauten des alten Preußen ermöglicht **Seite 3**



**Geschichte** Die Potsdamer Konferenz der Großen Drei vor 75 Jahren **Seite 10**



**Kulturgeschichte** Auf den Spuren der Schweden in Pommern **Seite 19**

### DEBATTE

## Jetzt wird es grundsätzlich

Aus den Protesten gegen weiße Polizeigewalt in den USA entwickelt sich ein Angriff auf den Kern europäischer und amerikanischer Identität

VON RENÉ NEHRING

Er ist wieder da – der „böse weiße Mann“ als Großschurke der Weltgeschichte. Seitdem am 25. Mai in Minneapolis der Afroamerikaner George Floyd durch weiße Polizisten zu Tode kam, entwickelt sich in den USA und Europa eine breite Debatte über Rassismus und die Unterdrückung Andersfarbiger durch die Weißen.

Schnell blieb es beiderseits des Atlantiks nicht nur bei friedlichen Protesten gegen die Tat von Minneapolis. Nahezu täglich verüben Anhänger der „Black Lives Matter“-Bewegung Gewalt gegen Geschäfte und Polizisten – sowie zunehmend gegen Denkmäler für Persönlichkeiten, die für die amerikanische Siedlungs- und die europäische Kolonialgeschichte von besonderer Bedeutung sind.

So wurde im englischen Bristol eine Statue des Sklavenhändlers Edward Colston in den Hafen gekippt und in Antwerpen ein Denkmal für den belgischen König Leopold II. vom Sockel entfernt. In Richmond (Virginia) wurden sowohl die Statue des Konföderierten-Generals Williams Carter Wickham als auch ein Denkmal für Christoph Kolumbus beschmiert und von ihren Sockeln gestoßen. Hinzu kommen an unzähligen Orten Graffiti und Parolen auf den Denkmälern verschiedenster historischer Akteure – zuletzt in Hamburg am Bismarck-Denkmal in Altona.

Im Zuge dieser Aktivitäten wird immer wieder die historische Schuld böser weißer Männer für das Übel der Welt an-

geprangert. Dass es bei alldem keineswegs nur um die Geschichte geht, lässt sich daran erkennen, dass zu den Organisatoren der gewalttätigen Aktionen in den USA eine „Stop Trump Coalition“ gehört. Seit seiner Wahl zum US-Präsidenten 2016 wird Donald Trump in Politik und Medien immer wieder zum Inbegriff für die „bösen weißen Männer“ – oft um das Wort „alte“ erweitert – von heute erklärt, die sich gegen den Fortschritt verschworen hätten. Als Beleg für den Plural werden unter anderem Boris Johnson (2016 Anführer der Brexit-Bewegung) oder der russische Präsident Putin genannt.

#### Die Geschichte sagt etwas anderes

Doch abgesehen davon, dass die Floskel „böser alter Mann“ ebenso diskriminierend ist wie etwa „dummer Neger“ oder „klauender Zigeuner“, zeigt der unvoreingenommene Blick in die Geschichte, dass die Aussagen der Bilderstürmer Unsinn sind. Richtig ist, dass die jüngere Vergangenheit der USA und Europas untrennbar mit der Sklaverei und dem Kolonialismus verbunden sind. Richtig ist auch, dass es inmitten unserer Gesellschaft Rassismus gibt, der in seiner pauschalen Abwertung anderer Menschen aufgrund ihrer Abstammung in keiner Weise zu tolerieren ist.

Andererseits sind Rassismus und Sklaverei beileibe keine Erfindung weißer Männer. Vielmehr ist die Sklaverei eine der furchtbaren Konstanten der Weltgeschichte. Schon im Babylon Hammurapis I. war die Haltung von Sklaven geregelt. Die Römer erfreuten sich an den blutigen Kämp-

fen der Gladiatoren. Die Herrscher Arabiens handelten sowohl vor als auch nach der Islamisierung mit Gefangenen aus fremden Ländern. Auch im präkolumbianischen Amerika waren fürchterlichste Praktiken der Sklaverei gang und gäbe. Und bis heute werden Arbeitssklaven auf Baustellen und in privaten Haushalten in den Emiraten am Persischen Golf eingesetzt.

Richtig ist, dass auch „böse weiße Männer“ Menschen unterdrückt, erniedrigt und ausgebeutet haben. Aber all dies ist keineswegs ein Spezifikum ihres Wesens. Der wirklich besondere Beitrag der weißen Männer zur Entwicklung der Menschheit ist die Abschaffung der Sklaverei! So war nicht nur Abraham Lincoln, der 1862 die Sklaven in den von der Union abgefallenen Südstaaten für frei erklärte, ein weißer Mann, sondern auch die Philosophen Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant, die als Väter der europäischen Aufklärung gelten. Schon im 13. Jahrhundert regeln die „Magna Charta“ in England und der „Sachsenspiegel“ in Deutschland die allgemeinen Persönlichkeitsrechte. Als erste moderne Menschenrechtserklärung gelten die 1525 im Bauernkrieg verfassten „Zwölf Artikel“. Nahezu alles, worauf sich die heutigen Kritiker der Dominanz alter weißer Männer berufen, wurde überhaupt erst von weißen Männern auf den Weg gebracht!

Apropos Kant: Vor wenigen Tagen erst forderten die Historiker Michael Zeuske und Jürgen Zimmerer, auch den großen Königsberger Gelehrten unter die Lupe zu nehmen, da dieser in seinen anthropolo-

gischen Schriften den europäischen Rassismus mitbegründet habe. So unsinnig derlei Forderungen – auf die einzugehen hier nicht der Platz ist – auch sind, verraten sie doch deutlich, was hier gerade gespielt wird. Es geht eben nicht um Aufklärung über historische Missstände, sondern um das Verkünden neuer Dogmen.

Zurück zur Geschichte: Auch der wissenschaftliche und technische Fortschritt wurde von weißen Männern wie Charles Darwin, Alexander v. Humboldt, James Watt, Gottlieb Daimler, Robert Koch, Wilhelm Conrad Röntgen und vielen anderen geprägt. Weiße Männer haben einen maßgeblichen Anteil daran, dass die Menschen heute eine so hohe Lebenserwartung und einen so hohen Lebensstandard haben wie nie zuvor. Selbst die Tatsache, dass der Hunger in der Welt – mit Ausnahme von Kriegen und Naturkatastrophen – weitgehend verschwunden ist, geht auf die von weißen Männern entwickelte Wirtschaftsform zurück, die wir gemeinhin Kapitalismus nennen.

Die Vergangenheit lehrt freilich nicht nur, den Anschuldigungen gegen die „bösen weißen Männer“ zu misstrauen, sondern auch denjenigen, die deren Denkmäler stürzen wollen. Allzu oft folgte auf den Sturz der Denkmäler vermeintlicher Ausbeuter und Unterdrücker schon bald neuer Terror. Auch die Französische Revolution, die russische Oktoberrevolution und die chinesische Kulturrevolution begannen mit Anklagen gegen angebliche Ausbeuter. Der Rest ist Geschichte – die sich hoffentlich nicht wiederholt.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Die Russen stimmen über die Verfassungsänderung ihres Präsidenten ab **Seite 6**

#### Kultur

Potsdamer Schlosstheater Friedrichs des Großen wartet auf das Corona-Ende **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

Nach Corona-Lockerungen haben in Allenstein die Abiturprüfungen begonnen **Seite 13**

#### Schlesien

Nach drei Monaten ist die Grenze an der Neiße wieder geöffnet **Seite 18**



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer neuen Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Analyse** 2015 öffnete die Bundesregierung die Grenzen für den ungehinderten Zugang von Immigranten. Eine Bilanz nach fünf Jahren

## Kein Gold, das glänzt

Die neuen Mitbürger kosten den Staat eine Stange Geld – Großen Gewinn haben sie bislang nicht gebracht

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nachdem Bundeskanzlerin Angela Merkel und die zuständigen Minister in der Nacht vom 4. zum 5. September 2015 ohne Konsultation des deutschen Parlaments beschlossen hatten, die faktisch ungehinderte Einreise von Asylsuchern aus aller Welt in die Bundesrepublik zu ermöglichen, schwärmte der spätere SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz: „Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold.“

Ähnlich äußerten sich der Daimler-Vorstandsvorsitzende Dieter Zetsche und der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank AG, David Folkerts-Landau: Durch die Einwanderungswelle werde es hierzulande zu einem neuen Wirtschaftswunder kommen. Inzwischen ist diese Euphorie allgemeiner Ernüchterung gewichen, die aus der Kenntnis der mittlerweile bekannt gewordenen Fakten resultiert.

Zwischen Januar 2015 und dem Frühjahr 2020 kamen insgesamt rund 1,7 Millionen Asylbewerber, „Flüchtlinge“ und andere „Schutzsuchende“ nach Deutschland. So lautet zumindest die offizielle Zahl, welche das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte. Dabei ist ungeklärt, in welchem Ausmaß es Doppelerfassungen gab und wie viele „Zuwanderer“ überhaupt nicht in den Statistiken auftauchen.

### 878 Milliarden Euro für „Flüchtlinge“

Die Hauptherkunftsländer der Migranten sind Syrien, Afghanistan und der Irak. Laut BAMF reisten alleine von dort über 1,1 Millionen Menschen ein. Allerdings spiegelten auch viele Palästinenser oder Angehörige anderer arabischer Nationen vor, Bürger dieser Krisenstaaten zu sein, um ihre Chancen auf ein Bleiberecht in Deutschland zu erhöhen.

Die restlichen Asylsucher stammen aus Ländern wie der Türkei, dem Iran, Pakistan, Marokko, Algerien, Tunesien, dem Libanon, Nigeria, Gambia, Guinea, Somalia, Eritrea, Georgien, Albanien, dem Kosovo, Serbien und der Russischen Föderation – es handelt sich hier also mitnichten nur um Bürgerkriegsgeschädigte.

Die Mehrzahl der in den letzten Jahren in der Bundesrepublik ankommenden und immer wieder dramatisierend als



Massenexodus aus Syrien und anderen Krisenländern via Balkan und Österreich über die deutsche Grenze: Im September 2015 spazierten hunderttausende Immigranten ungehindert in das Gebiet der Bundesrepublik hinein. Foto: ddp images

„Flüchtlinge“ bezeichneten Immigranten war männlich. Der Anteil weiblicher Personen egal welchen Alters lag von 2015 bis heute stets nur bei 30 bis maximal 43 Prozent. Die meisten Asylanträge wurden laut BAMF von Minderjährigen unter 16 Jahren gestellt. Danach kommen die Jugendlichen und Jung-Erwachsenen.

In diesem Zusammenhang muss indes auf eine Untersuchung der Universität Münster aus dem vergangenen Jahr verwiesen werden, die ergab, dass wahrscheinlich 40 Prozent der angeblich „minderjährigen Flüchtlinge“ deutlich älter sind als behauptet.

Die bisherigen Kosten der Masseneinwanderung seit 2015 werden von der Regierung Merkel systematisch verschleiert. Konservativen Schätzungen zufolge lagen sie wohl bei rund 93 Milliarden Euro für die Länder und Kommunen sowie 85 Milliarden Euro für den Bund. Das macht 2141 Euro pro Bundesbürger. Die langfristige Belastung des deutschen Staatshauses

hingegen wurde vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim mit bis zu 400 Milliarden Euro veranschlagt, während das Forschungszentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg sogar auf 878 Milliarden Euro kam – und zwar unter der höchst unrealistischen Annahme (siehe Beitrag unten) einer lediglich sechs Jahre währenden Zeitspanne von der Ankunft der „Zuwanderer“ bis zu deren vollständiger Integration in den Arbeitsmarkt.

### Zu hoher Preis für „Weltoffenheit“

Andernfalls könnten Kosten von bis zu 1,56 Billionen Euro entstehen. Das wären dann weitere 18.760 Euro für jeden Deutschen, sofern keine neuen „Flüchtlinge“ mehr eintreffen.

Zu den ökonomischen und gesellschaftlichen Konsequenzen des Ganzen äußerte der Bremer Sozialpädagoge und Volkswirtschaftler Gunnar Heinsohn be-

reits 2016, angesichts von 390 Millionen auswanderungswilligen Menschen alleine in Afrika müsse sich ein Land wie Deutschland entscheiden, ob es seinen Platz unter den wirtschaftlich mächtigsten Nationen der Welt behalten wolle oder lieber jeden tatsächlichen oder vorgeblichen Flüchtling ungeachtet seiner Fähigkeiten und damit Arbeitsmarktchancen aufnehmen möchte. Im letzteren Falle dürfte die Bundesrepublik dann jedoch perspektivisch auf das ökonomische Niveau von Brasilien zurückfallen.

Das wiederum wäre ein Abstieg sondergleichen, denn das Bruttoinlandsprodukt dieses südamerikanischen Landes liegt, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, bei nur etwa einem Fünftel des deutschen Wertes von heute.

Angesichts dessen müssten die Bundesbürger eigentlich umgehend explizit befragt werden, welchen Preis sie für eine „tolerante“, „weltoffene“ und „humanitäre“ Gesellschaft zu zahlen bereit sind.

## ARBEITSMARKT

## Die Ingenieure und Ärzte blieben aus

Die Integration der vielen Immigranten in die Arbeitswelt verläuft schleppend – Verwendung finden vor allem Billiglöhner

Am 8. Dezember 2015 jubelte die Tageszeitung „Die Welt“: „Syrische Flüchtlinge überdurchschnittlich gebildet“ – 86 Prozent besäßen demnach Abitur oder einen Hochschulabschluss. Damit kämen also zahlreiche dringend benötigte Fachkräfte in die Bundesrepublik.

Dahingegen publizierte das „Deutsche Ärzteblatt“ bald darauf einen Artikel mit der Überschrift „Syrische Ärzte über syrische „Ärzte“, in dem es hieß, dass die meisten echten Mediziner das Bürgerkriegsland schon vor etlichen Jahren verlassen hätten und die sogenannten „Ärzte“, welche jetzt bei uns um Asyl ersuchten, „oft Hochstapler“ mit gefälschten Diplomen seien.

Ähnlich verhielt es sich auch mit den anderen „Fachkräften“, die eine „Bereicherung“ für unseren Arbeitsmarkt darstellen sollten. In Wirklichkeit haben nur rund zehn Prozent der „Geflüchteten“ eine Universität besucht.

Dem stehen 16 Prozent Analphabeten beziehungsweise 70 Prozent Menschen ohne Berufsausbildung gegenüber. Darüber hinaus können zwei Drittel der Neuankömmlinge kaum in ihrer jeweiligen Landessprache lesen und schreiben, was natürlich auch den Erwerb von Deutschkenntnissen enorm erschwert. Aber gerade die wären nötig für eine Integration in den Arbeitsmarkt. Und diese ist dann auch dementsprechend schlecht.

Zwar wird immer wieder darauf verwiesen, dass über ein Drittel derer, welche seit 2015 in die Bundesrepublik gekommen sind, heute arbeite und jeder fünfte Immigrant sogar eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausübe.

### Fachkräfteproblem bleibt ungelöst

Das ändert aber nichts daran, dass die „Zuwanderer“ meist nur minderqualifizierte Jobs im Gast-, Reinigungs- und Bewachungsgewerbe sowie auf dem Bau und in der Landwirtschaft ausüben – in der Regel vermittelt über Zeitarbeitsfirmen. Viele davon sind zudem auf geringfügiger Basis tätig oder werden mit einer Vergütung abgespeist, die unter dem gesetzli-

Auf jeden Fall hat die Zuwanderung ab September 2015 zu keinem wirtschaftlichen Aufschwung geführt

chen Mindestlohn liegt, der eigentlich auch für „Flüchtlinge“ gilt.

Deshalb müssen 15 Prozent der arbeitenden „Schutzsuchenden“ zusätzliche Hartz-IV-Leistungen beantragen. Insgesamt beziehen rund zwei Drittel aller „Zuwanderer“ Grundsicherung – wobei hier freilich die Kinder und Erwerbsunfähigen mit zählen. Auf jeden Fall hat die Zuwanderung ab September 2015 zu keinem wirtschaftlichen Aufschwung und auch zu keiner Lösung des Fachkräfteproblems hierzulande geführt.

Auf der Gewinnerseite stehen daher fast ausschließlich solche Unternehmen, welche vom Einsatz der vielen neuen Billiglöhner profitieren. W.K.

## KRIMINALITÄT

## Verbrechern Tür und Tor geöffnet

Der Massenzustrom von tatsächlichen oder angeblichen Flüchtlingen hat die Sicherheitslage hierzulande nachhaltig zum Negativen verändert. So verübten „Schutzsuchende“ 2016/17 vier Terroranschläge mit 13 Toten und 83 Verletzten – in mehreren Dutzend anderen Fällen konnten die Sicherheitsorgane durch ihr rechtzeitiges Eingreifen Schlimmeres verhindern.

Dazu kommen allerlei kriminelle Delikte. Hierzu einige Zahlen aus der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ des Bundesministeriums des Innern (BMI) und dem „Bundeslagebild zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ des Bundeskriminalamtes (BKA). Von Anfang 2015 bis Ende September 2019 – da enden die ganz detaillierten Statistiken vorerst – begingen sogenannte „Zuwanderer“, also Asylbewerber oder -berechtigte beziehungsweise Bürgerkriegsflüchtlinge, 1,28 Millionen Straftaten, wobei die rein ausländerrechtlichen Delikte gar nicht mitgezählt sind.

Dabei handelte es sich in 1756 Fällen um „Straftaten gegen das Leben“ wie versuchter oder vollendeter Mord und Totschlag. 276 Menschen verloren so ihr Leben. Unter den 188 Toten der Zeit vom Januar 2017 bis September 2019 waren 83 Zuwanderer und 105 andere Ausländer oder Deutsche – für 2015/16 fehlen genauere Angaben über die Opfer. Im Gegenzug wurde im gleichen Zeitraum laut BMI und BKA nur ein einziger Zuwanderer von einer Person mit deutscher Staatsangehörigkeit getötet.

Insgesamt stieg der Anteil der „Flüchtlinge“ unter den Kriminellen zwischen 2015 und 2019 von 6,5 auf 9,2 Prozent – obwohl sie nur ein bis zwei Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Allerdings sind aktuell schon 15 Prozent der von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen bei Tötungsdelikten „Schutzsuchende“. Erschreckend hoch ist zudem die Zahl von Mehrfachtätern unter den „Zuwanderern“: 83 Prozent beließen es nicht bei einer Straftat in Deutschland und 655 „Flüchtlinge“ wurden 2018 öfter als 21 Mal kriminell. W.K.

# Mäzene im Dienste der Schönheit

Die Wiederherstellung bedeutender Bauten des alten Preußen durch bürgerliche Förderer und Spender

VON RENÉ NEHRING

Als Anerkennung war es nicht gedacht. Wenige Tage nach der Bekrönung der Berliner Schlosskuppel mit Kreuz und Reichsapfel enthüllte die „Süddeutsche Zeitung“, dass darauf auch eine Widmung der Stifterin Inga Maren Otto steht: „Im Gedenken an meinen Mann Werner A. Otto 1909 – 2011. Inga Maren Otto“. Schon die auf der restaurierten Kuppel wieder angebrachte historische Inschrift „Es ist kein ander Heil, es ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn der Name Jesu, zu Ehren des Vaters, daß im Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Kniee, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind“ hatte den Ärger vieler Kommentatoren nach sich gezogen, sehen sie darin doch einen Rückgriff auf ein überkommenes Staatsverständnis. Und dann das. Das Kuppelkreuz als Spende des Otto-Versands?

Dabei ließe sich die Millionenspende der Frau Otto durchaus auch ganz anders deuten. Nämlich als Beispiel für ein bürgerschaftliches Engagement in Bereichen, in denen der Staat sich nicht engagieren kann – oder will.

## Unliebsame Traditionslinien

Seit dem Fall der Berliner Mauer vor über 30 Jahren fremdeln, zum Teil bis heute, führende Repräsentanten der Bundesrepublik nicht nur mit der Wiedervereinigung und der Rückkehr zu einem deutschen Nationalstaat, sondern auch mit dem politischen Zentrum dieser Republik – Berlin, vormalige Hauptstadt des „Dritten Reiches“, der Weimarer Republik, des zweiten deutschen Kaiserreichs und der preußischen Monarchie.

Unverkennbar war gerade in den ersten Jahren nach dem Regierungsumzug das Bemühen, möglichst viel aus der „Bonner“ in die „Berliner Republik“ herüberzuretten: von den Namen der Parteizentralen bis hin zur Benennung von Straßen inmitten des Regierungsviertels. Geradezu zur Posse entwickelte sich seinerzeit die Frage, ob das Reichstagsgebäude weiterhin so heißen dürfe oder der zentrale Ort deutscher Demokratie nicht einen anderen, zur Bundesrepublik passenderen Namen bräuchte. Die Debatte endete, als klar wurde, dass der vom damaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse favorisierte Vorschlag „Plenarbereich Reichstagsgebäude“ gleich zweimal das Wort „Reich“ enthielt.

Nur widerwillig fügten sich die Repräsentanten der Berliner Republik in die Erkenntnis, dass es in der neuen Bundes- und alten Reichshauptstadt Traditionslinien gab, die sich nicht einfach verdrängen ließen.

## Der Wille der Bürger

Einer der heftigsten Debatten über die Neugestaltung Berlins entzündete sich an der Frage, wie die weitgehend leere historische Mitte der Bundeshauptstadt bebaut werden sollte. Mit postmodernen Glaspalästen wie im Regierungsviertel – oder weitgehend historisch, mit dem Schloss der Hohenzollern als Mittel- und Bezugspunkt?

Für die meisten Bürger dieses Landes war dies keine Frage. Sie scherten sich wenig um ideologisch geführte Diskussionen und sehnten sich nach einem ästhetisch ansprechenden Zentrum für ihre Hauptstadt. So wurde das Projekt Wiederaufbau des Berliner Schlosses zu einer Art Graswurzelbewegung, in der mündige Bürger – entgegen den Plädoyers der Architektenelite und der Bauverwaltung – für die Rückkehr eines zentralen Bauwerks der preußisch-deutschen Monarchie stritten, bis der Bundestag am 4. Juli 2002 den Wiederaufbau mit überwältigender Mehrheit beschloss.



Ergebnis einer Graswurzelbewegung: Rund 30 Jahre nach der Wiedervereinigung steht die Rekonstruktion des Berliner Schlosses vor dem Abschluss. Auch andernorts engagieren sich Bürger für die Wiederherstellung bedeutender Bauten des alten Preußen

Foto: Imago Images

Die Bürger beließen es keineswegs mit wohlfeilen Forderungen an „die Politik“. Vielmehr waren Tausende bereit, zum Teil tief in die Tasche zu greifen, um die Wiederherstellung der historischen Schlossfassaden zu ermöglichen. Es war ja nicht nur die Familie Otto, die großzügig das Projekt förderte; unzählige Elemente vom einzelnen symbolischen Ziegel bis zum großen Ornament fanden ihren ganz privaten Paten.

## Auch Potsdam

Und das Engagement der Bürger beschränkte sich keinesfalls auf Berlin. Auch in der vormaligen königlichen Residenzstadt Potsdam gab es lange Zeit Widerstände gegen den Wiederaufbau des dortigen Stadtschlösses. Zwar gab es schon bald Einigkeit darüber, in der historischen Stadtmitte einen Neubau für den brandenburgischen Landtag zu errichten, doch gab es auch hier Vorschläge für postmoderne Glaspaläste, die auf eine ästhetische Zerstörung der barocken Stadtanlage hinausgelaufen wären.

Einen buchstäblichen Markstein setzte um das Jahr 2000 herum der Fernsehmoderator Günther Jauch, als er mit einer Millionenspende – die zudem von einem damaligen Sponsor verdoppelt wurde – den Wiederaufbau des zum Schloss gehörenden Fortunaportals am Alten Markt ermöglichte. Von da an war die Frage der Bebauung städtebaulich vorentschieden. Endgültig entschieden wurde die Sache, als inmitten der Debatten über den Landtagsbau der SAP-Gründer, Unternehmer und Mäzen Hasso Plattner verkündete, für das Gebäude 20 Millionen Euro spenden zu wollen – aber nur, wenn der Bau die historische Schlossfassade bekäme.

Plattner ermöglichte zudem zwischen 2013 bis 2016 die Rekonstruktion des klassizistisch-barocken Palais Barberini und brachte darin einen Teil seiner bedeutenden privaten Kunstsammlung unter. Damit ermöglichte der längst zum Wahl-Potsdamer gewordene Mäzen nicht nur die Schließung

einer weiteren Lücke am Alten Markt; vielmehr stiftete er auch einen weiteren Anziehungspunkt des Kulturlebens.

Auch sonst finden sich in Potsdam zahlreiche Beispiele dafür, wie architektonische Kleinode der untergangenen preußischen Monarchie durch das Engagement bürgerlicher Liebhaber wiedererstanden sind. Beim unter anderem von Ludwig Persius und Friedrich August Stüler errichteten Belvedere auf dem Pfingstberg etwa spendete Werner Otto ebenso einen Millionenbetrag wie die Hermann-Reemtsma-Stiftung und viele weitere Förderer. Und die Restaurierung der Villa Schöningen gleich am Potsdamer Ortszugang – die 1843 ebenfalls nach Entwürfen von Persius im italienischen Villenstil errichtet worden war – stand noch lange Zeit nach der Wende unansehnlich leer, bis der Vorstandschef der Axel Springer SE, Mathias Döpfner, und der Bankier Leonhard H. Fischer 2007 das Haus erwarben und es zu einem Museum umbauen ließen.

Ebenfalls zu einer Graswurzelbewegung entwickelt sich der Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche. Auch hier gibt es wieder die üblichen Bedenken gegen alles Preußische, und auch hier finden sich wieder unzählige Bürger, die sich um all das nicht scheren, die gern bereit sind, mit großen und kleinen Spenden den Wiederaufbau eines historisch bedeutsamen Baus zu ermöglichen – weil sie überzeugt davon sind, dass dieser Bau zu ihrer Stadt dazugehört.

## Vertane Chancen

Dass diese Ressource keineswegs selbstverständlich und vor allem nicht endlos verfügbar ist, zeigt das Beispiel Hans Wall. Der in Künzelsau geborene Unternehmer war mit seinen Stadtmöbeln im wiedervereinten Berlin zu Wohlstand gekommen und beteiligte sich aus Dankbarkeit dafür viele Jahre lang an sozialen und kulturellen Projekten in der Hauptstadt. Zu diesem Engagement gehörte – neben der Beteiligung an den Kosten für den Wiederaufbau der kriegszerstör-

Die meisten Bürger dieses Landes scherten sich wenig um ideologisch geführte Diskussionen. Sie sehnten sich nach einem ästhetisch ansprechenden Zentrum für ihre Hauptstadt

ten Turmspitze und die Rückkehr des Glockenspiels der Parochialkirche in Berlin-Mitte – auch die Beteiligung an den Kosten für die Wiederherstellung der historischen Fassaden des Berliner Schlosses. Maßgeblich finanzierte Wall die Info-Box am Lustgarten, in der sich lange vor Beginn der eigentlichen Bauarbeiten Besucher über die geplante Rekonstruktion des Schlosses informieren konnten.

Wall wäre auch bereit gewesen, den Wiederaufbau eines anderen markanten Gebäudes der Berliner Innenstadt zu finanzieren – die Schinkelsche Bauakademie auf dem Friedrichswerder gegenüber dem Schloss. Seit dem Abriss des dort von der DDR errichteten Außenministeriums Mitte der 90er Jahre bemühten sich Bürger auch hier um eine Rekonstruktion. 2008 erklärte Wall die Bereitschaft, 15 Millionen Euro für die Bauakademie zu spenden. Doch der Senat lehnte ab. Im November 2016 gab dann der Deutsche Bundestag die Mittel für die Rekonstruktion der Bauakademie frei – die nunmehr mit 62 Millionen Euro veranschlagt wurde. Im vergangenen Jahr verstarb Hans Wall, der Wiederaufbau der Bauakademie hat bis heute nicht begonnen.

## Rückkehr von Arkadien

Mit ihrem Engagement strafte die Bürger in den genannten Beispielen all jene Lügen, die in den vergangenen Jahren immer wieder das Gespenst der Rückkehr eines reaktionären Preußentums heraufbeschworen hatten.

Das untergegangene Preußen war nicht nur ein herausragender Rechtsstaat (Stichwort: Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten) und führend in der Wissenschaft (Stichwort: Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft), sondern auch ein unvergleichliches Arkadien aus Schlössern und Palästen, Kirchen und Museen sowie unzähligen Kleinodien. Dessen schmerzhafter Verlust wird just in dem Moment wieder bewusst, in dem Bürger die Wiederherstellung einiger seiner schönsten Bauten ermöglichen.

## ● MELDUNGEN

## Deutschland im Migrationsrat

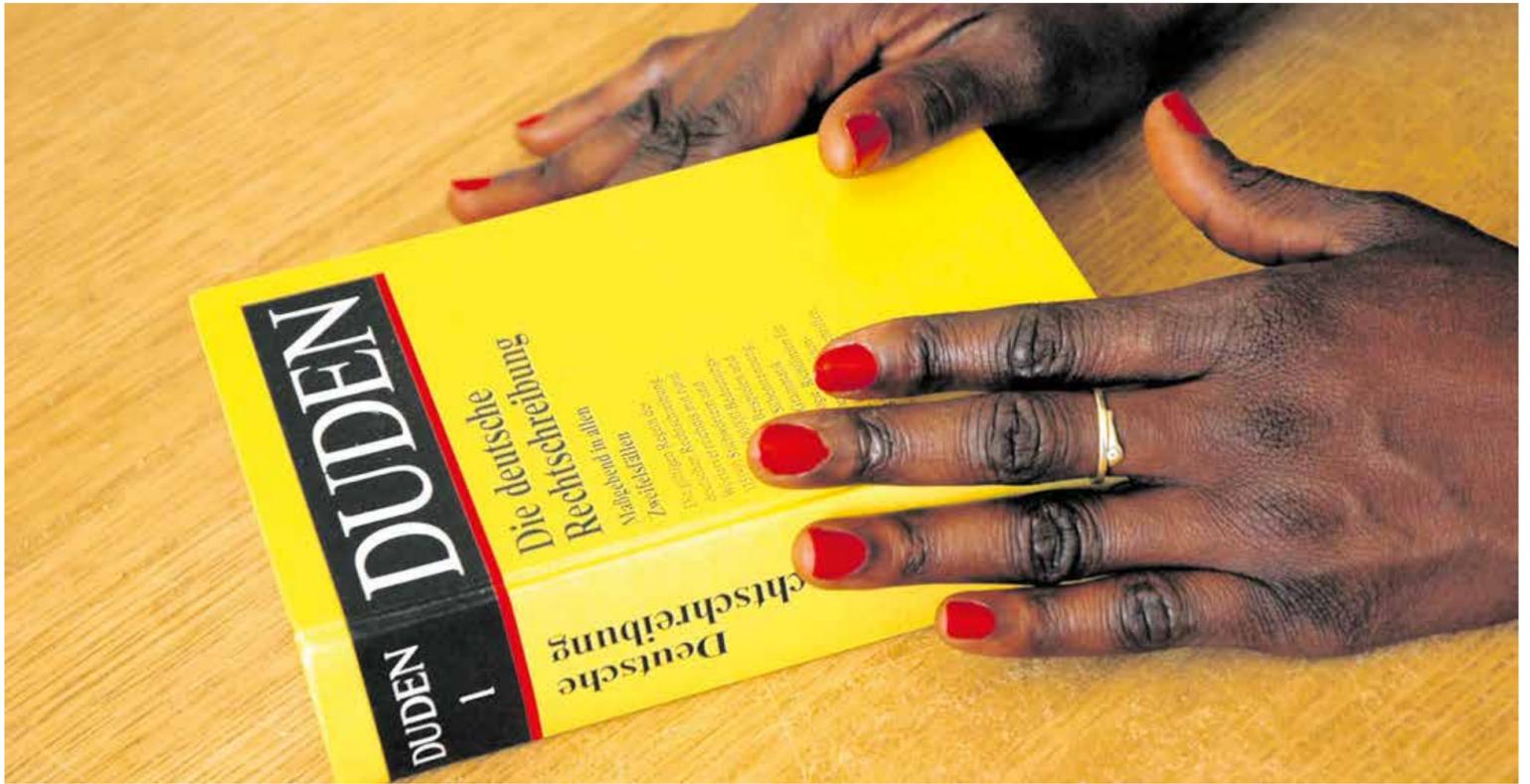
Wien – Österreichs Ex-Außenminister Michael Spindelegger hat im Rahmen einer Veranstaltung der österreichisch-amerikanischen Gesellschaft mitgeteilt, dass Deutschland Mitglied des Zentrums für Entwicklung von Migrationspolitik (ICMPD) wird. Der ÖVP-Politiker Spindelegger leitet seit 2016 das in Wien ansässige Zentrum zur Beratung in Migrationsfragen. Der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Stephan Mayer (CSU), äußerte zum Beitritt Deutschlands, man erwarte von einer Mitgliedschaft beim ICMPD neue Perspektiven, etwa durch Kontakte der Organisation in die Türkei. Das Zentrum ist inzwischen in 90 Ländern aktiv. Nach ihrem Selbstverständnis sieht die 1993 von der Schweiz und Österreich gegründete zwischenstaatliche Organisation es als ihre Aufgabe an, Regierungen mit Expertise und Projekten bei der Bewältigung von Immigration zu helfen. Mit dem Beitritt Deutschlands sind mittlerweile 18 europäische Staaten am ICMPD beteiligt. N.H.

## Hauptstadt im DAX vertreten

Frankfurt am Main – Mit der Deutsche Wohnen AG schafft das erste rein Berliner Unternehmen den Sprung in die erste Börsenliga. Die Deutsche Börse in Frankfurt hat am 4. Juni entschieden, Berlins größten Vermieter in den Leitindex aufzunehmen. Der Immobilienkonzern wird ab dem 22. Juni anstelle der in die Krise geratenen Lufthansa im Deutschen Aktien Index berücksichtigt. Die Fluggesellschaft, DAX-Mitglied der ersten Stunde, wird künftig im MDAX gelistet. Zuletzt war vor 14 Jahren die deutsche Hauptstadt mit einem Unternehmen im wichtigsten deutschen Aktienindex vertreten. Damals verschwand der Pharmahersteller Schering nach der Übernahme durch Bayer als eigenständiger DAX-Wert. Der DAX-Neuling Deutsche Wohnen ist mit bundesweit 160.000 Wohnungen der zweitgrößte private Vermieter. Der Wert des Wohnungsbestands wird mit 24 Milliarden Euro angegeben. N.H.

## Autor darf Amt nicht antreten

Radebeul – Der Schriftsteller Jörg Bernig war am 20. Mai vom Stadtrat regulär zum Kulturamtsleiter von Radebeul gewählt worden. Nachdem die demokratische Entscheidungsfindung auf Widerspruch einer Reihe von „Kulturschaffenden“ und Politikern gestoßen war, denen Bernig als „neurechts“ gilt, beugte sich Oberbürgermeister Bert Wendsche den „Aktivisten“ und legte sein Veto ein. Bernig hätte sich damit abermals einer Abstimmung stellen müssen, worauf er verzichtete. Die Wahl sei bereits ordnungsgemäß erfolgt, noch einmal anzutreten hieße, „ideologische Handlungsweisen als Teil der Normalität anzuerkennen und zu rechtfertigen“, so der Autor. In einer Stellungnahme verweist er auf die „intolerante Praxis der Interessendurchsetzung“ und sieht, weit über den lokalpolitischen Anlass hinaus, „immer offensichtlicher in unserem Land die Demokratie gefährdet. E.L.



Sprachkenntnisse als Schlüssel für Deutschland: Inzwischen lernen weltweit mehr als 15 Millionen Menschen die deutsche Sprache

Foto: Imago

### DEUTSCH ALS FREMDSPRACHE

# Ausländer lieben Deutschland

Weltweit wird die deutsche Sprache gelernt – Starke Wirtschaft und Sozialleistungen als Motivationshilfe

VON BODO BOST

Die weltweite Zahl der Deutschschüler steigt wieder. Während im Ausland das Ansehen von Deutsch steigt – inzwischen wird in 144 Ländern die deutsche Sprache an staatlichen Schulen oder Hochschulen gelehrt – sinkt es allerdings an deutschen Hochschulen.

Weltweit lernen somit 15,4 Millionen Schüler Deutsch als Fremdsprache. Dies geht aus einer Erhebung des Auswärtigen Amtes in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, der Deutschen Welle, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen hervor. Die Zahl der Deutschschüler weltweit ist damit seit 2015 relativ stabil geblieben. Damals wurden etwa 15,5 Millionen Ausländer registriert, die Deutsch lernten.

Innerhalb Europas ist insbesondere in den Nachbarländern Dänemark, den Niederlanden, Tschechien und Frankreich das Interesse an der deutschen Sprache gestiegen. In Frankreich stieg die Zahl der Deutschschüler im Vergleich zur letzten Erhebung sogar um fast 20 Prozent.

Europa ist Spitzenreiter unter den Regionen mit 9,3 Millionen Deutschlernenden, gefolgt von Russland und Afrika. Mehr noch als die Sprachkenntnisse ist allerdings das Ansehen von Deutschen vor allem in Osteuropa gestiegen. Dort hatten trotz nur noch geringer deutscher Minderheiten zwei Staaten, die Slowakei und Rumänien, seit der Wende bereits Deutschstämmige als Präsidenten.

#### Hunsrückisch in Brasilien

Nach einem massiven Rückgang der Popularität erlebt die deutsche Sprache nun ein regelrechtes Comeback. Noch nie seit dem Ersten Weltkrieg galt das Deutsche im Ausland als eine so nützliche Sprache wie heute. Deutsch wird heutzutage mit blühender Wirtschaft und Erfolg in Verbindung gebracht. Wer Deutsch lernt, eröffnet sich dadurch neue Chancen.

Auch die Digitalisierung hat zu ermutigenden Details geführt: Bei Twitter, Wikipedia und im gesamten Internet sind deutschsprachige Einträge an dritter Stelle weltweit. Infolge der Beliebtheit Deutschlands bei Immigranten verzeichnen Goethe-Institute auf der ganzen Welt einen Zuwachs von 20 bis 30 Prozent.

Aktuell gibt es etwa 104 Millionen Muttersprachler, weiterhin fast noch einmal genauso viele Sprecher und weitere fast 16 Millionen Menschen lernen die deutsche Sprache momentan. 225 Millionen Menschen haben derzeit auf der Erde in irgendeiner Art und Form Deutsch gelernt. In neun Staaten ist das Deutsche regionale oder nationale Amtssprache.

Nicht zu vergessen sind die deutschen Sprachminderheiten außerhalb deutschsprachiger Staaten: 7,5 Millionen sind es weltweit. Alleine in Brasilien sprechen mehr als eine Million Menschen deutsche Dialekte zum Teil noch als Muttersprache, in neun Gemeinden sind Hunsrückisch oder Pommerisch Amtshilfssprachen, in Russland ist Deutsch Hilfssprache in zwei Landkreisen in Sibirien. Identifizierbare deutschsprachige Minderheiten gibt es in 42 Staaten, in ebenso vielen Staaten noch gibt es deutsche Schulen.

#### Englisch auf deutschen Unis

Während im Ausland das Ansehen des Deutschen steigt, sinkt es in Deutschland, dem es seinen Namen gegeben hat. An immer mehr deutschen Hochschulen wer-

den ganze Studiengänge nur noch auf Englisch angeboten. Chinesische Studenten kommen oft mit besseren deutschen Sprachkenntnissen in Deutschland an, als wie sie das Land wieder verlassen. Damit beteiligt sich Deutschland direkt an der Verbreitung der englischen Sprache zulasten der internationalen Stellung der eigenen Sprache.

Einst weitverbreitet in der Wissenschaft hat das Deutsche längst seinen Status als Wissenschaftssprache verloren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die derzeitige Tendenz eines Tages zum weitgehenden Verzicht in nicht-geisteswissenschaftlichen Fächern auf Deutsch als Sprache der höheren Schulbildung und der Hochschullehre hinführt.

Der Verein für „Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“ (VDA), einst Aushängeschild für die deutsche Kultur weltweit und Zentralorgan der deutschsprachigen Minderheiten in aller Welt, der zwischen 1990 und 2000 noch half, die Rückkehr von 2,5 Millionen Russlanddeutschen nach Deutschland abzuwickeln, hat im letzten Jahr, nach fast 140 Jahren seine Arbeit eingestellt, weil er von der öffentlichen Hand nicht mehr unterstützt wurde.

### CORONA-SOFORTHILFE

# Betrug zulasten des Staates

Mehr Hilfsanträge als Anspruchsberechtigte – Berliner Senat sieht bei Nothilfe-Missbrauch untätig zu

Der Bund fordert von Berlin eine Aufklärung, ob in der Hauptstadt Soforthilfegelder des Bundes an Selbstständige möglicherweise zu Unrecht ausgezahlt wurden. Ulrich Nußbaum, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, wies auf Zahlen hin, die aus Sicht des Ministeriums Fragen zur Verwendung von Bundesmitteln aufwerfen.

Laut Unternehmensregister existieren in Berlin 170.000 Anspruchsberechtigte für die Hilfszahlungen, eingegangen seien aber rund 210.000 Anträge auf Corona-Soforthilfe. Die von Wirtschaftsministerin Ramona Pop (Grüne) geführte Senatsverwaltung konterte die Vorwürfe inzwischen mit dem Hinweis, der Bund habe

bei seiner Rechnung die Solo-Selbstständigen vergessen, die nicht im Unternehmensregister verzeichnet, aber trotzdem anspruchsberechtigt seien.

Nußbaum, einst selbst Berliner Finanzsenator, kritisierte in einem Schreiben allerdings auch noch eine „lasche Praxis“ bei der Bewilligung der Anträge in Berlin. Bis zu einer Richtlinienanpassung am 6. April hat der rot-rot-grüne Senat die Soforthilfen offenbar nicht nur für Betriebsausgaben von Selbstständigen gewährt, sondern auch für Personalkosten und für die private Lebensführung.

„Wenn Berlin seine Soloselbstständigen und Kleinunternehmer weitergehend fördern möchte, und auch die Personal-

kosten erstatten will, darf das Land das natürlich tun, aber auf eigene Rechnung und nicht zulasten des Bundeshaushaltes“, so der Staatssekretär, der auf „signifikante Rückforderungsansprüche des Bundes“ hinwies.

Inzwischen werden in Berlin auch immer mehr Fälle bekannt, bei denen es um den Verdacht von Betrug bei den Corona-Soforthilfen geht. Die Staatsanwaltschaft geht mittlerweile sogar von einer massiven Betrugswelle aus. Ein Sprecher der landeseigenen Förderbank IBB nannte auf Anfrage des „Tagesspiegel“ aktuell 880 Ermittlungsfälle wegen Subventionsbetrug. Bei der Berliner Staatsanwaltschaft werden täglich 40 neue Verfahren eröffnet.

Ermittelt wird dabei seit Kurzem auch gegen einen 30-Jährigen aus Berlin-Neukölln.

Der inzwischen in Untersuchungshaft sitzende Mann steht im Verdacht, zusammen mit Komplizen in einem Monat 145.000 Euro Corona-Soforthilfen erschlichen zu haben. Nach bisherigen Erkenntnissen soll der Tatverdächtige zusammen mit einem Geschäftspartner mittellose Personen veranlasst haben, Konten zu eröffnen und eine unternehmerische Tätigkeit vorzutäuschen. Die Staatsanwaltschaft stellte bei mehreren Gesellschaften des Tatverdächtigen und weiteren Personen Vermögen in Höhe von 200.000 Euro sicher. Norman Hanert

## KOHLEAUSSTIEG

## Verdruss auf allen Seiten

Von Greenpeace bis zur Industrie: Die Kritik am Gesetzentwurf ist teilweise vernichtend

VON NORMAN HANERT

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause will Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) den Ausstieg aus der Kohleverstromung mit einem Gesetz festzurren. Der entsprechende Gesetzentwurf stieß bei einer Expertenanhörung im Bundestag nun aber auf teilweise vernichtende Kritik.

Nicht nur Wirtschaftsverbände und Unternehmen, sondern auch Gewerkschaften und Umweltorganisationen forderten bei einer öffentlichen Sitzung des Bundestagsausschusses für Wirtschaft und Energie am 25. Mai die Bundesregierung zu Nachbesserungen auf. Auf der einen Seite stehen „Klimaschützer“, denen mit Altmaiers Gesetzentwurf zu viele Kohlekraftwerke zu lange am Netz bleiben. So hatte Greenpeace bereits vor der Anhörung davon gesprochen, das geplante Gesetz sei ein „Schlag ins Gesicht der Kohlekommission“.

Der Geschäftsführer des Bundesverbandes neue Energiewirtschaft, Robert Busch, fordert sogar, das Gesetz solle gestoppt werden, da die Gefahr bestehe, dass es den Kohleausstieg verzögert und verteuert. So sieht Buschs Verband etwa bei dem Vorhaben der Bundesregierung, Entschädigungen für die Stilllegungen von Kohlekraftwerken zu zahlen, die Gefahr von Fehlanreizen. Aus Sicht des Verbandes lassen sich Kohlekraftwerke schon jetzt kaum noch rentabel betreiben. Die Aussicht auf Entschädigungen könne Anreize setzen, die Kohlekraftwerke länger laufen zu lassen, als dies ohne Gesetz der Fall wäre, so die Argumentation.

Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sieht in dem Gesetzentwurf der Bundesregierung eine Abweichung von dem, was als Kohle-Kompromiss vor gut anderthalb Jahren mühsam ausgehandelt wurde. Holger Lösch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des BDI, sprach im Zusammenhang mit den nun präsentierten Gesetzesplänen sogar von einem „Vertrauensbruch für jeden künftigen Beteiligungsprozess“. Der Wirtschaftsverband sieht nämlich die Gefahr, dass – anders als vereinbart – mit dem Kohleausstieg auf die Energieverbraucher am Ende doch höhere Strom-



Betreiber fürchten Grüne in der Regierung: Braunkohlekraftwerk in der Lausitz

Foto: Mauritius

kosten zukommen können: „Der vorliegende Gesetzentwurf eröffnet nur die Möglichkeit, Übertragungsnetzentgelte durch Bundeszuschüsse abzusenken, sichert diese aber nicht verbindlich zu“, warnt Lösch. Stattdessen fordert der BDI, die Absenkung der Übertragungsnetzentgelte für private und gewerbliche Verbraucher im Gesetz verbindlich zu verankern.

Einen besonders heiklen Punkt in den Plänen der Bundesregierung stellt der unterschiedliche Umgang mit Braunkohle und Steinkohle dar. Die Planungen sehen vor, dass sich Steinkohle-Betreiber bis 2026 bewerben können, ihre Kraftwerke gegen Entschädigung abzuschalten. Schon ab 2027 sollen dann aber entschädigungslose Abschaltungen von Steinkohlekraftwerken folgen. Betreiber von Braunkohlekraftwerken sollen auch bei einer späteren Abschaltung noch entschädigt werden.

Ein Vertreter der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände wies darauf hin, dass mit diesen Plänen kom-

munes Eigentum ohne jegliche finanzielle Kompensation enteignet werden soll. Joachim Rumstadt vom Stromerzeuger STEAG warnte vor „kaum kalkulierbaren rechtlichen Risiken“, wenn Kraftwerke, die teilweise erst 2013 in Betrieb genommen wurden, stillgelegt werden sollen. Dies könne in Klageverfahren münden, die sogar auf der Ebene der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit geführt werden.

**Zweifel an der Berechenbarkeit**

Trotz der Besserbehandlung der Braunkohle bleibt hier die Sorge um die Berechenbarkeit der getroffenen Beschlüsse. Noch vor der Anhörung im Bundestag hatte sich der Lausitzer Energiekonzern LEAG für eine Änderung am Gesetz stark gemacht, die auf den ersten Blick zunächst einmal unspektakulär erscheint. In einem Brief an die Bundesregierung schlug die Unternehmensführung vor, im Gesetz ganz ausdrücklich die energiepolitische Notwendigkeit der mitteldeut-

schen Tagebaue zu erwähnen. Damit soll die Beständigkeit der aktuellen Beschlusslage abgesichert werden. Schon nach der kommenden Bundesstagswahl könnte beispielsweise eine Regierung unter Beteiligung der Grünen den Kohleausstieg schneller vorantreiben als vereinbart, so eine der Befürchtungen in der Energiewirtschaft. LEAG-Sprecher Thoralf Schirmer sagte: „Wir brauchen Planungs- und Rechtssicherheit.“

Bereits im vergangenen Jahr hatten die betroffenen Kohleländer Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt einen mittlerweile abgeblockten Vorstoß unternommen, die zugesagten Strukturhilfen für die Kohleregionen in einem Staatsvertrag festzuschreiben. Auch hierbei spielte die Sorge mit, dass die Zusagen unter geänderten politischen Bedingungen eines Tages nicht eingehalten werden. In einem Staatsvertrag könnten Regelungen festgelegt werden, an die sich auch künftige Bundesregierungen halten müssten.

## BAHNTECHNIK

## Raus aus der Kohle, rauf auf die Schiene

Die Lausitz erhält eine Bahn-Teststrecke – Auch Cottbus soll von Forschungsinvestition profitieren

Brandenburg und der Freistaat Sachsen haben sich laut einem Bericht des Senders rbb auf Niesky (Landkreis Görlitz) als Standort für ein neues Testzentrum für Eisenbahntechnik geeinigt. Demzufolge soll in der Oberlausitz ein Testgelände entstehen, das 16 Kilometer lang und sechs Kilometer breit ist.

Mit dem Vorhaben sind etwa 700 neue Arbeitsplätze und Investitionen von 270 Millionen Euro verbunden. Insbesondere der Hersteller Bombardier, der gleich zwei Werke in der Oberlausitz hat, wird die neue Ringstrecke nutzen können, um Erstinbetriebnahmen und Typenprüfungen von Zügen durchführen zu können.

In einem Arbeitspapier ist gemäß dem Sender MDR aber sogar davon die Rede, die Teststrecke bei Niesky zu einem „weltweit agierenden Inbetriebnahme- und Prüfzentrum“ zu entwickeln. Finan-

ziert wird das Projekt im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes für den Kohleausstieg mit EU-Mitteln und Strukturmitteln des Bundes. Bund und EU müssen der Finanzierung noch zustimmen.

Die neue Teststrecke soll nicht nur die Bahn-Standorte Cottbus und Senftenberg stärken. In Niesky selbst existiert ein Waggonbauwerk, das mittlerweile auf eine bereits 100-jährige Geschichte zurückblicken kann. In Görlitz und Bautzen sind zudem zwei der wichtigsten Standorte des kanadischen Zugbauers Bombardier angesiedelt.

Brandenburg verzichtet mit der Einigung auf Niesky auf eine Ansiedelung des Testovals in Mühlberg an der Elbe. Bei der Entscheidung zugunsten von Niesky spielt die Nähe zu den etablierten Bahnherstellern in der Oberlausitz eine Rolle, aber auch der Umstand, dass die Deut-

sche Bahn schon für Cottbus außergeröhlich umfangreiche Investitionspläne angekündigt hat.

**Stadt wird Forschungszentrum**

Bereits im vergangenen Jahr hatten Bahnvorstand Ronald Pofalla und Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke den Ausbau des Bahnwerkes in Cottbus vereinbart. Neben einem neuen Verwaltungs- und Technologiegebäude soll auch eine komplett neue Werkhalle zur Instandhaltung der neuesten Generation der ICE-Schnellzüge gebaut werden. Der Konzern kündigte zudem an, in der Lausitzmetropole künftig auch Diesellokomotiven auf Hybridantrieb umrüsten und E-Loks instandsetzen zu wollen.

Nach rbb-Informationen plant die Deutsche Bahn nun sogar, ihr Engagement in der Lausitz noch weiter auszu-

weiten. Insgesamt könnte das bundeseigene Unternehmen in das Cottbuser Bahnwerk und ein neues Forschungszentrum rund eine Milliarde Euro investieren. Dies wäre das Vierfache der Investitionssummen, die vergangenes Jahr von der Bahn für Cottbus genannt wurden. Laut den Berichten besteht die Absicht, dieses Milliardenvorhaben der Bahn künftig eng an den neuen Versuchsring in Sachsen zu koppeln.

Im Gespräch ist nun offenbar, in der Lausitzstadt die bundesweite Forschung der Bahn anzusiedeln. Dabei soll es vorrangig um Lösungen für Schienenfahrzeuge mit Hybridantrieben gehen. Wie der Sender rbb unter Berufung auf Verhandlungskreise berichtet, sollen die Bahnpläne für Cottbus in ihrer Wirkung mit der Ansiedlung des Autobauers Tesla in Grünheide vergleichbar sein. N.H.

## ● KOLUMNE

## Welch Zufall!

VON THEO MAASS

Vanessa H. ist vermutlich die erste Afrodeutsche, die versucht, von dem jüngst verabschiedeten Berliner Antidiskriminierungsgesetz zu profitieren. Darin ist festgelegt, dass Polizeibeamte ihre Unschuld beweisen müssen, wenn irgendjemand auch nur behauptet, von ihnen diskriminiert worden zu sein – eine glatte Umkehrung der Beweislast. Vanessa H. gibt an, bei einem Einkauf in einer Rossmann-Filiale rassistisch beleidigt worden zu sein. Die Kassiererin habe ihre Kreditkarte in Frage gestellt und bezweifelt, dass H. mit der Person identisch sei, die darauf eingetragen sei.

„Zufällig“ war der Linkspartei-Abgeordnete Hakan Tas zugegen und schritt zugunsten von Vanessa H. ein. Schließlich wurde die Polizei gerufen, um eine Strafanzeige zu stellen. Vanessas Sohn soll geweint haben.

Ein Beamter kümmerte sich um den Kleinen, während der andere die Rossmann-Filiale betrat, um mit den Mitarbeitern zu sprechen und ein Video des Vorfalls anzuschauen. Als der Beamte zurückkehrte, machte er Vanessa H. auf die Folgen einer Falschaussage aufmerksam. Frau H. behauptet, der Beamte habe ihr vorgeworfen zu lügen. Nun beklagt sie sich zudem über das Verhalten der Polizei.

Die erst jüngst vom Berliner Senat eingerichtete „Beschwerdestelle“ soll nun in dem Fall tätig werden. Der Grünen-Abgeordnete Benedikt Lux, einer der Protagonisten des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes, lobte sich selbst: „Wir leben nicht im Polizeistaat – wir schreiben Rechtsgeschichte.“ Könnte es sein, dass Vanessa H. und Hakan Tas gemeinschaftlich auszogen, um genau das zu demonstrieren? Es sieht ganz danach aus, dass die Anzeigen von Vanessa H. wohl keinen Erfolg haben werden.

Die Mitarbeiter der Rossmann-Filiale dürften ihrerseits darauf verzichten, Strafanzeige wegen Verleumdung und Falschaussage zu machen. Denn dann drohte ihnen ein medialer Entrüstungssturm und womöglich gar noch ein „Besuch“ von engagierten Bürgern der Antifa mit Gewalt, Sachbeschädigung und Einschüchterungen im Gefolge.

## ● MELDUNG

## Virtueller Kunstführer

Berlin – Besucher des Berliner Veranstaltungsorts PalaisPopulaire sollen in der Ausstellung der Fotokunstsammlung „Time Present“ einen neuartigen virtuellen Assistenten nutzen können. Als Premiere in Europa wird dabei die auf künstlichen Intelligenz beruhende Watson-Technologie des Unternehmens IBM in einem Museumsumfeld eingesetzt. In Echtzeit soll der sogenannte „Museum Intelligent Assistant“ (MIA) Besuchern über die offizielle Museums-App Fragen zu neun Fotografien der Ausstellung beantworten. Das an der Staatsoper gelegene PalaisPopulaire im Prinzessinnenpalais Unter den Linden ist ein Ausstellungs- und Veranstaltungsort der Deutschen Bank. N.H.

## ● MELDUNGEN

Mordrekord  
in Chicago

**Chicago** – Mit 18 Morden innerhalb von 24 Stunden erlebte Chicago am Sonntag, dem 31. Mai, seinen tödlichsten Tag seit Jahrzehnten. Den Freitag inbegriffen wurden am letzten Maiwochenende nach Angaben des Crime Lab der Universität von Chicago insgesamt 24 Personen erschossen. Weitere 85 Menschen wurden durch Schüsse verletzt. Nach Angaben der Chicago Sun-Times zählen zu den Opfern der Gewaltwelle Studenten, Eltern und Arbeitnehmer mittleren Alters. Die meisten Opfer waren Afroamerikaner. In der Geschichte der drittgrößten Metropole der USA galt bislang der 4. August 1991 als tödlichster Tag, als 13 Tötungsdelikte registriert wurden. Trotz relativ strenger Waffengesetze ist die Mordrate in Chicago im Verhältnis zur Einwohnerzahl wesentlich höher als in New York oder Los Angeles. Vor allem in den südlichen und westlichen Teilen Chicagos liefern sich Hunderte von Straßenbanden immer wieder in aller Öffentlichkeit Schusswechsel. *N.H.*

Keine Daten  
aus den USA

**Den Haag** – US-Behörden haben es abgelehnt, zusätzliche Daten vorzulegen, mit der die Version über den Start einer Buk-Rakete bestätigt würde. Mit einer solchen soll die Boeing MH17 der Malaysian Airlines 2014 über der Ukraine abgeschossen worden sein. Außer einem Memorandum, das die US-Behörden früher an das niederländische Ermittlerteam JIT gegeben hatten, sei mit keinen weiteren Informationen zu rechnen, teilte der vorsitzende Richter Henrick Steinhuis mit. Obwohl sowohl Daten von ukrainischen Radaren fehlen, als auch russische Ermittlungsergebnisse in dem Fall nicht zugelassen wurden, sah sich die niederländische Staatsanwaltschaft in der Lage, das ukrainische Militär aus der Verantwortung zu entlassen, da zum damaligen Zeitpunkt das Gebiet des Abschusses nicht unter ihrer Kontrolle stand, und an der Version festzuhalten, dass eine Rakete der in Kursk stationierten 53. russischen Flugabwehr-Raketenbrigade das Flugzeug zum Absturz brachte. *MRK*

Gespräche  
über Abrüstung

**Washington/Moskau** – Anfang Juni haben Donald Trump und Wladimir Putin miteinander telefoniert, um neue Abrüstungsverhandlungen zu vereinbaren. Bestätigt wurde nun ein Termin am 22. Juni, bei dem in Wien auf Ebene der Außenministerien über eine neue atomare Abrüstungsvereinbarung gesprochen werden soll. Die Gespräche werden der US-Sonderbeauftragte für Abrüstungsfragen, Marshall Billingslea, und der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow führen. Während die USA gerne China mit ins Boot nehmen wollen, lehnt Russland dies ab und drängt auf einen Beginn der Verhandlungen noch vor den US-Präsidentenwahlen im November. Der sogenannte New-Start-Vertrag soll dazu führen, dass die Nukleararsenale Russlands und der USA auf je 800 Trägersysteme und 1550 einsatzbereite Atomsprenköpfe begrenzt werden. *MRK*

## VERFASSUNGSÄNDERUNG IN RUSSLAND

## Die Mehrheit wird „Ja“ ankreuzen

Putin setzt weiter auf starke Symbole – Die Opposition verharret in Selbstisolation

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die russische Wirtschaft befindet sich im freien Fall und nichts deutet darauf hin, dass sich die Situation bald verbessern wird. Der Ölpreis bleibt niedrig, die Konjunktur schwächelt, die Corona-Krise und die Ökokatastrophe in Sibirien tragen zur Krisenstimmung bei. Experten rechnen mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahl auf zehn Millionen und mehr.

Westliche Leitmedien prophezeien eine Protestwelle, die Präsident Wladimir Putin, der kräftig die Werbetrommel für die von ihm angestrebte Verfassungsänderung rührt, mit der die zeitliche Begrenzung des Präsidentenamts quasi aufgehoben würde, gefährlich werden könnte. Es wird gemutmaßt, Putin habe extra für das Referendum die Corona-Schutzmaßnahmen gelockert.

Angesichts der anhaltenden schlechten Lage sinken die Umfragewerte des ewigen Präsidenten Putin. Doch der setzt weiter auf eine Politik der starken Symbole. Die Siegesfeier anlässlich des 75. Jahrestag des Kriegsendes, die wegen der Pandemie verschoben werden musste, soll bald nachgeholt werden, vergangenes Wochenende wurde die neue Militärkathedrale südlich

von Moskau feierlich eingeweiht, die durch und durch Symbol ist: Der Glockenturm ist 75 Meter hoch (75. Jahrestag des Sieges), der Durchmesser der Hauptkuppel beträgt 19,45 Meter (Kriegsende 1945). Die Militärkirche der Streitkräfte ist die drittgrößte orthodoxe Kathedrale des Landes.

Die Abstimmung über die geplante Verfassungsänderung wird – mit Corona-Sicherheitsauflagen – am 1. Juli durchgeführt. Und die dürfte von Erfolg gekrönt sein: Laut des staatlichen Meinungsforschungsinstituts WZIAM wollen 61 Prozent derjenigen, die zur Abstimmung gehen, für die Verfassungsänderung stimmen und nur 21 Prozent dagegen.

Dabei gibt es durchaus negative Entwicklungen, die gesellschaftspolitischen Sprengstoff bergen: Die Arbeitslosenquote von derzeit 5,8 Prozent könnte im dritten Quartal des Jahres sprunghaft steigen, wenn etwa 1,5 Millionen Abgänger von Schulen und Hochschulen auf den Arbeitsmarkt drängen, wobei die Zahl freier Stellen für junge Menschen um 34 Prozent gesunken ist. Von Arbeitslosigkeit werden junge Menschen in besonderem Maße betroffen sein, auch die gut Ausgebildeten. Beklagten sich bisher Jugendliche in Russland bereits über mangelnde Perspektiven, dürfte die Unzufriedenheit der Jugend

weiter zunehmen, wie auch die Bereitschaft, dem Land den Rücken zu kehren, was die ohnehin desolante demografische Lage Russlands verschlimmern würde.

Putin wird von seinen Kritikern immer unverhohlener vorgeworfen, ein politisches System geschaffen zu haben, das nicht funktioniere. Statt auf Pluralität der Gesellschaft zu setzen, erfolgen rigide Einschränkungen der Bürger, gepaart mit Homophobie, der Unterdrückung der Opposition und hartem Vorgehen gegenüber allen regierungskritischen Akteuren.

Der Wirtschaftsexperte Dmitrij Oreschkin sieht Putins Erfolgsrezept darin, dass er sich einen Beamtenapparat geschaffen hat, eine gut dressierte Elite, entsprechend gut mit Geld und Privilegien ausgestattet, die es nicht riskieren will, ihre Pfründe zu verlieren. Nur 15 bis 20 Prozent der Russen seien in der Lage, selbstständig zu denken und zu begreifen, was um sie herum vorgeht, 80 Prozent dagegen blickten nicht durch. Erstere begriffen, dass Putin die Felle davonschwimmen – wirtschaftlich durch Corona, politisch durch den Verlust des Einflusses auf die Ukraine und Weißrussland –, doch werde Putin solange weiterregieren, wie das Geld reiche, um loyale Eliten kaufen und die Bevölkerung ruhig stellen zu können.

Der Soziologe Igor Sadorkin beklagt, dass die Russen so gut wie keine gemeinsamen Werte haben. Gesundheit und Familie stünden an erster Stelle, Freiheit und Unabhängigkeit seien ihnen weniger wichtig. Unter den Bürgern gebe es keine einzige Kraft, die Druck auf die Regierung ausüben könnte.

Die aktuelle Situation scheint dies zu bestätigen. Zwar kritisierte die Kommunistische Partei offen die Pläne zur Verfassungsänderung, doch von den bekannten Oppositionsführern wie Alexej Nawalnyj war zunächst lediglich ein Aufruf zum Boykott zu hören. Zu Massenprotesten auf der Straße wird es wohl nicht kommen. Die Opposition befindet sich zurzeit in der Selbstisolation und begründet ihre Untätigkeit mit der Angst vor einer zweiten Ansteckungswelle. Nur Linke und Kommunisten haben Aktionen angekündigt.

Ob ein Boykott das richtige Instrument ist, um Putin aufzuhalten, bezweifeln indes selbst Gegner der Gesetzesänderung. Nicht zur Abstimmung zu gehen bedeutet, denjenigen das Feld zu überlassen, die für Putins Vorschlag stimmen werden. Und das wird aller Voraussicht nach ohnehin die Mehrheit sein. Die bessere Taktik wäre also, „Nein“ anzukreuzen.



Abstimmung unter Corona-Bedingungen: Eine Mitarbeiterin der zentralen Wahlkommission zeigt das Formular und erklärt die Sicherheitsregeln

## CHINA-POLITIK

## Ringeln um gut ausgebildete Asylkandidaten

China bekämpft Demokratiebewegung in Hongkong – EU erwartet Millionen Ausreisewillige

Der Grundsatz „Ein Land, zwei Systeme“ ist in Hongkong zu einer hohlen Floskel geworden. Nach Auffassung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte zeigt der Beschluss des chinesischen Volkskongresses, ein sogenanntes Sicherheitsgesetz in Kraft zu setzen, dass Hongkongs Sonderfreiheiten seit der Eingliederung 1997 bald der Vergangenheit angehören.

Das von Chinas KP-Chef und Präsident Xi Jinping befürwortete Gesetz wird dem Ministerium für Staatssicherheit neue Möglichkeiten geben, gegen die Demokratiebewegung in Hongkong vorzugehen. Anstatt wirklich für die Rechte der

einstigen britischen Kronkolonie einzustehen, liefern sich jetzt bereits westliche Staaten einen Wettkampf um die dann zu erwartenden Massen von Asylsuchern aus dem Weltfinanzzentrum Hongkong.

Der britische Premier Boris Johnson hat jetzt angesichts der bedrohlichen Lage den bedrängten Hongkongern die Aussicht auf einen britischen Pass gegeben. Von den 7,5 Millionen Hongkong-Chinesen besitzt fast die Hälfte noch den Status von Bürgern eines britischen Überseegebietes, diese können daher visafrei in Großbritannien einreisen. Sie sollen nach einer zwölfmonatigen Arbeitsgenehmigung den Weg zur Einbürgerung erhalten.

Nachdem Johnson Hongkong-Chinesen die erleichterte Einbürgerung in Großbritannien angeboten hat, forderte auch FDP-Fraktionsvize Michael Theurer die Bundesregierung auf, Einwohnern Hongkongs Aussicht auf eine Aufnahme in Deutschland zu geben.

Über viele Jahre haben die westlichen Demokratien, von den USA einmal abgesehen, bei den tapferen Protesten in Hongkong weggeschaut – Deutschland vorneweg. Das Problem Hongkong könnte sogar den stockenden Verhandlungen über das künftige Abkommen zwischen der EU und Großbritannien neuen Schwung geben. Großbritannien könnte

mit sieben Millionen Schutzsuchenden überfordert sein. Merkel und Macron könnten den Hongkong-Chinesen einen visafreien Zugang zum Schengen-Raum und dessen Arbeitsmarkt ermöglichen.

Auch die EU und insbesondere Deutschland könnten die oft exzellent ausgebildeten, zielstrebig und freiheitsliebenden Hongkong-Chinesen sehr gut gebrauchen, um das Geld zu erarbeiten, mit dem das ständig wachsende Heer der integrationsunwilligen Asylsucher aus anderen Ländern finanziert werden kann. Auch die Corona-gelähmte EU-Wirtschaft könnte Programmierer und Biochemiker jetzt brauchen. *Bodo Bost*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als der Ingenieur Rudolf Diesel am 27. Februar 1892 das Deutsche Reichspatent Nr. 67, 207 anmeldete, wollte er der Welt eine „neue rationelle Wärmekraftmaschine“ schenken. Und dies ist ihm auch gelungen: Bereits das erste funktionstüchtige Modell seines Dieselmotors, welches 1897 von der Maschinenfabrik Augsburg gebaut worden war, hatte einen Wirkungsgrad von über 26 Prozent.

Die Wirkung lag deutlich über den Werten anderer Antriebe jener Zeit und sorgte für mehr Leistung bei geringerem Kraftstoffverbrauch. Deshalb erlebte der nach seinem Erfinder benannte Dieselantrieb anschließend einen Siegeszug, der über 100 Jahre lang scheinbar durch nichts gestoppt werden konnte.

So war beispielsweise noch 2015 jeder zweite Pkw in Europa und in der Bundesrepublik ein Dieselfahrzeug. Dann freilich sorgten der Skandal um manipulierte Abgastests und die Fahrverbote aufgrund des zunehmend aggressiveren Vorgehens der Umweltverbände gegen den Diesel für einen massiven Einbruch.

Der Auftragsschwund belastete nun vor allem deutsche Hersteller, die weiterhin mehrere hundert verschiedene Diesel-Modelle im Angebot hatten und somit zu den größten Produzenten von Dieselfahrzeugen gehörten. Im vergangenen Jahr besaß lediglich noch jeder Dritte der hierzulande vom Band gerollten 4,66 Millionen Pkw einen Dieselmotor – und der Trend zeigt weiter abwärts.

Dies erschüttert die deutsche Automobilbranche nachhaltig und wird erhebliche volkswirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben. Immerhin erwirtschafteten die Autohersteller in der Bundesrepublik 2019 gut 436 Milliarden Euro Umsatz und beschäftigten rund 823.000 Menschen – mehr Personen waren nur im Maschinenbau und der übrigen Metallindustrie tätig.

#### Systemrelevant und sauber

Indirekt sichert die Autobranche momentan sieben Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze hierzulande und zahlt darüber hinaus flächendeckend hohe Tariflöhne sowie um die sechs Milliarden Euro Steuern. Damit gehört sie zu den Garanten des Wohlstands in der Bundesrepublik – wobei der Anteil der Hersteller von Diesel-Pkw an all dem immer noch rund 30 Prozent beträgt.

Aber das scheint der Bundesregierung mittlerweile gleichgültig zu sein. Denn sie holt nun aus, um dem Dieselantrieb als



## Totgesagte leben länger

Die Folgen des Corona-Hilfspakets der Bundesregierung für den Diesel

einem von zwei nach wie vor unverzichtbaren Standbeinen der deutschen Automobilindustrie mutwillig den Todesstoß zu versetzen. Statt die ohnehin schon durch den Nachfragerückgang seit 2015 und jetzt zusätzlich noch wegen der Corona-Krise gebeutelten Diesel-Produzenten durch Kaufprämien zu unterstützen, will Berlin diese Subventionen lediglich für Elektrofahrzeuge gewähren.

Dabei ist das E-Auto keineswegs umweltfreundlicher als der Diesel, wie der Kölner Physikprofessor Christoph Buchal im Rahmen einer Untersuchung des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung herausfand. Berücksichtigt man neben den CO<sub>2</sub>-Emissionen infolge des Fahrens auch den Kohlendioxid-Ausstoß im Verlaufe der Herstellung eines E-Autos, so verursacht dasselbige sogar bis zu 28 Prozent mehr Kohlendioxid als ein Diesel.

Ähnlich verhält es sich mit dem Feinstaub. Denn der kommt weniger aus dem Auspuff als vom Abrieb der Reifen und Bremsen, welchen es natürlich gleichermaßen bei Elektrofahrzeugen gibt. Unproblematisch ist darüber hinaus die Emission von Stickoxiden. Die liegt bei modernen Diesel-Pkw, welche die strenge Euro-6d-temp-Abgasnorm erfüllen, sehr niedrig – und zwei Drittel der in Deutschland neu zugelassenen Diesel sind genau solche Fahrzeuge.

Warum also die verkappte Kriegserklärung der Bundesregierung an die Verbrennungsmotoren im Zuge des Corona-Konjunkturpakets, welche besonders der ohnehin unter Druck stehenden Dieselbranche schadet? Aus der Sicht mancher Kommentatoren wie Gernot Kramper vom „Stern“ handelt es sich hier um eine ganz persönliche Rache von Bundeskanz-

lerin Angela Merkel für die Schädigung des Rufs des deutschen Wirtschaftsstandorts infolge des Dieselskandals.

Andere Beobachter der politischen Szenerie, darunter Nico Fried, Leiter der Parlamentsredaktion der „Süddeutschen Zeitung“, interpretieren die Verweigerung von Subventionen zugunsten der Hersteller von Diesel- sowie auch Benzinfahrzeugen als Versuch der Politik, sich nach vielen Jahrzehnten der mehr oder weniger aufgezwungenen Symbiose endlich von der Autoindustrie zu „emanzipieren“.

#### Unübersehbare Folgeschäden

Dabei besteht freilich ebenso die Möglichkeit, dass Merkel hier wieder einmal aus purem Opportunismus handelt. Immerhin resultiert die Verweigerung von Kaufprämien für Autos mit Verbrennungsmotoren ja aus expliziten Forderungen des für den Machterhalt benötigten Koalitionspartners SPD.

Dass die Kanzlerin sich damit genau wie das Führungsduo der Sozialdemokraten in den drei deutschen „Autoländern“ Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern sowie bei diversen Lobby-Verbänden und den Gewerkschaften zutiefst unbeliebt macht, scheint sie jedenfalls nicht zu bekümmern. Aber wozu auch? Wenn die SPD-Genossen demnächst den politischen Preis für ihre Vernachlässigung der Interessen der deutschen Produzenten von Dieseln und Benzinern sowie deren Arbeiterschaft bezahlen müssen und in der politischen Versenkung verschwinden, stehen ja schließlich noch die Grünen als alternative Mehrheitsbeschaffer in den Startlöchern bereit.

Andererseits bleibt jedoch trotzdem die Frage offen, ob am Ende tatsächlich der Diesel sterben wird oder ob Merkel mit ihrer unterlassenen Hilfeleistung den größten Schaden davontragen wird. Denn Totgesagte leben bekanntlich länger – da kann Greenpeace noch so viele Grabkreuze vor den Wolfsburger Werkstoren aufrichten. So wäre ein Comeback des verschmähten Antriebes möglich, wenn der Bedarf an Nutzfahrzeugen, die laut übereinstimmender Meinung der Technikexperten auch in den nächsten zehn Jahren zumeist mit Dieselantrieb fahren werden, nach der Krise steil ansteigt.

Oder wenn die Politik mit ihrem Kurs zulasten des Diesels soziale Unruhen heraufbeschwört, weil die 49 noch verbliebenen Hersteller von Dieselmotoren und deren viele hundert Zulieferer in Deutschland samt und sonders pleitegehen und dadurch ganzen, bisher wohlhabenden Regionen ein wirtschaftlicher Absturz ohnegleichen droht.

#### MELDUNGEN

## SIG Sauer gibt Standort auf

**Eckernförde** – Der Waffenhersteller SIG Sauer verlässt Deutschland. Das 1751 gegründete Unternehmen siedelt in die USA über. Der letzte Standort mit 125 Mitarbeitern in Eckernförde/Schleswig Holstein wird geschlossen, die Mitarbeiter werden arbeitslos. Die Standortnachteile in Deutschland würden zukünftig keine wirtschaftliche Produktion von Sport- und Behördenwaffen an diesem Standort erlauben, heißt es. Das Unternehmen hatte eigentlich eine gute Auftragslage. Es wird erwartet, dass bei SIG Sauer Inc. in Newington im US-Bundesstaat New Hampshire die in Deutschland wegfallenden Arbeitsplätze entstehen. Die Staatsanwaltschaft Kiel hatte 2019 drei Manager, darunter Miteigentümer Michael Lüke anklagen lassen, weil 47.000 Pistolen vom Typ SP 2022 in die USA exportiert wurden. Dass die Waffen anschließend weiter nach Kolumbien verkauft wurden, gefiel der deutschen Justiz nicht. *F.B.*

## Lockdown kostet Leben

**Berlin** – Laut dem Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen kosten die Restriktionen im Kampf gegen die Corona-Epidemie weit mehr Leben als sie schützen. Grund ist der durch den „Lockdown“ angefachte Absturz der Wirtschaft. Ein Prozent weniger Wirtschaftswachstum kostete im Schnitt 0,89 Monate Lebenszeit. Dies sei durch Studien dokumentiert. Obwohl der Lockdown nach Raffelhüschen Berechnung in Deutschland bis zu 60.000 Menschenleben gerettet habe, werde der Wirtschaftseinbruch die Deutschen insgesamt zwischen 66 und 206 Mal mehr Lebensjahre kosten als gerettet wurden, wenn, wie von der Bundesregierung erwartet, die Wirtschaft 2020 um 6,3 Prozent einbricht. Dies sagte der Wissenschaftler, der auch Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge ist, der „Welt“. Wirtschaftskrisen hemmen den medizinischen Fortschritt und führen zudem zu mehr Suiziden. *H.H.*

#### ÖLGESCHÄFTE

## Gold gegen Erdöl

Eine Hand wäscht die andere – Der Iran unterstützt das kommunistische Maduro-Regime in Venezuela und lässt sich das gut bezahlen

Der russische Energieriese Rosneft spielte lange Zeit eine Schlüsselrolle bei der Ausbeutung und dem Vertrieb von venezolanischem Rohöl. Als er zu Beginn des Jahres angekündigt hatte, dass man sich aus Venezuela zurückziehen werde, glaubten viele bereits an den wirtschaftlichen Ruin des Maduro-Regimes.

Rosneft war seit der Zeit der Präsidentschaft von Maduros Vorgänger Hugo Chávez von 1999 bis 2013 in Venezuela präsent und hat seine Aktivitäten dort trotz der von der russischen Regierung als illegal erachteten US-Sanktionen gegen das Regime beibehalten. Rosneft war nicht nur der Hauptabnehmer venezolanischen Öls, sondern auch der Hauptlieferant von Benzin, da die venezolanischen Raffinerien allesamt marode waren.

Jetzt hat Maduro, wie es scheint, im Iran, dem es nicht wie Putin auf internationale Gesichtswahrung ankommt, Er-

satz gefunden. Zwei „Schurkenstaaten“ haben sich zusammengetan. Zum Erdölminister hatte Maduro im April Tarek El Aissami ernannt, einen in Syrien geborenen Schiiten, der auch als eine Schlüsselfigur im staatlichen Drogenhandel Venezuelas gilt und zu den zehn meistgesuchten Verbrechern in den USA zählt.

#### Treibstoff für die Panzer

Die Karibik und nicht der Persische Golf, ist zum neuen Schauplatz im Konflikt zwischen Iran/Venezuela und den USA geworden. Nordwestlich der ABC-Inseln Aruba und Curaçao kreuzen seit einiger Zeit drei US-Lenkflugzeugträger. Die Kriegsschiffe sollen verhindern, dass iranische Supertanker die venezolanische Halbinsel Paraguaná erreichen, wo sich die Raffinerie von Amuay befindet. Sie sollen Benzin bringen und Erdöl abtransportieren, nicht etwa in den Iran, der selbst

nicht weiß, wohin er sein Öl verkaufen soll. In den Anlagen von Amuay wurden einst 650.000 Barrel Rohöl verarbeitet. Heute ist es noch ein Fünftel davon.

Doch das soll sich mit iranischer Hilfe wieder ändern. Ende Februar, nach der Absage von Rosneft, hatte sich das Maduro-Regime an seinen neuen Alt-Verbündeten Iran gewandt, um technische Hilfe bei der Wiederinstandsetzung der Raffinerie zu erhalten. Maduro benötigt dringend Treibstoff für seine Panzer.

Im April, als infolge Corona fast alle internationalen Flugverbindungen eingestellt waren, hatten mehrere Nachrichtagenturen einen rasanten Anstieg des Flugverkehrs der iranischen „Mahan Air“ Richtung Venezuela festgestellt. Sie transportierten dringend benötigte Katalysatoren zur Herstellung von Benzin und iranische Techniker für die Reparatur der Raffinerie von Amuay nach Venezuela.

Vergeblich hatten sich die USA zuvor bemüht, die Landung der „Mahan Air“-Maschinen, die im Auftrag der iranischen Revolutionsgarde fliegen, zu verhindern. Für die Wiederinstandsetzung seiner Raffinerien soll der Iran mit neun Tonnen Gold bezahlt haben, das von Mahan-Air-Flugzeugen umgehend nach Teheran geflogen wurde.

#### Der Iran sitzt am längeren Hebel

Für den unter US-Sanktionen und den massiven wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise leidenden Iran sind die Goldbarren ein Segen. Das Land braucht dringend Geld für den Kampf gegen Corona und für neue Waffen für seine Milizen im Libanon, Jemen und Syrien. „Der größte Dieb der Welt (Maduro) hat sich mit dem weltweit führenden Sponsor von Terror zusammengetan“, kommentierte der US-Außenminister Mike Pompeo den Deal.

Mit dem Iran dürfte sich Venezuela schwerer tun als mit den Russen. Der Iran bestimmt die Preise, weil kein anderes Land solche Risiken auf sich nehmen würde. Die iranischen Tanker müssen die Karibik und den Atlantik durchfahren, die praktisch die Hausgewässer der USA sind.

Bereits im letzten Jahr wurde ein iranischer Tanker für die Hisbollah bei Gibraltar gestoppt und wochenlang festgehalten, weil er keine Auskunft über das Reiseziel geben wollte. Erst nach einer politischen Erpressung wurde er freigelassen. Dass iranische Tankschiffe um die halbe Welt fahren, um Maduro aus der Patsche zu helfen, zeigt, wie schlecht es um den Diktator bestellt ist. Das könnten die USA nutzen, um Maduro den Todesstoß zu versetzen. Die vor einigen Wochen festgenommenen US-Söldner in Venezuela könnten ein erster Hinweis darauf sein. *Bodo Bost*

## KOMMENTARE

## Blindwütiger Bildersturm

ERIK LOMMATZSCH

Denkmalsturz durch einen grölenden Mob ist ein barbarischer Akt. Besonders bemerkbar macht sich der kulturelle Verfall, wenn sich Derartiges in demokratisch verfassten Gemeinwesen abspielt, welche – theoretisch – Regularien für zivilisierte Auseinandersetzungen bereithalten.

Hierzulande konzentriert man sich noch mit verbalen Forderungen darauf, amtliche Umbenennungen herbeizuführen, wenn historische Namensgeber nicht den hypermoralischen Gegenwartsmaßstäben tonangebender „Aktivist“ entsprechen.

Die angelsächsische Welt ist da gerade etwas „weiter“. Im Zuge der durch den Tod des Kriminellen George Floyd ausgelösten, weit ausgreifenden Proteste gegen „Rassismus“, werden Nägel mit Köpfen gemacht. Im englischen Bristol wurde die Statue von Edward Colston (1636–1721) im Fluss Avon versenkt.

Colston galt in seiner Heimat als Wohltäter, als Kaufmann war er im Sklavenhandel tätig. In Richmond, US-Staat

Virginia, wurde das Denkmal des Konföderierten-Präsidenten Jefferson Davis (1808–1889) und des Südstaaten-Generals Williams Carter Wickham (1820–1888) ebenso zu Fall gebracht wie dasjenige von Christoph Kolumbus (um 1451–1506). Bildersturmerei ist ein bekanntes Phänomen, Triebentladung ist dieser Tage wieder angesagt.

Stellt sich die Politik zumindest gegen die Art und Weise? Marvin Rees, Labour-Bürgermeister von Bristol, hat Verständnis, wenn man in der Colston-Statue einen „Affront gegen die Menschlichkeit“ sehe. Der Bürgermeister von Richmond, Levar Stoney (Demokraten) macht sich Forderungen nach weiteren Denkmalsentfernungen zu eigen. Seine Parteikollegin Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, will Statuen von Persönlichkeiten aus dem Kapitol verbannen, die im Sezessionskrieg (1861–1865) auf der „falschen“ Seite standen.

Auch wenn Frau Pelosi noch nicht selbst mit einem Meißel gesichtet wurde – erschreckend ist die großflächige Unterstützung der Gewaltexzesse.

## Ein rassistisches Land?

RENÉ NEHRING

Man musste kein Wahrsager sein, um vorherzusagen zu können, dass die Rassismus-Vorwürfe von den USA schon bald nach Deutschland schwappen würden. Prompt warnte denn auch Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne) im Gespräch mit der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ davor, bei diesem Thema mit dem Finger auf die USA zu zeigen: „Auch in Deutschland haben wir ein strukturelles und tiefgreifendes Problem mit Rassismus“, so Roth, „an den Universitäten, in den Personalabteilungen, auf dem Wohnungsmarkt: Rassistisch bedingte Machtstrukturen haben System.“ Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken wiederum warf deutschen Sicherheitskräften „latenten Rassismus“ vor, musste dies jedoch nach Protesten aus allen Richtungen sogleich relativieren.

Wer diese und andere Vorwürfe liest, muss glauben, dass es nicht weit von uns noch ein zweites Land gibt, das genauso heißt wie das unsrige. Denn mit dem Alltag in dem Deutschland, das die meisten Landsleute alltäglich erleben, haben die

Kommentare von Roth, Esken & Co. kaum etwas zu tun. Natürlich gibt es in Deutschland Ausländerfeindlichkeit. Doch wird diese von der übergroßen Zahl unserer Landsleute geächtet – und wo möglich – strafrechtlich verfolgt.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang daran, dass in den vergangenen fünf Jahren rund 1,7 Millionen Migranten aus aller Herren Länder zu uns gekommen sind – weil sie sich hierzulande ein besseres, sichereres Leben erwarten. Sind diese Migranten etwa einer Illusion erlegen? Und wollen sie dieses Land deshalb so schnell wie möglich wieder verlassen? Wohl kaum.

Zudem muss die Frage gestellt werden, warum Claudia Roth und andere in den vergangenen Jahren so intensiv für die Zuwanderung nach Deutschland geworben haben? Hätten sie nicht vielmehr die Migranten davor warnen müssen, in dieses ach so böse Land zu kommen? Da sie dies nicht getan haben, kann es um die hiesigen Lebensverhältnisse auch für Minderheiten nicht allzu schlecht bestellt sein. Erst recht im Vergleich zu anderen Ländern.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Die gute Demo: Beim Antirassismusprotest in Berlin am 6. Juni sah die Politik wohlwollend über das Abstandsgebot hinweg

## KOLUMNE

## Wer die Wahrheit kennt...

FLORIAN STUMFALL

Berlin, 9. Mai. Empörte Bürger veranstalten auf dem Alexanderplatz spontan eine Demonstration gegen die willkürliche Aufhebung verschiedener Grundrechte unter dem Vorwand, die Bekämpfung der Covid-Seuche mache dies notwendig. Die Demonstranten bleiben durchweg friedlich, ernten dafür aber keinen Dank. Der prominente Grünen-Politiker Cem Özdemir nannte die Demonstranten „Sektierer“ und „Verschwörungsfreaks“ und erklärte, es dürfe keine Toleranz geben bei Gewalt gegen die Polizei. Diese Einlassung mag als stellvertretend gelten für die Politik-Elite des Landes.

Wiederum Berlin, einen Monat später. Bei einer erneuten, weitaus größeren Demonstration, diesmal gegen den Rassismus wo auch immer, werden 28 Polizisten verletzt. Und wiederum dazu ein Wort aus dem Munde des Cem Özdemir: „Die Demonstrationen gegen den Rassismus sind eine Wohltat.“ Von den verletzten Polizisten keine Silbe.

Mit dem Demonstrationsrecht in Deutschland verhält es sich also genauso wie mit der Redefreiheit. Es gibt Aussagen und Haltungen, die willkommen sind, und andere, bei denen das nicht der Fall ist. Um es kurz zu machen, es gilt die Regel: unbegrenzte Zuwanderung: ja. Fragen nach Einzelheiten der Corona-Situation: nein. Wir haben es mit guten Demonstrationen und bösen zu tun, zugelassenen Meinungen und verbotenen. Das eine ist hehres Bekenntnis, das andere Hassrede. Die Frage, die sich daraus ergibt, ist, wer festlegt, welcher Gegenstand in welche Kategorie gehört.

Eine Antwort darauf kommt, wen mag es wundern, aus der allzuständigen Brüsseler EU-Kommission. Diese Behörde und in ihrem Namen die Vizepräsidentin Vera Jourova befürchten im Zusammenhang mit der Ansteckungskrankheit „anhaltende Fake-News-Kampagnen“ und erlassen daher Vorgaben für die sozialen Netzwerke. Diese, also etwa Twitter oder Facebook, sind nun angehalten, monatlich Berichte über ihren Kampf gegen „Desinformationen“ vorzulegen. Außerdem haben diese Firmen mit „unabhängigen Faktenprüfern“ zusammenzuarbeiten.

Damit allerdings ist die zuvor gestellte Frage nach der Entscheidungskompetenz nur um eine Dezimalstelle verrutscht, aber nicht beantwortet worden. Denn wer

ist ein „unabhängiger Faktenprüfer“? Beim Beispiel Corona beruft sich die Bundesregierung meist auf das Robert-Koch-Institut. Das aber ist dem Gesundheitsministerium angegliedert und somit beileibe nicht unabhängig. Genauso wenig unabhängig sind die zahllosen Wissenschaftler in Universitäten und Instituten, die von öffentlichen Geldern leben. Das gilt bei Corona und gilt gleichermaßen für die Klima-Frage. Die angeblich 95-prozentige Übereinstimmung kommt zustande, weil man derlei Erhebungen nur in einem zuvor ausgewählten Kreis durchführt.

## Wir haben es mit guten Demonstrationen und bösen zu tun

Der EU-Ukas zu den Falschmeldungen erinnert fatal an das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“, mit dem der damalige Justizminister Maas, der sich seit einiger Zeit als Außenminister versucht, der Zensur in Deutschland Tür und Tor geöffnet hat. Auch in dieser Bestimmung werden die Netzwerke zur Kontrolle von Meinungsäußerungen und dazu verpflichtet, missliebige auszusondern. Ein aktueller Gesetzentwurf sieht vor, dem Verfassungsschutz das Mitlesen von WhatsApp oder Telegram zu erlauben, als zweckmäßige Ergänzung einer Überwachung übers Telefon, denn es seien vor allem „Extremisten, Rechtsradikale, Verschwörungstheoretiker und Antisemiten“, die sich in diesen Kanälen aufhielten.

Die neue Bestimmung wird den bereits vorhandenen Einrichtungen zur Denunziation ihre Tätigkeit sehr erleichtern. Zu diesen gehört das Portal „korrektiv“. Seine Selbstdarstellung lautet: „Gezielte Desinformation wird genutzt, um unsere Gesellschaft zu spalten, Hass zu verbreiten oder Geschäfte zu betreiben. Einseitige oder falsche Informationen kreieren verzerrte Weltbilder. CORREKTIV.Faktencheck. wirkt dem entgegen und deckt tagtäglich Falschinformationen, Gerüchte und Halbwahrheiten auf.“

Da haben wir also einen der Faktenprüfer, der weiß, was die Wahrheit ist und was den Menschen zu wissen frommt und

was ihnen schadet. Allerdings – der Prüfer ist nicht legitimiert, kann sich nicht glaubhaft auf höhere Einsicht berufen und wurde von der „Gesellschaft“ nicht aufgefordert, sie zu bevormunden. Und die Unabhängigkeit? Von den Stellen, die Geld an „Korrektiv“ senden, seien genannt die Bundeszentrale für politische Bildung, RTL, Google, ZDF, Partei-Stiftungen und die „Zeit“-Stiftung. Es bleibt also alles in der Familie. Bezeichnender aber ist: Wenigstens zu Beginn wurde „Korrektiv“ von dem bekannten Milliardär George Soros finanziert, der überall auf der Welt die Finger drin hat, wo man ohne demokratisches Recht Politik machen kann.

Diese Adresse ist aber nur eine unter vielen. Eine jedoch verdient es, daneben genannt zu werden, nämlich „Psiram“. Mit dieser Seite hat sich der Dokumentarfilmer Markus Fiedler beschäftigt, und er kommt zu dem Schluss, dieser „anonyme Pranger“ – anonym, denn „Psiram“ gibt kein Impressum an – sei ein Rufmordportal. „Die Macher der Seite“, so Fiedler, „handeln rechtswidrig und illegal“.

Zusammen mit „Korrektiv“ unterhält „Psiram“ enge Verbindungen zu weiteren Portalen und Einrichtungen. Darunter ist eine Seite mit dem Namen „Ruhrbarone“, weitere Partner sind Wikipedia und die linksradikale Amadeu Antonio Stiftung, welche von der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin Anette Kahane ins Leben gerufen worden ist.

Dieser kursorische Überblick nennt einige Handelnde in einem Netzwerk von politischen Kräften, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Bürgern in Deutschland Weisung zu geben, was ihre Gedanken und Worte angeht, und ihre Handlungen, jedenfalls soweit sie politisch relevant sind, zu lenken. Man könnte diese Anmaßung als wahnhaft abtun, wenn sie nicht funktional eine perfekte Ergänzung zu gleichlaufenden Initiativen aus Berlin und Brüssel bildete.

Dazu kommt während der Ära Merkel eine erdrutschartige Verschiebung des politischen Koordinaten-Systems nach links. Diese hat es mit sich gebracht, dass Positionen, die zuvor einen bürgerlichen Standpunkt kennzeichneten, sogar bis in Teile der SPD hinein, heute als rechtsradikal gebrandmarkt werden.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

VON VEIT-MARIO THIEDE

**M**ondnächte sind ein Hauptmotiv romantischer Landschaftsgemälde. Das eindrucksvollste schuf Caspar David Friedrich vor ziemlich genau 200 Jahren: „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“. Das kleinformatige Gemälde ist einer der größten Publikumsmagneten des Dresdner Albertinums, das nach der Lockdown-Pause an diesem Wochenende wiedereröffnet wird.

Die vorläufigen Öffnungstage jeweils von Freitag bis Sonntag bieten eine gute Gelegenheit, sich die bis 25. Oktober verlängerte Ausstellung „Mondsüchtig. Zweihundert Jahre ‚Zwei Männer in Betrachtung des Mondes‘“ in Ruhe anzusehen, da immer nur eine begrenzte Anzahl Besucher erwünscht sind. Friedrichs Gemälde ist dort Mittelpunkt einer attraktiven Romantikerschau, welche die 15 schönsten Mondscheinlandschaften des Museums zusammenführt. Intime Miniaturen wie Ernst Ferdinand Oehmes „Mondnacht auf dem Golf von Salerno“ (1827) gesellen sich zu repräsentativen Großformaten wie Ludwig Richters „Überfahrt am Schreckenstein“ (1837).

Treffend charakterisiert Ausstellungskurator Holger Birkholz Friedrichs Jubiläumsbild: „In ihm erscheint der Mond als Fluchtpunkt einer träumerischen Weltvergessenheit.“

### Politische Anspielung im Mondbild

Am Rande eines ansteigenden Weges stehen zwei Freunde dicht beieinander und betrachten andächtig die vom Abendstern begleitete Mondsichel. Die aus dem Erdboden ragenden Wurzeln einer halb umgekippten, kahlen Eiche erwecken dabei den Anschein, nach den beiden Männern zu greifen.

Der gläubige Maler hat seine Bildelemente mit christlicher Symbolik aufgeladen. Der Waldweg wird zum Lebensweg. Die abgestorbene Eiche ist Symbol des Todes, während die links sichtbaren immergrünen Fichten für das ewige Leben stehen. Die Sichel des zunehmenden



## Stiller Freund

Dresdens Albertinum öffnet wieder mit einer Ausstellung über Caspar David Friedrichs Gemälde „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“

Mondes gilt als Christussymbol und Heilsversprechen.

Erstaunlicherweise scheint das Gemälde auch eine zeitkritische Dimension aufzuweisen. Denn über die beiden Mondbetrachter sagte Friedrich ironisch: „Die machen demagogische Umtriebe.“ Damit spielte er auf die „Demagogenverfolgungen“ der Regierungen des Deutschen Bundes zur Unterdrückung freiheitlicher Bestrebungen an.

Im Bildertausch überließ Friedrich die „Zwei Männer in Betrachtung des Mondes“ seinem norwegischen Malerfreund Johann Christian Clausen Dahl. Nach Friedrichs Tod 1840 verkaufte dieser es der Dresdener Gemäldegalerie.

Dahl selbst ist in der Kabinettschau mit dem „Blick auf Dresden bei Vollmondschein“ (1839) vertreten. Die Bauwerke am Altstädter Ufer sind in silbriges Mondlicht getaucht. Während es auf Dahls Bild bei genauem Hinsehen nur so vor Menschen wimmelt, konzentriert sich Georg Heinrich Crolas Gemälde auf einen einsamen „Gitarrenspieler bei Mondschein“ (1828). Der Mond wird ihm zum stillen Freund.

Die „Mondscheinlandschaft“ (1859) des Arztes, Universalgelehrten und benedictenen Hobbymalers Carl Gustav Carus wirkt sowohl friedlich als auch unheimlich. Am Sternenhimmel hat sich der Vollmond hinter Wolken hervorgescho-

ben. Die Spiegelungen seines Lichts wogen uns auf den Wellen eines Weihers sanft entgegen. Das Gemälde hinterließ der vor etwas über 150 Jahren, am 28. Juli 1869, verstorbene Carus der Dresdener Gemäldegalerie. Er verband damit den Wunsch, es möge in der Nähe der Bilder seines Freundes Caspar David Friedrich gezeigt werden. Bis heute hat man seinen Wunsch erfüllen können.

● Bis 25. Oktober im Albertinum, Tzschirnerplatz 2, Dresden, wieder geöffnet ab 19. Juli vorläufig jeden Freitag von 17 bis 20 Uhr sowie sonnabends und sonntags von 11 bis 17 Uhr, Eintritt 12 Euro. Internetanmeldung: [www.skd.museum](http://www.skd.museum)

### POTSDAMER SCHLOSSTHEATER

## Eine Bühne wartet auf Zuschauer

Friedrichs II. barockes Theater könnte nach sieben Jahren erstmals wieder bespielt werden, darf aber nicht

Für die Sanierung des Schlosstheaters im Neuen Palais von Sanssouci hätte man sich noch ein Jahr mehr Zeit nehmen können. Eigentlich war geplant, das im Stil des Friderizianischen Rokoko gestaltete Schlosstheater nach siebenjähriger Sanierung mit einer Telemann-Aufführung am 20. Juni wiederzueröffnen. Doch wegen Corona-Sorgen dürfen Theater- und Musiksäle noch keine Zuschauer empfangen.

Die Musikfestspiele Potsdam Sanssouci, in deren Rahmen die Aufführung von Telemanns „Pastorelle en musique“ hätte stattfinden sollen, haben ihr komplettes Programm auf kommendes Jahr verschoben. Damit das Schlosstheater doch noch eine Art Premiere feiert, kann man am 21. Juni ab 20 Uhr sowohl online als Videolivestream auf [rbbkultur.de](http://rbbkultur.de) und Facebook als auch im Radio auf [rbbKultur 92,4 MHz](http://rbbkultur 92,4 MHz) einen von dort übertragenen Festspielabend der Alten Musik miterleben. Dorothee Oberlinger, Intendantin der Musikfestspiele Potsdam Sanssouci, präsentiert dabei unter anderem Opernarien von Hasse, Graun und Telemann auf der Bühne des Schlosstheaters.

Das Schlosstheater war seit Juli 2013 geschlossen, nachdem dort Brandschutzmängel festgestellt worden waren. Bei Sa-

nierungsmaßnahmen in den 1960er und 1970er Jahren brachte man Holzschutzmittel auf, die man heute nicht nur als gesundheitsschädlich bewertet, sondern die auch nicht den neueren Brandverhütungsmaßnahmen entsprechen.

In den Jahren 2014 bis 2016 wurde im Rahmen des ersten Sonderinvestitionsprogramms für die von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) gepflegten Objekte bereits das Dach des Theaterflügels des

Neuen Palais instandgesetzt. Insgesamt betragen die Sanierungskosten für das Theater, dessen bauzeitliche Holzkonstruktionen unter Denkmalschutz stehen, knapp drei Millionen Euro.

Das von 1763 bis 1769 im Auftrag Friedrichs des Großen als Sommerresidenz und Gästeschlösser errichtete Neue Palais beherbergt neben prächtigen Festsälen und aufwendig dekorierten Wohnräumen auch eines der schönsten noch erhaltenen barocken Theater. Auch nach den Umbauten des Zuschauerraums 1865 unter dem späteren Kaiser Wilhelm I. und der Modernisierung der Bühnentechnik um 1929 blieben der Charakter des Theaters und die künstlerisch gestaltete Originalsubstanz erhalten.

Damit der Spielbetrieb weiter gewährleistet werden konnte, fanden zuletzt Restaurierungsarbeiten um die Jahre 1990 und 2000 statt. Das Theater wurde ganzjährig bespielt und inklusive Proben und technischer Einrichtungen zwischen 150 und 180 Tagen im Jahr genutzt.

In diesem Jahr soll es aber doch noch Vorstellungen geben. Vom 13. bis 29. November plant die Potsdamer Winteroper, dort Benjamin Brittens Oper „The Rape of Lucretia“ aufzuführen. *Harald Tews*



Leere barocke Spielstätte: Schlosstheater von Sanssouci Foto: SPSG/Hans Bach

### MODERNE KUNST

## „Minsk“ mit neuer Chefin

Die Kunsthistorikerin Paola Malavassi wird Gründungsdirektorin des Museums „Minsk“, dem neuen Ausstellungshaus für Kunst der DDR und zeitgenössische Kunst in Potsdam. Sie wird ihr Amt im August antreten.

Im Frühjahr 2019 stand das verwaiste und seit gut 25 Jahren leerstehende Terrassenrestaurant „Minsk“ auf dem Brauhausberg kurz vor dem Abriss. Dann trat die Stiftung des Kunstmäzens Hasso Plattner auf den Plan, der die moderne Kunst aus seinem Potsdamer Museum Barberini auslagern möchte. Nach der originalgetreuen Sanierung des 1977 ursprünglich des damaligen 60. Jahrestages der Oktoberrevolution eröffneten Nationalitätenrestaurants soll dort ein Museum für Kunst aus der DDR entstehen. In einem Jahr soll das neue Museum bezugsfertig sein.

Die Aufgabe der 1978 geborenen Malavassi, die in Heidelberg Kunstgeschichte und Philosophie studierte, wird es nun sein, Ausstellungspläne zu erstellen. Zuletzt leitete sie seit 2016 die Berliner Dependence der Julia Stoschek Collection. Nach Nicht-Verlängerung eines Mietvertrags hatte diese erst vor wenigen Wochen bekannt gegeben, mangels Unterstützung des Berliner Senats bei der Suche nach neuen Ausstellungsräumen die Kollektion moderner Kunst aus Berlin ganz abzugeben (die PAZ berichtete).

Da nach dem nahezu zeitgleichen Abzug der Flick-Sammlung aus dem Hamburger Bahnhof – Museum für Gegenwart in Berlin ein Vakuum moderner Kunst entsteht, könnte das „Minsk“ in Potsdam diese Leerstelle besetzen und Berlin damit einen prestigeträchtigen Rang in der Kunst ablaufen. *H. Tews*

### ● MELDUNGEN

## Die Küche in Kriegszeiten

**Guben** – Das Stadt- und Industriemuseum in der bei Polen gelegenen Stadt Guben in der Niederlausitz hat mit „Feuer & Flamme“ eine Ausstellung über Küchenalltag in Kriegs- und Friedenszeiten eröffnet. Bis zum 27. September wird gezeigt, wie prekär die Versorgungslage während des Ersten Weltkrieges war, wie 20 Jahre später der „wehrhafte NS-Haushalt“ aussah, welche Not der Zweite Weltkrieg auch in der Neumark hinterließ und wie der Hunger die Nachkriegszeit prägte. Internet: [www.museum-guben.de](http://www.museum-guben.de) *tws*

## Konferenz hat sich verspätet

**Potsdam** – Die ursprünglich für den 1. Mai geplante Eröffnung zur Potsdamer Konferenz 1945 „Die Neuordnung der Welt“ im Schloss Cecilienhof startet nach dem Lockdown nun am 23. Juni. Bis 31. Dezember zeigt sie am Originalschauplatz die welthistorische Bedeutung dieses Treffens. Internet: [www.potsdam-konferenz.de](http://www.potsdam-konferenz.de) *tws*

## PREUSSENHAUS

## Es reichte nicht zur Kaisermutter

Immer mehr Menschen dürfen sich heutzutage glücklich schätzen, ein Lebensalter von 70 Jahren zu erreichen. Der Mutter des Chefs des Hauses Preußen, Herzogin Donata von Oldenburg, war das nicht vergönnt.

Im Rüdenhäuser Schloss in Unterfranken kam Donata Gräfin zu Castell-Rüdenhausen am 20. Juni 1950 als drittes Kind und einzige Tochter ihrer Eltern zur Welt. Ihr Vater war Siegfried Fürst zu Castell-Rüdenhausen, ihre Mutter Irene Gräfin zu Solms-Laubach. Nach dem Abitur am Wiesentheider Gymnasium absolvierte die lutherisch erzogene Adelige eine dreijährige Ausbildung zur Krankenschwester am Deutschen Rotkreuzkrankenhaus in Würzburg.

Am 24. Mai 1975 heiratete Donata in der lutherischen Kirche St. Peter und Paul in Rüdenhausen den gleichnamigen Sohn des damaligen Chefs des Hauses Preußen, Prinz Louis Ferdinand von Preußen, den sie ein Dreivierteljahr vorher auf der Burg Hohenzollern kennengelernt hatte. Louis Ferdinand junior hatte zwar zwei ältere Brüder, aber Michael hatte 1966 mit Jutta Jörn und Friedrich Wilhelm 1967 mit Waltraud Freytag bürgerlich geheiratet, sodass er selbst als nächster Chef des Hauses Preußen gehandelt wurde.

Wie im Bilderbuch kam ein gutes Jahr nach der Heirat mit Prinz Georg Friedrich ein Stammhalter zur Welt. 1978 folgte Cornelia-Cecillie. Da war deren Vater allerdings bereits tot. Im tiefsten Frieden kam der Fähnrich der Reserve 1977 bei einer Wehrübung ums Leben. Beim Verladen geriet er zwischen zwei gepanzerte Fahrzeuge. Systematisch baute Louis Ferdinand senior nun seinen Enkel Georg Friedrich zu seinem Nachfolger auf.

Wieder in der Kirche St. Peter und Paul in Rüdenhausen heiratete Donata am 9. Februar 1991 erneut. Bei dem Bräutigam, Friedrich August Herzog von Oldenburg, handelte es sich um



Donata mit ihrem Sohn Foto: pa

den geschiedenen Ehemann der ältesten Schwester ihres ersten Mannes, Prinzessin Marie-Cécile. Mit ihren Kindern zog Donata nun aus Fischerhude bei Bremen, wo sie mit ihrem ersten Ehemann gelebt hatte, in die Heimat ihres zweiten Mannes, nach Stevershagen in Ostholstein. Beinahe hätte sie noch silberne Hochzeit feiern können. Doch nach langer schwerer Krankheit starb sie am 5. September 2015 im oberbayerischen Traunstein.

Wenn Donata auch für heutige Verhältnisse recht früh verstarb, so erlebte sie doch noch, dass ihr Sohn durch den Tod ihres Schwiegervaters 1994 Chef des Hauses Preußen wurde, dass er 2011 Prinzessin von Isenburg heiratete und dass das Paar 2013 die Zwillingssöhne Carl Friedrich und Louis Ferdinand sowie in Donatas Sterbejahr mit Emma auch noch eine Tochter – Donatas Enkelin – bekam. Die Geburt von Heinrich bekam sie schon nicht mehr mit. Manuel Ruoff

## POTSDAMER KONFERENZ

## Als die Siegermächte der Vertreibung der Deutschen ihren Segen gaben

Östlich der Oder-Neiße-Linie stellte Josef Stalin seine Verbündeten vor vollendete Tatsachen



Die „Großen Drei“ am 18. Juli 1945 im Konferenzraum des Schlosses Cecilienhof bei Potsdam: Josef Stalin, Harry S. Truman und Winston Churchill (v.l.)

VON KLAUS J. GROTH

Die Konferenz von Potsdam setzte den Schlussstein des Zweiten Weltkrieges, zugleich vollzog sie den ersten Spatenstich des Kalten Krieges. Offiziell „Dreimächtekonferenz von Berlin“ genannt, sanktionierten die politischen Führer der UdSSR, der USA und Großbritanniens bei diesem Treffen die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, der Tschechoslowakei und Ungarns.

Im Schloss Cecilienhof bei Potsdam kamen der Präsident der Vereinigten Staaten, der Premierminister des Vereinigten Königreiches und der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR vom 17. Juli bis 2. August 1945 zusammen, um über die Zukunft Deutschlands und andere Brennpunkte der Welt zu entscheiden. Die Teilung Deutschlands stand nicht auf der Tagesordnung, war aber eines der Ergebnisse dieser Zusammenkunft.

Der Konferenzort Potsdam war nicht die erste Wahl. Viel lieber hätten es die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gesehen, wenn sie in der Hauptstadt des besiegten Feindes hätten tagen können, also in Berlin. Doch die Bomber der Briten und US-Amerikaner sowie die einrückenden Sowjets hatten die Stadt zu gründlich zerstört. Es fanden sich keine geeigneten Quartiere. Im benachbarten Potsdam hingegen gab es noch herrschaftliche Villen und ein Schloss, das gut zu sichern war.

## Stalin kam im Sonderzug

Auf Schloss Cecilienhof war Josef Stalin der Hausherr, das demonstrierte er mit Nachdruck. Den Konferenztisch hatte er aus Moskau kommen lassen, die Stühle für die „Großen Drei“ ebenfalls. Die anderen Möbel hatte man den umliegenden

Hohenzollernschlössern entnommen; sie kamen nie mehr dorthin zurück.

Die US-amerikanische und die britische Delegation reisten per Flugzeug über Gatow an. Stalin kam im gepanzerten Sonderzug, er mochte nicht fliegen. Dafür war eine Sonderstrecke mit der russischen Spurweite bis nach Potsdam verlegt worden. Die 2000 Kilometer lange Strecke sicherten 18.500 Kräfte des sowjetischen Geheimdienstes. Acht Panzerzüge des NKWD fuhren die Strecke regelmäßig ab.

Stalin hatte große Anstrengungen unternommen, um aus Potsdam einen passablen Konferenzort zu machen. Dennoch begannen die Verhandlungen mit einer Panne. Als erster Tag der Gespräche war der 16. Juli vereinbart worden. Stalin kam aber erst am 17. Juli an, zwei Tage später als US-Präsident Harry S. Truman und der britische Premierminister Winston Churchill.

An jenem 17. Juli wurde um 17 Uhr die Konferenz eröffnet. Auf der Tagesord-

nung standen die neuen Grenzziehungen in Europa, die Verwaltung des besetzten Deutschlands, die einzufordernden Reparationsleistungen und der Krieg im Pazifik. Truman schlug neben anderen Punkten für die Tagesordnung vor: Entnazifizierung, Demokratisierung, Neuordnung des gesellschaftlichen Lebens im gesamten Deutschland, gleichzeitige Gewährung der Grundrechte für alle.

Stalin machte mit seinen Ergänzungen bald deutlich, dass es ihm vor allem darum ging, ein größtmögliches Stück vom Kuchen zu ergattern. Er setzte die Aufteilung der Kriegs- und Handelsmarine auf die Tagesordnung, machte die deutschen Reparationsleistungen zu einem Hauptanliegen, forderte eine sowjetische Beteiligung an der Verwaltung der deutschen Industrieregionen.

## „Geordneter und humaner Transfer“

Schon vor der Kapitulation der Wehrmacht, auf der Konferenz von Jalta vom 4. bis zum 11. Februar 1945, hatten die

„Großen Drei“ vereinbart, die Grenzen des polnischen Staates nach Westen zu verschieben, aber den neuen Grenzverlauf noch nicht genau festgelegt. Nun mussten Churchill und Truman in Potsdam zur Kenntnis nehmen, dass die Sowjets längst Fakten geschaffen hatten. Sie hatten Polen aufgefordert, die deutschen Gebiete bis an Oder und Neiße zu besetzen und die dort ansässige Bevölkerung zu vertreiben.

Churchill und Truman lehnten das ab. Truman verwies auf die ausschließlich deutsche Bevölkerung von neun Millionen Menschen. Churchill ergänzte, es sei für Polen nicht förderlich, „so viel deutsches Gebiet zu übernehmen“. Er lehnte eine so umfassende Vertreibung ab. Allenfalls sei vorstellbar, so viele Deutsche zu vertreiben, wie Polen von östlich der Curzon-Linie gekommen seien, nämlich zwei bis drei, aber keine acht bis neun Millionen. Die seien doch längst schon „fortgegangen“, behauptete Stalin. Kurz zuvor, im Juni, hatte er in einem Streifen von 100 bis 200 Kilometern östlich der Oder-Neiße-Linie alle Deutschen vertreiben lassen. Vertreter Polens erklärten, in dem betreffenden Gebiet lebten allenfalls anderthalb Millionen Deutsche. Von denen erwartete man, dass sie „freiwillig“ gingen.

Die Verhandlungen mussten unterbrochen werden. Als Ergebnis der britischen Unterhauswahlen vom 5. Juli 1945 kam es an der Spitze der britischen Verhandlungsdelegation zu einem Wechsel von Churchill zu Clement Attlee. Über die polnische Westgrenze wurde auch danach gestritten, bis zum Ende der Konferenz.

Zwar erkannten US-Amerikaner und Briten die Grenzziehung völkerrechtlich nicht an, konnten aber lediglich „einen geordneten und humanen Transfer“ der Deutschen, die „in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind“, auf dem Papier vereinbaren.

## Kurzporträts



Der 1953 in Kunzewo bei Moskau gestorbene Georgier **Josef Stalin** war ab 1922 Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und ab 1941 Regierungschef der UdSSR



Franklin D. Roosevelts Parteifreund, Nachfolger und vormaliger Stellvertreter **Harry S. Truman** war von 1945 bis 1953 der 33. Präsident der USA. 88-jährig starb er 1972 in Kansas City, Missouri



Der Konservative **Winston Churchill** wurde während der Potsdamer Konferenz durch Clement Attlee von der Labour Party als britischer Premierminister abgelöst. 90-jährig starb er 1965 in London

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Kapitulation der japanischen Streitkräfte im September 1945 vereinbarten die beiden Supermächte eine Abgrenzung ihrer Interessenssphären durch eine quer durch die koreanische Halbinsel entlang des 38. Breitengrades verlaufende Demarkationslinie. Anschließend installierte Moskau nördlich davon kommunistische Volkskomitees, während Washington die antikommunistischen Kräfte im Süden protegierte. Das führte zu erheblichen Spannungen, welche die Wiedervereinigung des Landes verhinderten.

Schließlich brachten die USA die Korea-Frage vor die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN). Diese beschloss am 14. November 1947 freie Wahlen für ganz Korea. Die fanden dann aber nur im Süden statt, weil der nordkoreanische Regierungschef Kim Il-sung jedwede Kooperation mit der UN verweigerte. Der südkoreanische Wahlsieger Rhee Syng-man rief am 15. August 1948 die Republik Korea aus. Dem folgte drei Wochen später nördlich des 38. Breitengrades die Proklamation der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK).

Anschließend rüstete der kommunistische Norden mit sowjetischer Hilfe in massiver Weise auf, während die USA in Südkorea nur eine Polizeitruppe zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung schufen. Allerdings zögerte Josef Stalin zunächst, Kim grünes Licht für die gewaltsame Einigung Koreas zu erteilen, da er einen offenen Konflikt mit der damals noch einzigen Atommacht USA scheute.

Am 29. August 1949 konnte die Sowjetunion allerdings ihre RDS-1 in Semipalatsk zünden und mit den Vereinigten Staaten gleichziehen. Zudem äußerte der US-Außenminister Dean Acheson am 12. Januar 1950, die pazifische „Verteidigungslinie“ seines Landes führe von den Aläuten über Japan bis zu den Philippinen, was Korea ausschloss. Daraufhin gab Stalin Kim bei dessen Moskau-Besuch im Frühjahr 1950 die Genehmigung zum Angriff auf den Süden.

#### Am 25. Juni 1950 begann der Angriff

Dieser Angriff der Koreanischen Volksarmee (KVA) begann am 25. Juni 1950 um vier Uhr morgens. Zehn Infanterie-Divisionen, 280 Panzer und 210 Kampfflugzeuge überquerten die Demarkationslinie in Richtung der südkoreanischen Hauptstadt Seoul sowie Chuncheon, Pocheon und Dongducheon. Aufgrund der drückenden Überlegenheit der Koreanischen Volksarmee vermochte diese Seoul schon drei Tage nach Angriffsbeginn einzunehmen, während die Rhee-Regierung nach Daejeon floh.

Angeichts des nordkoreanischen Angriffs verabschiedete der UN-Sicherheitsrat noch am 25. Juni die Resolution Nr. 82, in der Nordkorea des „Friedensbruchs“ bezichtigt und aufgefordert wurde, den Rückzug anzutreten. Dem folgte zwei Tage später die Resolution Nr. 83, mit der die UN-Mitgliedsstaaten aufgerufen wurden, Südkorea militärisch zu unterstützen. Dass die an der Mission beteiligten Kontingente aus 22 Staaten unter US-amerikanischem Kommando stehen sollten, war Inhalt der Resolution Nr. 84 vom 7. Juli 1950. Und in der Resolution Nr. 85 vom 31. Juli wurde der Einsatz der UN-Streitmacht mit am Ende fast einer Million Soldaten offiziell autorisiert.

All diese Beschlüsse konnten deshalb so zügig und unkompliziert gefasst werden, weil der Vertreter der Vetomacht Sowjetunion, Jakow Malik, die Sitzungen des Sicherheitsrates seit dem Januar 1950 boykottierte, um die Anerkennung der Volksrepublik China als ständiges Mitglied des Gremiums und offizieller Vertreter Gesamtchinas anstelle der Inselrepublik Taiwan zu erzwingen.

Das ermöglichte den USA, sich bei dem bereits frühzeitig angelaufenen Einsatz ihrer Luftwaffe und Marine gegen



Die systematische Bombardierung Nordkoreas durch die US-Luftwaffe kostete wohl jeden zehnten Nordkoreaner das Leben: Eine B-29 „Superfortress“ der US Air Force 1950/51 beim Flächenbombardement über Korea Foto: USAF

#### KOREAKRIEG

## Als der Kalte Krieg warm wurde

Vor 70 Jahren begann der erste große Stellvertreterkrieg zwischen dem westlichen und dem östlichen Lager

die KVA nachträglich auf entsprechende UN-Mandate zu berufen. Das galt gleichermaßen für die Anlandung von US-Bodentruppen zur Verteidigung Südkoreas. Den Befehl dazu hatte Präsident Harry S. Truman dem späteren Oberkommandierenden aller UN-Kontingente, General of the Army Douglas MacArthur, am 30. Juni 1950 erteilt.

#### MacArthur wollte A-Bomben werfen

Während MacArthur nun seine Streitmacht in Position brachte, besetzte die KVA fast ganz Südkorea mit Ausnahme eines kleinen Gebietes im Südosten. Dann wechselte das Kriegsglück. Als die DVRK mit dem Rücken zur Wand stand, entsandte Festlandchina eine 200.000 Mann starke sogenannte Volksfreiwilligenarmee nach Korea. Deren Gegenangriff im November 1950 brachte die UN-Truppen in äußerste Bedrängnis. Das quittierte MacArthur mit der Forderung, 34 Atombomben auf chinesische Städte zu werfen. Diesen Rubikon zu überschreiten unterließ jedoch die politische Führung der USA und MacArthur wurde durch General Matthew Ridgway ersetzt.

Nach der letzten großen Schlacht des Koreakrieges im Frühherbst 1951 stagnierten die Kampfhandlungen – abgese-

Die zeitweise Boykottierung der Sitzungen des Sicherheitsrates durch die UdSSR erlaubte es den USA, Krieg unter der Flagge der UN zu führen

hen von der seitens der UN gebilligten systematischen Bombardierung Nordkoreas durch die US-Luftwaffe, welche wohl jeden zehnten Nordkoreaner das Leben kostete.

Währenddessen verabschiedete die UN-Vollversammlung drei weitere Beschlüsse zum Koreakrieg: Die Resolution Nr. 376 vom 7. Oktober 1950, welche die UN-Truppen implizit zum Einmarsch in Nordkorea und zur gewaltsamen Wiedervereinigung des Landes ermächtigte, sowie die Resolutionen Nr. 498 und Nr. 500 vom 1. Februar beziehungsweise 18. Mai 1951, mit denen auch die Volksrepublik China (VRC) zum Aggressor erklärt und ein Waffenembargo gegen Peking und Pjöngjang verhängt wurde.

#### Ein Friedensvertrag steht noch aus

Aufgrund des festgefahrenen Stellungskrieges im Bereich des 38. Breitengrades initiierten die UN Waffenstillstandsverhandlungen, die am 10. Juli 1951 begannen und schließlich nach längerem Tauziehen sowie dem Tode Stalins zur Einstellung der Kämpfe am 27. Juli 1953 führten. Dahingegen kam die am 28. August in der UN-Resolution Nr. 711 angeregte finale Friedenskonferenz bis heute nicht zustande.

#### MASSAKER VON PRERAU

## „Auf keinen Fall möglich“

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges hin flohen viele Karpatendeutsche vor der heranrückenden Roten Armee ins Protektorat Böhmen und Mähren beziehungsweise wurden dahin evakuiert. Nach der Kapitulation der Wehrmacht kehrten im Frühjahr und Sommer des Jahres 1945 Zehntausende von ihnen in ihre Heimat zurück. Entsprechende Heimkehrertransporte wurden häufig auf dem Weg in die Slowakei überfallen. Eines der schlimmsten Verbrechen geschah dabei in Prerau (Přerov). Die etwa 22 Kilometer südöstlich von Olmütz gelegene Stadt galt damals als das Herz Mährens und war ein wichtiger Knotenpunkt, auch für die Bahn. So kam es, dass dort am 18. Juni 1945 zeitgleich ein Heimkehrertransport mit Karpatendeutschen, Slowaken und Ungarn, die aus der Ober- und Unterzips stammten und kurz vor Kriegsende nach Nordböhmen evakuiert worden waren, sowie ein Militärtransport mit tschechoslowakischen Soldaten, die auf dem Heimweg von einer Siegesfeier in Prag waren, standen. Die Soldaten zwangen die Zivilisten, fast ausschließlich Frauen, Kinder und alte Männer, auszusteigen. Anschließend trieben sie sie zur sogenannten Schwedenschanze, einer Anhöhe südlich von Prerau. Dort wurden sie der Reihe nach per Genickschuss getötet. Dem Massaker fielen 120 Frauen, 74 Kinder unter 14 Jahren und 71 Männer zum Opfer. Die Liste reichte vom acht Monate alten Kleinkind bis zum 80-jährigen Greis.

Knapp 70 Jahre später, im April 2015, bat Rudolf Göllner, der durch das Verbrechen Großvater, Onkel, Tante und seine damals zwölfjährige Cousine verloren hatte, den damaligen Bundespräsidenten um ein öffentliches Gedenken. Bescheiden merkte er an, dass es „ja nicht so aufwendig und re-



Gedenkkreuz an der Schwedenschanze (Švédské šance) Foto: Lasy

gelmäßig wie für die Opfer von Lidice“ sein müsse. Zudem hatte er ganz im Sinne der bundesdeutschen Verständigungspolitik gegenüber den Vertreiberstaaten angeregt, die tschechische Stadt Prerau für ihren Umgang mit ihrer Geschichte zu würdigen. In der Tat erinnert seit 1993 eine Gedenkstätte in der Stadt an der Betschwa an den Massenmord und seit 2018 ein am Nordhang der Schwedenschanze aufgestelltes vier Meter hohes Eisenkreuz mit stilisierten Einschusslöchern des Kunstschmieds Jiří Jurda.

Trotzdem antwortete das Bundespräsidialamt abschlägig. Der Bundespräsident habe sich für eine „tiefe Auseinandersetzung“ mit der Geschichte ausgesprochen, zu der auch die „Erfahrung der deutschen Schuld“ gehöre. Zwar werde Joachim Gauck am 20. Juni zum ersten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung sprechen. Ein gesondertes Gedenken für die karpatendeutschen „Kriegsopfer“ und eine Anerkennung für die Stadt Prerau seien jedoch „auf keinen Fall möglich“. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Dem britischen Premierminister Winston Churchill wird das Bonmot zugeschrieben: „Traue keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast.“ Dabei ist es heutzutage kaum mehr nötig, Zahlen in betrügerischer Absicht zu erfinden. Vielmehr reicht es aus, korrekte Daten tendenziös zu interpretieren oder zu präsentieren. Insofern trifft auch der Satz, den Churchills Landsmann Benjamin Disraeli, welcher von 1874 bis 1880 gleichfalls als Premier des Empire fungierte, einst geäußert haben soll: „Es gibt drei Arten von Lügen: Lügen, verdammte Lügen und Statistiken.“ Hierzu einige Beispiele.

Angenommen, in einem Jahr würde einer von einer Million Deutschen tödlich vom Blitz getroffen werden. Das ergäbe eine Quote von 0,0001 Prozent. Stiege dann im Folgejahr die Zahl der Opfer auf zwei von einer Million Bürger hierzulande, dann läge der Anteil nun bei 0,0002 Prozent, was immer noch sehr wenig wäre. Trotzdem könnten die Boulevardzeitungen reißerisch von einer Verdoppelung der Toten durch Blitzschlag schreiben – mit dem wahrscheinlichen Ergebnis, dass so mancher naiv-ängstliche Leser den Sommer dann doch lieber in den heimischen vier Wänden verbringt statt in der freien Natur. Und so etwas passiert in der Realität tatsächlich – inklusive der teilweise recht dramatischen Folgen.

Mitte der 1990er Jahre warnte das britische Komitee für die Sicherheit von Arzneimitteln vor einer neuen Antibabypille: Bei den hergebrachten Produkten liege das Risiko, eine potenziell tödliche Thrombose zu bekommen, bei 0,016 Prozent, im Falle der neuen Pille aber bei 0,029 Prozent. Das ging durch alle Medien, wobei von einer „zweifachen Erhöhung“ der möglichen Sterberate die Rede war. Dadurch verzichteten viele Frauen komplett auf die Einnahme von hormonellen Kontrazeptiva. Infolgedessen registrierte der Nationale Gesundheitsdienst Großbritanniens in den nächsten Jahren einen starken Anstieg der Abtreibungen. Fachleute sprechen daher heute von künstlich erzeugter „Pillenangst“.

#### Führen Feuerzeuge zu Krebs?

Eine weitere Methode, die Menschen mit richtigen Daten in die Irre zu führen, ist es, beim bloßen Zusammentreffen zweier Ereignisse (Korrelation) einen Zusammenhang (Kausalität) zu unterstellen. Korrelationen sind aber nur Hinweise dafür, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Dingen bestehen könnte, während Kausalitäten für nachweisliche Ursache-Wirkungs-Ketten stehen.

Es gibt jede Menge Beispiele für die absonderlichsten Korrelationen, welche



Immer genau hinschauen, was mit einer Statistik beabsichtigt wird: Oft geben die Zahlen gar nicht her, was sie zu belegen scheinen

Foto: Mauritius

#### STATISTIK-TRICKS

## Wie man mit der Wahrheit lügt

Es ist gar nicht nötig, Zahlen zu fälschen: Wer falsche Zusammenhänge erfindet, Faktoren auslöst, oder die Präsentation manipuliert, führt die Menschen ebenso erfolgreich in die Irre

würden sie ernst genommen – zu bizarren Verhaltensweisen führen müssten. So sterben Jahr für Jahr zahllose Menschen im Bett. Was logisch ist, da wir rund ein Drittel unserer Zeit darin verbringen und Pflegefälle oder Kranke oft sogar den ganzen Tag. Daraus könnte man nun ableiten, dass das Bett ein lebensgefährlicher Ort sei, und es zukünftig strikt meiden.

Andere Korrelationen ohne Zusammenhang sind folgende: Die Menge der US-Amerikaner, die zwischen 1999 und 2009 in einem Swimmingpool ertranken, korrelierte Jahr für Jahr mit der Zahl der neuen Filme des Schauspielers Nicolas Cage. Menschen, die Feuerzeuge in der Tasche herumtragen, sterben deutlich öfter an Lungenkrebs. Im Sommer gehen sowohl die Zahlen der verkauften Eiswaffeln als auch der Hitzschlagtoten hoch. Die Scheidungsrate im US-Staat Maine sinkt und wächst proportional zum Ver-

zehr von Margarine dort. Zudem korrelieren die Ausgaben der USA für Forschung und Raumfahrt recht genau mit der Häufigkeit der Selbstmorde im Lande durch Erhängen. Und zu Beginn der Coronapandemie stieg die Zahl der Infizierten in manchen Ländern ähnlich stark an wie die der durchgeführten Tests. Hätte man also besser auf das „offensichtlich“ krank machende Testen verzichten sollen?

Manipulation ist auch das Verschweigen eines dritten Faktors. Mit dem Anwachsen der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen nahm zugleich die Zahl der Übergewichtigen zu. Macht CO<sub>2</sub> also dick? Wohl kaum. Vielmehr stieg in vielen Ländern der Wohlstand. Und dieser Faktor Nummer Drei führte zum einen zum verstärkten Ausstoß von CO<sub>2</sub> und zum anderen zur Veränderung der Essgewohnheiten.

Ebenso werden die kausalen Zusammenhänge gerne mal umgekehrt. Manche

„Experten“ verkünden, Kinder, welche ihre Zeit mit „Ballerspielen“ am Computer verbrachten, würden als Erwachsene eher gewalttätig. Tatsächlich läuft es anders herum: Wer aggressive Neigungen verspürt, sucht sich nicht dieselben Beschäftigungen wie die Friedfertigen.

Und dann wird natürlich auch bei der grafischen Darstellung der Daten getrickst, was das Zeug hält. Am 1. Oktober 2005 setzte der US-Bundesstaat Florida das sogenannte Stand-Your-Ground-Law in Kraft, welches es den Bürgern erlaubte, tödliche Gewalt anzuwenden, um einen rechtswidrigen Angriff zu stoppen. In den Jahren darauf suggerierten einige Zeitungen, die Zahl der Schusswaffenopfer sei seit der Einführung des Gesetzes deutlich gesunken.

Das geschah vermittels von Grafiken, bei denen die y-Achse auf dem Kopf stand. Dadurch wirkte der deutliche Anstieg der

Erschossenen von reichlich 500 pro Jahr auf über 800 wie ein Rückgang.

Weitere Manipulationen erfolgen dadurch, dass die y-Achse nicht bei Null beginnt. So wirkt eine Senkung des Steuersatzes von 36 auf 35 Prozent sehr viel beeindruckender, wenn die y-Achse der Grafik nur von 30 bis 40 statt von Null bis 100 reicht. Und damit steht natürlich der Finanzminister, dem die Bürger die „Wohltat“ zu verdanken haben, viel besser da.

Man sollte sich Statistiken also immer sehr genau ansehen und dabei sowohl auf die Details als auch den Zusammenhang achten: Was besagen die Zahlen tatsächlich? Wie sind sie zustande gekommen? Wer steckt hinter ihrer Präsentation? Und was sind die Absichten dahinter? Sind diese Fragen beantwortet, fällt so manches statistische Kartenhaus zusammen – auch in Pandemie-Zeiten.

#### DER FALL KHASHOGGI

## Versöhnung oder Verhöhnung?

Für die Zahlung von Blutgeld verzeihen die Söhne des ermordeten saudischen Journalisten den fünf zum Tode verurteilten Tätern

Am 2. Oktober 2018 war der Journalist Jamal Khashoggi im saudi-arabischen Generalkonsulat in Istanbul bestialisch ermordet worden. Er wollte dort Dokumente für eine Eheschließung mit einer Türkin abholen. Seine türkische Verlobte wartete vor dem Konsulat vergeblich. Die saudischen Behörden benötigten zweieinhalb Wochen nach dem Verschwinden im Konsulat, bis sie erstmals zugaben, dass der Kritiker des Königshauses in Istanbul getötet worden war.

Es dauerte allerdings noch einige Zeit, bis die Saudis sich auf eine einheitliche Version der Todesumstände einigten, eine Leiche wurde nie gefunden. Am Ende setzte sich die Version durch, dass der Tod Khashoggis eine aus dem „Ruder gelaufene Entführung“ gewesen sei. Der

Version eines „Unfalls“ widersprechen allerdings alle geheimdienstlichen Erkenntnisse zum Fall, denn zu dem eigens an dem Mordtag aus Saudi-Arabien angeordneten Mordkommando gehörte sogar ein Gerichtsmediziner.

#### Altarabische Tradition der „Sulha“

Im Dezember 2019 wurden acht Angeklagte verurteilt, fünf davon zum Tode. Vom Gericht wurde die Tat als Totschlag, nicht als Mord qualifiziert. Als die Söhne des Ermordeten den Kronprinzen zum Kondolenzbesuch empfingen, gab es bereits Anzeichen, dass diese bereit seien, sich auf eine „Sulha“, eine aus der arabischen Stammestradition stammende Blutgeldregelung einzulassen. Wie hoch das Blutgeld war und in welcher Form es

bezahlt werden wird, wurde jedoch nicht bekannt.

Sulha kann man wörtlich mit Versöhnung übersetzen, sie mag für westliche Ohren fremd klingen, aber sie kann verhindern, dass sich im Orient bei Blutrache Mordserien über Generationen verselbstständigen. Hatice Cengiz, die an dem Mordtag vergeblich auf ihren Verlobten gewartet hatte, sprach den Söhnen das Recht ab, auf Gerechtigkeit zu verzichten. Allerdings ist sie, da nicht mit Khashoggi verheiratet, keine Verwandte des Ermordeten.

Cengiz, die Anhängerin der Muslimbruderschaft ist – in Saudi-Arabien verboten – hatte 2019 viele Länder, auch Deutschland, bereist und Gerechtigkeit gefordert. Allerdings wollte sie zu den

Verbrechen der Muslimbruderschaft keine Stellung beziehen.

Die UN-Sonderberichterstatterin für außergerichtliche Hinrichtungen warf Saudi-Arabien angesichts der Sulha-Justiz „Verhöhnung“ vor. Anders als die Verlobte leben die Söhne des Ermordeten weiterhin in Saudi-Arabien und müssen sich mit dem Regime, das gegen Kritiker keine Gnade kennt, arrangieren.

Kronprinz Mohammed bin Salman, dessen eigene Verantwortung bei dem Gerichtsverfahren nicht behandelt wurde, durfte seine zum Tod verurteilten Gefolgsleute nicht hängenlassen, um nicht einen massiven Vertrauensverlust zu riskieren.

Die Ermordung Khashoggis hat Saudi-Arabien mehr geschadet, als es der Jour-

nalist durch seine Artikel je hätte tun können. Das Vertrauen in das saudische Königshaus und vor allem seinen Thronfolger ist trotz Sulha für Jahrzehnte erschüttert. Eine schwere Hypothek und ein schwerer Verdacht lasten auf dem Kronprinzen, auch wenn mit der Annahme der Sulha auf weitere juristische Schritte verzichtet wird.

Moral lässt sich, zumindest im Westen, noch nicht mit Geld kaufen. Auch das Verhältnis zwischen dem MBS genannten Kronprinzen zu Washington ist belastet, im Kongress werden Forderungen nach Konsequenzen nicht verstummen. Es bleibt ausgeschlossen, dass der unter Mordverdacht stehende Kronprinz je zu einem Staatsbesuch in ein westliches Land aufbrechen wird. *Bodo Bost*

**LOCKERUNGEN IN ALLENSTEIN**

## Abiturprüfungen haben begonnen

Mit Sicherheitsabstand und Hygieneregeln – Schulen bereiten sich auf die Prüflinge vor

VON DAWID KAZANSKI

**A**m 8. Juni haben nach einer teilweisen Lockerung der Corona-Beschränkungen und der Wiederbelebung der gelähmten Wirtschaft schließlich auch die diesjährigen Abiturprüfungen begonnen. Es ist ein außerordentliches Jahr für das polnische Bildungssystem.

Die diesjährigen Abiturprüfungen sollten eigentlich am 4. Mai stattfinden. Diese Pläne wurden jedoch vom Ausbruch der Coronavirus-Pandemie durchkreuzt. Im März wurde der reguläre Unterricht an den Schulen ausgesetzt und die Lehrer wurden verpflichtet, Fernunterricht zu erteilen. Die Termine für die schriftlichen Prüfungen wurden ebenfalls verschoben. Das Bildungsministerium entschied, dass mündliche Prüfungen in diesem Schuljahr nicht obligatorisch abgenommen werden müssten. Sie werden nur von jenen Schulabsolventen abgelegt, die sich an ausländischen Universitäten um einen Studienplatz bewerben wollen.

**278.000 Schüler treten an**

Der Zentrale Prüfungsausschuss, das Gesundheitsministerium und der Haupt-sanitätsinspektor erarbeiteten sanitäre Richtlinien, die während der Prüfungszeit gültig sind. In der Praxis sieht das so aus: Bevor die Abiturienten die Schule betreten, desinfizieren sie ihre Hände. Sie können den Raum nur mit einer Gesichtsmaske betreten und verlassen, aber während der Prüfung darf die Maske abgenommen werden. Die Lehrer achten auch darauf, dass sich keine Gruppen von Jugendlichen vor dem Schulgebäude versammeln. Nur gesunde Personen, die nicht in Quarantäne sind, dürfen ihr Abitur schreiben. Es besteht ein Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen den Prüflingstischen, und die Prüfungsräume werden nach jeder Examensarbeit desinfiziert.

Insgesamt legen polenweit 278.000 Abiturienten ihre Prüfungen ab. Jeder Schüler ist verpflichtet, eine Prüfungsar-



Feuerwehrauto wartet vor einer Schule: Weil es in den vergangenen Jahren kurz vor Abiturprüfungen immer wieder zu Bomben- oder Giftgasdrohungen gekommen war, haben sich die Städte vorbereitet

Foto: D.K.

beit in Polnisch, Mathematik und einer Fremdsprache auf der Grundstufe zu schreiben. Darüber hinaus muss sich der Prüfling für ein Fach auf der erweiterten Ebene entscheiden.

Die beliebtesten Fächer in diesem Jahr sind Englisch, Geographie, Polnisch, Biologie und Mathematik. Leider finden die Prüfungen meist nicht ohne Zwischenfälle statt. So sind Fehlalarme zu einer unangenehmen Tradition geworden. Im vergangenen Jahr handelte es sich dabei um Bombenalarme, während auch in den ersten Tagen der diesjährigen Prüfungsrunde wieder viele Schulen im ganzen Land E-Mails mit

Informationen über das Versprühen von Giftgas erhielten.

Auch Schulen in Allenstein und Umgebung erhielten eine Reihe solcher E-Mails, in denen man mit der Warnung vor einem chemischen Angriff oder einem möglichen Leck in einer Gasanlage eingeschüchert wurde. Jedes Mal, wenn eine mutmaßliche Gefahr bestand, griffen Feuerwehrlaute und Polizisten ein, die Schüler und das Lehrpersonal wurden evakuiert und die Schulräume überprüft.

**Blinder Alarm**

Glücklicherweise stellten sich alle Alarme als falsch heraus, und die Prüfungen konn-

ten mit leichter Verzögerung stattfinden. Natürlich erhöhen solche Vorfälle den Stress der ohnehin nervösen Prüflinge.

Es ist auch durchaus möglich, dass in einigen Schulen die Prüfung abgesagt werden muss, weil gleich am ersten Tag der Abiturprüfungen das Thema der schriftlichen Prüfung in der polnischen Sprache durchgesickert ist. Das war herausgekommen, weil jemand kurz vor Beginn der Prüfung das exakte Thema der schriftlichen Prüfung online recherchiert hatte. Die Polizei ermittelt in dieser Angelegenheit. Der diesjährige Prüfungszeitraum wird noch bis zum 29. Juni dauern.

**MELDUNGEN**

## Pilgern im Sommer

**Alenstein** – In diesem Jahr werden laut einer Umfrage etwa 90 Prozent der Polen ihren Urlaub zuhause verbringen. Der Kreis Allenstein bietet mit der Pilgerstrecke des „heiligen Weges“ eine speziell erarbeitete und eingerichtete Route für Fußgänger, Radfahrer und Reiter an. Sie führt an mehr als 2500 Sehenswürdigkeiten vorbei, unter ihnen befindet sich das Sanktuarium in Dietrichswalde, außerdem Heiligelinde, das sogenannte Tschenstochau des Nordens. Der „heilige“ Weg Ermlands beinhaltet 16 Stationen. Bekannte Wallfahrtsorte, Sanktuarien, Leidenswege und historische Sakral-Objekte, die mit der Geschichte des ermländischen Bistums verbunden sind oder Einrichtungen mit religiösem, historischem und legendärem Charakter, liegen an der Strecke. Das erste von ihnen ist Balden, das Tor Ermlands, durch das viele ermländische Bischöfe, aus Warschau kommend, in ihre Diözese einkehrten. Weitere Orte sind Allenstein, Glottau, Guttstadt, Heilsberg, Kloster Springborn, Rößel, Heiligelinde, Lokau (bei Seeburg), Krossen, Stegmannsdorf, Mehlsack und Frauenburg. Der Weg endet in Braunsberg, der ersten historischen Hauptstadt der Region. PAZ

## Bahn soll wieder fahren

**Angerburg** – Kommunalpolitiker aus Angerburg möchten, dass wieder Züge auf der Strecke nach Rastenburg verkehren. Der Vize-Minister für Infrastruktur, Jerzy Szmit und Angerburgs Bürgermeister Krzysztof Kolaszewski sprachen sich dafür aus. Die Linie sei nicht allein durch die Beförderung von Passagieren rentabel, sondern eigne sich auch für touristische Fahrten. An dieser Strecke liegt unter anderem die Wolfsschanze. Die Republik Polen hat für das Programm „Bahn-Plus“ umgerechnet rund 1,5 Milliarden Euro bereitgestellt. PAZ

**KOMMUNALWESEN**

## Alenstein führt ein neues System für Müllgebühren ein

Kosten gerechter berechnen, Nichtzahler zur Kasse bitten – Die Stadtverwaltung entschied einstimmig

Bereits vor der Coronavirus-Pandemie fragten sich die Stadtbehörden, wie man die Gebühren für die Abfallentsorgung effektiver einziehen könnte. Angesichts der wirtschaftlichen Rezession und sinkender Einnahmen für den städtischen Haushalt, könnten die Gebühren für die Abfallentsorgung die prekäre Lage der Kommunalverwaltung erheblich verbessern. Aus diesem Grund will die Stadt ab 2021 Gebühren für die Müllentsorgung einführen, die sich am Wasserverbrauch und nicht an der sogenannten Abfallmeldung orientieren. Die Beamten betonen, dass dies eine wesentlich gerechtere Art der Gebührenberechnung sein wird.

„In Allenstein befindet sich ein großes akademisches Zentrum und viele Studenten, die zur Untermiete wohnen. Man weiß nicht, ob diese Personen Müllgebühren bezahlen. Es kommt auch vor, dass die Stadt-



Die Stadtverwaltung beriet über ein gerechtes Bezahlsystem für die Müllbeseitigung: Müllcontainer vor einem Wohnkomplex in Allenstein

Foto: D.K.

bewohner uns nicht melden, dass die Zahl der Menschen in ihren Räumlichkeiten gestiegen ist“, sagte Marta Bartoszewicz, Sprecherin des Allensteiner Stadtamtes. Das Rathaus analysierte mehrere Mög-

lichkeiten, da die Städte in der Republik Polen unterschiedliche Methoden der Erhebung von Abfallgebühren anwenden. In Danzig oder Breslau beispielsweise werden die Gebühren nach der Wohnfläche

berechnet, in den meisten Städten Oberschlesiens werden sie pro Kopf erhoben. Die Allensteiner Stadtverwaltung hielt die Berechnung der verbrauchten Kubikmeter Wasser in Bezug auf die Einwohnerzahl für die zuverlässigste Methode. Diese Besteuerungsform wurde Ende Mai auf einer Sitzung des Stadtrates endgültig verabschiedet. Die Stadträte nahmen den Beschluss mit der Mehrheit der Stimmen an, was bedeutet, dass man nächstes Jahr die Abfallgebühren nach dem Wasserverbrauch abrechnen wird.

Die Stadtbehörden möchten mit diesem Wechsel ein Problem loswerden, das darin bestand, dass diejenigen, die in den Abfallerklärungen nicht angegeben waren, von der Allgemeinheit mitfinanziert wurden. Daher sahen sich die Kommunalverwaltungen gezwungen, die Gebühren zu erhöhen.

„Das System muss sich selbst finanzieren, was bedeutet, dass die Stadtverwaltung dem kommunalen Abfallwirtschaftssystem keinen Pfennig hinzufügen kann. Nachdem wir mehrere Jahre lang die Preise auf gleichem Niveau gehalten hatten, waren wir gezwungen, die Gebühren für Abfall zu erhöhen, da folgende Faktoren teurer wurden: Mindestlohn, Transportleistungen und Stromkosten“, erklärte Bartoszewicz.

Es sei daran erinnert, dass laut offiziellen Meldeangaben viel mehr Menschen in Allenstein leben, als die Zahl der Mülldeklarationen vermuten lässt. Nach den Angaben des Statistischen Hauptamtes betrug die Einwohnerzahl von Allenstein Ende Juni 2019 etwa 170.000, aber nur 143.000 Städter erklärten, dass sie die Dienstleistung der Müllabfuhr nutzen. D. K.

## Wir gratulieren...



## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Eder, Erna**, geb. **Scheidemann**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Grommelt, Helmut**, aus Magergut, bei Locken, Kreis Osterode, am 23. Juni

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Henseleit, Irmgard**, geb. **Osten**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni

**Maslo, Hedwig**, geb. **Masurek**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 22. Juni

**Mennong, Herta**, geb. **Juckel**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

**Rogalla, Johanna**, geb. **Sobottka**, aus Binien, Kreis Lyck, am 23. Juni  
**Rupsch, Herta**, geb. **Grigull**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 24. Juni

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Kluth, Herbert**, aus Monken, Kreis Lyck, am 19. Juni  
**Schreiber, Emmi**, aus Arys, Kreis Johannisburg, am 22. Juni

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Büdenhölzer, Erna**, geb. **Kaspreit**, aus Wehlau, am 22. Juni  
**Drenske, Gertrud**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 21. Juni  
**Kuchen, Frieda**, geb. **Komossa**,

aus Rotbach, Kreis Lyck, am 25. Juni

**Lampe, Edith**, geb. **Reimer**, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 20. Juni

**Lyhs, Ruth**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 24. Juni

**Meyer, Edeltraut**, geb. **Gehra**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 24. Juni

**Preiß, Ella**, geb. **Palm**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 22. Juni

**Sill, Eva**, geb. **Koschorreck**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 25. Juni

**Umlandt, Anni**, geb. **Wohlgemuth**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. Juni

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Fröhlich, Bruno**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 22. Juni

**Miller, Erika**, geb. **Schiemann**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

**Simader, Charlotte**, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Barkowski, Eva**, geb. **Kledewski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 25. Juni

**Fischer, Hedwig**, aus Liskan, Kreis Lyck, am 22. Juni

**Pietrzik, Traute**, geb. **Liebergesell**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Juni

**Schulz, Marianne**, geb. **Schiele**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni

**Traube, Karen**, aus Woydiethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Dahlke - Von Terzi, Susanne**,

geb. **Von Terzi**, aus Lyck, am 25. Juni

**Führer, Hans**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 20. Juni

**Glaubit, Horst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

**Kirchenberger, Luise**, geb. **Jakub-czyk**, aus Lyck, Hindenburgstraße 16, am 25. Juni

**Kröhnke, Gerhard**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

**Neckel, Gerda**, geb. **Gollub**, aus Treuburg, am 21. Juni

**Schumann, Hildegard**, geb. **Pietsch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Habedank, Walter**, aus Lauken, Kreis Ebenrode, am 24. Juni

**Herrmann, Hans Horst**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 23. Juni

**Kath, Hildegard**, geb. **Sadowski**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 20. Juni

**Körber, Irmgard**, geb. **Smorra**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. Juni

**Rolfes, Lotte**, geb. **Fidorra**, aus Kal-tenborn, Kreis Neidenburg, am 25. Juni

**Trefelt, Gertrud**, geb. **Boersch**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 25. Juni

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Cordes, Lydia**, geb. **Hensel**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juni

**Fleischer, Ursula**, geb. **Imhof**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Juni

**Graeser, Wolfgang**, aus Ortelsburg, am 19. Juni

**Hertam, Gertrud**, geb. **Beyer**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

**Jeschull, Bernhard**, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 19. Juni

**Kohls, Edmund**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 19. Juni

**Neumann, Horst**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 23. Juni

**Ohlmeyer, Edith**, geb. **Hinz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 21. Juni

**Torner, Horst**, aus Lyck, Thorner Straße 1, am 23. Juni

**Wiacek, Ruth**, geb. **Piotrowski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni

**Will, Lothar**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 24. Juni

**Zilinske, Berta**, geb. **Launert**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung am 21. Juni

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Blosat, Lothar**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

**Buhr, Irmgard**, geb. **Federmann**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 20. Juni

**Dibowski, Ewald**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. Juni

**Futh, Dora**, geb. **Schröder**, aus Bladlau, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni

**Hagge, Helga**, geb. **Ewert**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Juni

**Krüger, Waltraud**, geb. **Goetzic**,

aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni

**Radler, Inge**, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 24. Juni

**Rose, Günter**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 19. Juni

**Schnarkowsky, Margarete**, geb. **Lissek**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni

**Schock, Manfred**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Juni

**Willert, Walli**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni

**Zardo, Dorothea**, geb. **Weidlich**, aus Lyck, am 21. Juni

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Becker, Irma** geb. **Meinicke**, aus Rochau (Mitschullen), Kreis Angerburg am 19. Juni

**Bensch, Helga**, geb. **Zehlius**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 24. Juni

**Bürgen, Arnold**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. Juni

**Ferdian, Irmgard**, geb. **Lojewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Juni

**Fette, Gretel Erna**, geb. **Gudlantzki**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 19. Juni

**Foss, Irmgard**, geb. **Jablonski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Juni

**Grundmann, Marianne**, geb. **Münchow**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Juni

**Hennig, Gerhard**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 22. Juni

**Klutke, Friedrich Wilhelm**, aus Ebenrode, am 25. Juni

**Kunkel, Anneliese**, geb. **Potreck**, aus Bladlau, Kreis Heiligenbeil, am 19. Juni

**Lasogga, Johannes**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 23. Juni

**Mattutat, Ruth**, geb. **Artschwager**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 21. Juni

**Poersch, Gerhard**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 23. Juni

**Schöttke, Hans**, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

**Thiemann, Karl-Heinz**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 25. Juni

**Wlotzka, Ruth**, geb. **Pyko**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. Juni

**ZUM 85. GEBURTSTAG**

**Becker, Dr. Christel**, geb. **Kuster**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 24. Juni

**Benger, Werner**, aus Ebenrode, am 22. Juni

**Brandt, Adolf**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Juni

**ZUM 80. GEBURTSTAG**

**Broschk, Erich**, aus Bartdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Juni

**Erdmannsky, Karl-Heinz**, aus Lyck, am 23. Juni

**Flatt, Christel**, geb. **Nasgowitz**, aus Ortelsburg, am 19. Juni

**Gera, Manfred**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 23. Juni

**Giehoff, Horst**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 20. Juni

**Gorka, Erich**, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, am 21. Juni

**Gryzik, Dieter**, aus Lyck, am 21. Juni

**Hoff, Johanna**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 23. Juni

**Knobloch, Elisabeth**, geb. **Pedina**, aus Kniprode, Kreis Neidenburg, am 19. Juni

**Kollenberg, Jenny**, geb. **Höhhfeld**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 22. Juni

**Kurfess, Annemarie**, geb. **Buttgereit**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 19. Juni

**Laue, Ingrid**, geb. **Funk**, aus Liebenfelde, Kreis Wehlau, am 19. Juni

**Packhäuser, Horst**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 20. Juni

**Reeve, Eleonore**, geb. **Hölger**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 24. Juni

**Schmitz, Hildegard**, geb. **Putschew**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 23. Juni

**Schruba, Edith**, geb. **Stankewitz**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 24. Juni

**Trawny, Gerhard**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 22. Juni

**Treu, Benno**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 21. Juni



**Bernsteintagebau Palmnicken** Statt mit riesigen Schreitbaggern die Grube auszuheben, rückten die ostpreußischen Arbeiter dem Gold der Ostsee mit Schaufeln zu Leibe, um es aus der Erde zu befördern.

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

**Treu, Benno**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 21. Juni

**ZUM 80. GEBURTSTAG**

**Bolz, Gerda**, geb. **Zander**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Juni

**Bülow, Anneliese**, geb. **Budde**, aus Zielhausen, Kreis Lyck, am 21. Juni

**Flickinger, Edeltraud**, geb. **Wicht**, aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Juni

**Gerstner, Helga**, geb. **Labjuhn**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 22. Juni

**Hohendorf, Werner Heinrich**, aus Stümswalde, Kreis Preußisch Holland, am 23. Juni

**Luka, Lothar**, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 21. Juni

**Odenbach, Hartmut**, aus Gedwanen, Kreis Neidenburg, am 24. Juni

**Schulze, Dr. Arnfried**, aus Neuhoof, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Juni

**Strauß, Siegfried**, aus Groß Engela, Kreis Wehlau, am 24. Juni

**Tkocz, Helmut**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 22. Juni

**ZUM 75. GEBURTSTAG**

**Debler, Heinz**, aus Heiligenwalde, am 20. Juni

**Kummutat, Gerd**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg und aus Kleinruten-Försterei, Kreis Ortelsburg, am 23. Juni

## Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

**Die 8. Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg** im Juni muss wegen der Corona-Pandemie leider ebenso ausfallen wie der **Festakt „100 Jahre Volksabstimmung“** in Allenstein und das **Ostpreußische Sommerfest** in Wuttrienen im Juli.

Weiterhin geplant sind...

**18. bis 20. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt

**5. bis 11. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**17. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

**6. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

**7./8. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)  
**8. bis 11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Bitte vormerken für 2021 Jahrestreffen der Ostpreußen**, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

**Wegen der Corona-Krise** kann es auch weiterhin zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter [www.ostpreussen.de/lo/seminare.html](http://www.ostpreussen.de/lo/seminare.html)

## Zusendungen für die Ausgabe 27/2020

**Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder** für die Heimat-Seiten der Ausgabe 27/2020 (Erstverkaufstag 3. Juli) bis spätestens Dienstag, den 23. Juni 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: [renker@paz.de](mailto:renker@paz.de), Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

**Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

**Sie werden regelmäßig** über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – [www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de) – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg.

**Weitere Auskünfte** zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,  
 E-Mail: [info@ostpreussen.de](mailto:info@ostpreussen.de)

**Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.**

ANZEIGE

Das siebte Buch von **Wendelin Schlosser** **„Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“**

ist 2019 im „August von Goethe Literaturverlag“ erschienen.  
ISBN: 978-3-8372-2220-3  
314 Seiten, €18,80

Der Band spricht von der Vertreibung der Deutschen, der Abschaffung Deutschlands, dem Selbsthass der Deutschen und der organisierten Kriminalität. Die vom Mainstream verschwiegene Wahrheit kommt in diesem Buch zum Erscheinen.

**Bremen**

Die Zusammenkünfte der Frauengruppe, die eigentlich an jedem dritten Donnerstag im Monat im „Hotel zur Post“ stattfinden, müssen bis einschließlich Juli entfallen.

Unsere Geschäftsstelle ist bis zur Sommerpause nur telefonisch erreichbar. Wenn Sie ein Anliegen an uns haben, nutzen Sie dort bitte unter 0421 - 3469718 unseren Anrufbeantworter.

Wir bedauern sehr, dass wir bis

auf Weiteres keine persönlichen Begegnungen haben können und wünschen allen Mitgliedern und Freunden unserer Landsmannschaft gesundheitlich alles Gute!

**Hessen**

**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

**Lichtbildervortrag „Eine Reise in unsere Heimat“**

**Wetzlar** – „Eine Reise in unsere Heimat“, so ist ein Lichtbildervortrag am Montag, 14. September, um 13 Uhr in der Gaststätte „Grillstuben“ (Stoppelberger Hohl 128) überschrieben. Von ihrer Fahrt berichten Margit Sandner und Brigitte Strähler (Wetzlar) beim Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Wetzlar. Der Eintritt ist frei.

Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

**Nordrhein-Westfalen**

**Vorsitzender:** Wilhelm Kreuer,  
**Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Ostpreußen, Pommern und Schlesier, NRW-Landestreffen am 5. Juli 2020**

**Landesgruppe** – Liebe Heimatfreunde! Aus gegebenem Anlass und in Anbetracht der derzeitigen Lage in Deutschland und der Welt sehen wir uns veranlasst, Ihnen diese Information zukommen zu lassen. Das diesjährige NRW-Landestreffen der Ostpreußen, Pommern und Schlesier am 5. Juli 2020 auf Schloss Burg fällt aus.

Da zur Zeit niemand sagen kann, wie sich die Situation im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entwickeln wird, haben wir uns als Veranstalter, dem die Fürsorgepflicht gegenüber allen Teilnehmern sehr wichtig ist, zu diesem Schritt entschlossen.

Aktuell fehlen auch Richtlinien der Landesregierung für derartige Veranstaltungen.

Wir bitten um Verständnis. Allen wünschen wir beste Gesundheit und Wohlergehen, damit wir uns im nächsten Jahr auf der Höhe von Schloss Burg wiedersehen.

*Landsmannschaft Ostpreußen NRW, Pommersche Landsmannschaft NRW, Landsmannschaft Schlesien NRW*

**Landesgruppe** - Das Vierteljahresrundschriften 2/2020 der Landesgruppe ist erschienen. Leider ist ein Postversand des Rundschreibens nicht möglich; es kann nur per E-Mail verschickt werden. Wer an dem Rundschreiben Interesse hat und nicht über ein eigenes E-Mail-Konto verfügt, kann der Landesgruppe gerne die E-Mail-Adresse von Kindern, Enkeln, Verwandten und Freunden, Bekannten und/oder sonstigen Personen übermitteln (Voraussetzung ist natürlich, dass diese mit einer Weitergabe ihrer E-Mail-Adresse und einem zukünftigen elektronischen Versand des Rundschreibens an sie einverstanden sind). Brigitte Schüller-Kreuer (Schriftführerin der Landesgruppe): Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de, Telefon: 02224-9873767.

**Landesgruppe** – Vom Ordenskrenz zur Elchschaufel, von der Maas bis an die Memel zur dreigeteilten Provinz. Gedenkschrift der Landesgruppe NRW, 70 Jahre Landesgruppe NRW e.V. 1949–2019, 320 Seiten, A5-Format, 5,00 Euro zuzüglich Versandkosten. Die Gedenkschrift enthält zahlreiche Abbildungen in Farbe und schwarz-weiß. Sie stellt ein Zeit-, Geschichts- und Kulturdokument ersten Ranges dar.



**Sommer in Cranz** Am Fischerplatz liegen die Boote der Fischer, die oft mehrmals täglich ihre Netze ausbringen mussten, um die erwünschte Menge an Ostseefischen, darunter Dorsch und Scholle, einbringen zu können.  
*Foto: Bildarchiv Ostpreußen*

Bestellungen bitte an: Brigitte Schüller-Kreuer, Schriftführerin der Landesgruppe NRW, E-Mail: Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de oder telefonisch unter (02224) 9873767.

**Düren** – Sehr geehrte Damen und Herren, die Heimatabende der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Kreisgruppe Düren e.V. fallen wegen der Corona-Epidemie bis auf Weiteres aus.

*Gerda Wornowski*

**Ennepetal** - Aufgrund der bekannten Corona Krise möchte ich hiermit alle weiteren monatlichen Termine in unserer Heimatstube, der Landsmannschaft Ostpreußen Gruppe Ennepetal, bis auf weiteres absagen.  
Mit freundlichen Grüßen

Monika Wakenhut  
1. Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen Gruppe Ennepetal

**Schleswig-Holstein**

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Bad Oldesloe** - Die Oldesloer Ost- und Westpreußen trauern um Boris Makarowski. Er war mehr als 25 Jahre lang als Schatzmeister der Ortsgruppe tätig, war oft mit Texten bei den monatlichen Zusammenkünften vertreten und beteiligte sich an den Diskussionen zu den verschiedenen Themen.  
Boris Makarowski war am

**Ostpreußisches Landesmuseum**

**Abends ins Museum: Kulturgenuss mit Abstand**  
**Verlängerte Öffnungszeiten und entspanntes Zeichnen im Ostpreußischen Landesmuseum ab dem 17.06.2020 jeden Mittwoch von 18-21 Uhr Eintritt 5 € inkl. einem Getränk**

Nach der Arbeit direkt ins Museum und den Alltag mit Kulturgenuss hinter sich lassen: Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung heißt Besucherinnen und Besucher ab dem 17.06.2020 jeden Mittwoch mit verlängerten Öffnungszeiten bis 21 Uhr zu der Aktion „Chill Out im Museum/Art after work“ willkommen. Genug von Online-Angeboten und dem Erleben von Kultur auf Distanz – wir laden Sie dazu ein, das Museum mit einem bereit gestellten Getränk in entspannter Atmosphäre zu entdecken und bieten Kulturerleben dort, wo noch Alternativen in Form von Abendunterhaltung fehlen. Verbringen Sie die Abendstunden mit alleinigem Kulturgenuss oder im gemütlichen Austausch mit Freunden.

In ruhiger Atmosphäre haben Kreative und Freunde des Zeichnens außerdem die Möglichkeit, dem Alltagsstress zu entfliehen und sich von den Objekten und Kunstwerken im Museum zu eigenen Kunstwerken inspirieren zu lassen. Wer keine eigenen Zeichenmaterialien in Form von Papier, Blei- oder Buntstiften mitbringen möchte, kann sich diese im Museum an der Kasse leihen. Auch Sitzgelegenheiten werden gestellt. Füllen Sie Ihr Skizzenbuch zwanglos mit Zeichnungen und Beobachtungen. Die Freude am Zeichnen und Entspannung stehen im Vordergrund. Wir freuen uns über Ihren künstlerischen Blick auf unsere Ausstellung. Für Sicherheit und Ihr Wohlbefinden sorgen, auch in Zeiten von Corona, unsere Hygienemaßnahmen.

**Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.**

**Kontakt:**  
Heiligengeiststraße 38  
21335 Lüneburg  
Tel.: 04131 759950  
info@ol-ig.de  
**www.ostpreussisches-landesmuseum.de**



ANZEIGE

**Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.**

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement.



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

**Prämie: 40 Euro**  
**Erfüllen Sie sich einen Wunsch...**

Die Geldprämie wird nach Zahlung des Jahresbeitrages auf Ihr Konto überwiesen.

**Preußische Allgemeine Zeitung.**  
**Die Wochenzeitung für Deutschland.**



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.preussische-allgemeine.de](http://www.preussische-allgemeine.de).

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
BIC: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

15. April 1932 geboren und ein echter Landsmann seiner masurischen Heimat.

Da seine Mutter verstorben war und sich sein Vater im Fronteinsatz befand, konnte der damals Zwölfjährige nicht flüchten und verblieb in Ostpreußen.

Wir danken Boris Makarowski für seine ehrenamtliche Mitarbeit.

Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie.

Gisela Brauer - Vorsitzende
Georg Baltrusch - Schriftführer

Bad Oldesloe - In seinem zweiten Buch „Mein Leben im Seniorenheim“ behandelt Heinrich Manthey ein aktuelles Thema.

Er schreibt in Tagebuch-Form, wie er den Alltag in einem Seniorenheim erlebt mit den Pflegekräften, der Geschäftsleitung und den Mitbewohnern...

Er berichtet aber auch, wie durch gegenseitigen Respekt und Vertrauen ein positives Miteinander möglich wurde.

Heinrich Manthey wurde 1939 in Bromberg/Westpreußen geboren, 1945 bei Kriegsende wurde seine Mutter verschleppt; der Vater war Soldat.

Interessierte Landsleute erreichen Heinrich Manthey im Pommering 35 - 37, 23744 Schönwalde am Bungsberg in Schleswig-

Holstein, Tel, 0162 / 7398 776. Gisela Brauer

Neumünster - Liebe Mitglieder der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und alle, die sich mit uns verbunden fühlen!

Die Corona-Pandemie zwingt uns zu einer längeren Zwangspause.

Mit Absprache des Vorstandes kamen wir zu dem Entschluss, dass die Treffen im Juni und Juli ausfallen. Den Jahresausflug im August in die Holsteinische Schweiz habe ich storniert.

Die Einschränkungen der Corona-Pandemie müssten aber gelockert werden. So wie im Augenblick mit Mundschutz und Abstandsregeln kann es keine gemütliche Veranstaltung sein.

Trotz aller Sorgen und Einschränkungen sollten wir Hoffnung und Zuversicht nicht verlieren. Wir haben das große Glück in Frieden leben zu können.

Freuen wir uns auf einen schönen Sommer und bleiben Sie gesund.

Mit herzlichen heimatlichen Grüßen

Ihre Brigitte Profé

Schwarzenbek - Die Corona-Pandemie zwang die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek, die am 18. April 2020 vorgesehene Feier zum

70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft zu verschieben.

Wenn es die Situation zulässt, ist der 8. August 2020 als neuer Termin angedacht. Der 8. August ist der nächstgelegene Sonntag zum 70-jährigen Bestehen der Charta der Vertriebenen...

In der Charta verzichteten die Vertriebenen nach allem ihnen zugefügten Leid und Unrecht, nach dem unwiederbringlichen Verlust ihrer Heimat und der totalen Enteignung, auf Rache und Vergeltung.

Peter Gerigk

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Einladung zum virtuellen Stammtisch, Sonntag, den 21. Juni 2020 20.00 - 21 Uhr

Liebe Freunde Ostpreußens, um uns trotz Corona-Krise sehen, das Vereinsleben genießen und gemeinsam den Ostpreußenbezug leben zu können, laden wir zu

unserem virtuellen Treffen ein. Wir treffen uns alle auf Skype.

Das Profil, welches den Telefonanruf ausrichtet, lautet: Bund Junges Ostpreußen

Zu Beginn wird ein Kurzvortrag mit dem Thema „Schloss Steinort-Geschichte und Zukunftsaussichten“ vorgetragen.

Kulturzentrum Ostpreußen

Am Samstag, dem 30. Mai öffnet die Residenz Ellingen wieder ihre Pforten für den Besucherverkehr. Damit sind auch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums Ostpreußen wieder zugänglich.

Wilhelm Voigt aus Tilsit. Der Hauptmann von Köpenick

Sonderausstellung bis 22. November 2020

Am 16. Oktober 1906 besetzte der aus Tilsit stammende Wilhelm Voigt mit einigen Soldaten das Köpenicker Rathaus und raubte die Stadtkasse.

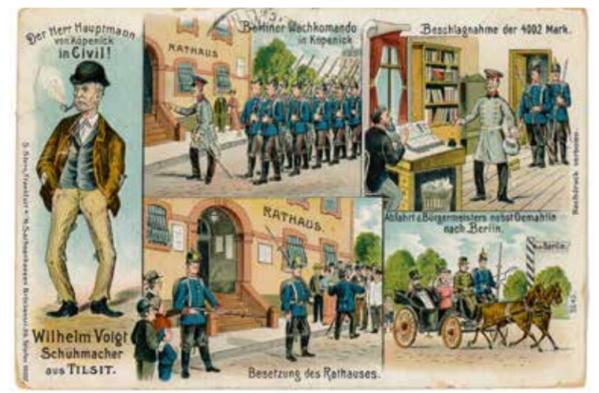
mütliche Sitzmöglichkeit mit! Euer BJO - Vorstand

Briefmarkenprojekt

Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen kam Wilhelm Kreuer, ehemals Vorsitzender der LO-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, der Gedanke, zur Erinnerung an diese historische Begebenheit eine Sonderbriefmarke zu gestalten.

Idee teilte er mit dem BJO, und dieser entschloss sich, das Projekt in Angriff zu nehmen. Daraufhin hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der sich mit der Gestaltung der Motive beschäftigt und gern weitere Vorschläge entgegennimmt...

Bei Interesse bitte bei Peter Harder melden. E-Mail-Adresse: harder@junge-ostpreussen.de



Ellingen Historische Postkarte mit Darstellungen des Hauptmanns von Köpenick Foto: Kulturzentrum Ostpreußen

auch die Verarbeitung des Schelmenstücks in der Presse sowie in Literatur und Film in den Blick genommen.

Die Öffnungszeiten für diese Ausstellung, wie auch für alle anderen Räumlichkeiten des Kul-

turzentrums Ostpreußen, sind wie üblich Dienstag bis Sonntag 10-12 Uhr und 13-17 Uhr (auch an den Feiertagen).

www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 6x6 Sudoku puzzle and a 'So ist's richtig' word search.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers pre-filled.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6 indicating word positions.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gastwirtschaften.

- 1 Kunststil
2 Hochschullehrer
3 Offiziersanwärter
4 Insekt
5 Haar-, Schuhschließe
6 ein Erdteil

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein südamerikanisches Säugetier.

1 Ehemann, 2 Gewinner, 3 Ältester, 4 künstliches Wasserbecken, 5 Nordwind am Ägäischen Meer

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around numbers 1-5.

## Heimatkreisgemeinschaften

### Königsberg-Land

**Kreisvertreterin:** Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna, Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de.

Die Geschäftsstelle der Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) in Minden ist aufgelöst worden.

Ab sofort kann das Werk „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski unter folgender Adresse bestellt werden: Dr. Bärbel Beutner, Käthe-Kollwitz-Ring 24, 59423 Unna/Westf., Telefon (02303) 14017, E-Mail: dr.beutner@t-online.de

Über weitere Bestände werden noch Informationen erfolgen.

### Mohrungen

**Kreisvertreter:** Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079.

**Stellv. Kreisvertreterin:** Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. **Schatzmeister:** Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

**Geschäftsstelle:** Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365

### Studentin bittet um Mithilfe

Josephina Strößner bittet um Unterstützung für ihre Examensarbeit. Sie studiert Musik und Französisch für das gymnasiale Lehramt in Rostock. Mit ihrer Arbeit möchte sie sich Musik und Brauchtum Ostpreußens zuwenden. Ihr Interesse an der Themenwahl rührt aus der Flucht der Großmutter und deren Familie im Jahr 1945 aus dem Kreis Mohrungen nach Oberfranken.

Die Forschung für die Arbeit basiert insbesondere auf Dokumenten von Vereinen, welche sich ostpreußischer Musik und dem Brauchtum widmen, aber auch privat organisierte Treffen oder Ähnliches zum Erhalt dieses Kulturgutes sind von Interesse.

Gesucht werden (alte) Konzert-/Festprogramme oder Unterlagen wie Zeitungsausschnitte, die musikalische Aktivitäten, Tänze oder Ähnliches im Ablauf stehen haben. Danke für Ihre Hilfe!

**Kontakt:** Josephina Strößner, E-Mail: josephina.stroessner@hmt-rostock.de

**Das diesjährige Heimatkreisfesten** der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. findet am 19. und 20. September 2020 in Bad Nennendorf, Hotel Esplanade L'ORANGE-RIE, Bahnhofstraße 8, statt.

Am 19. September findet die öffentliche Sitzung des 9. Kreistages statt. Ab 13.00 Uhr ist Einlass in die Veranstaltungsräume.

Die Feierstunde mit einem interessanten Programmablauf und die Mitgliederversammlung finden am 20. September statt.

### Neidenburg

**Kreisvertreter:** Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de.

**Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Liebe Neidenburger und Soldauer! Nach reichlichen Überlegungen im Vorstand und Rücksprache mit Behörden haben wir einstimmig beschlossen, das diesjährige Heimat-

treffen abzusagen. Die Unwägbarkeiten sind einfach zu groß.

Ein Heimattreffen mit Gesichtsschutz und Abstandsregelung bringt es nicht. Bei den Behörden geistert immer noch die Angst vor der zweiten Welle, die dann alles zunichte macht. Viele Mitglieder haben uns auch ihre Zweifel mitgeteilt.

Wir bitten aufgrund dieser vielen Unwägbarkeiten, um Verständnis für diese Maßnahme.

Das Treffen, so wie es geplant war, wird dann nächstes Jahr in Bochum durchgeführt.

Mit heimatlichen Grüßen  
Ulrich Pokraka - Kreisvertreter

Aufgrund der aktuellen Situation infolge der Corona-Pandemie bleibt die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Neidenburg in Bochum-Werne, Kreyenfeldstraße 31, bis auf Weiteres geschlossen. Wir bitten um Verständnis für diese Maßnahme und wünschen Ihnen beste Gesundheit in diesen schweren Zeiten.

### Tilsit-Stadt

**Stadtvertreter:** Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

**Geschäftsführer:** Manfred Urb-schat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

### Stadtfest in Tilsit/Sowjetsk 2020 in „komprimiertem“ Format

Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. wurde kürzlich (mit E-Brief vom 03. Juni 2020) vom Leiter der Stadtverwaltung der Stadt Sowjetsk im Kaliningrader Gebiet, Sergejew Andrej Sergejewitsch zum bevorstehenden Stadtfest unserer Heimat- und Partnerstadt informiert.

Dem 1. Vorsitzenden unserer Stadtgemeinschaft Tilsit e.V., Erwin Feige, wurde in freundschaftlicher Verbundenheit versichert, dass man in dieser schwierigen Zeit der Quarantäne in ganz Europa eine ebenso schwierige Entscheidung zum Stadtfest Tilsit/Sowjetsk zu fällen hatte. „In diesem Jahr wird das Stadtfest der Stadt Sowjetsk im September in einem verkleinerten Format ohne unsere lieben Freunde

aus den Partnerstädten stattfinden.“ Die Stadtverwaltung Sowjetsk hoffe aufrichtig auf das Verständnis für diese Entscheidung und versichert“ uns, dass wir immer in den Herzen der Stadt Sowjetsk bleiben werden. Das Stadtoberhaupt wünscht uns bleibende Gesundheit und drückt sein Bedauern über die Verschiebung unserer Begegnung aus.

Wir wünschen – erst recht unter diesen Umständen – der Verwaltung und der Bevölkerung der Stadt Tilsit/Sowjetsk und Herrn Sergejewitsch alles Gute.

Hoffen wir auf Begegnungsmöglichkeiten spätestens zum Stadtfest 2021, wo die Stadt ihren städtebaulichen Fortschritt verbunden mit der Pflege ihrer kulturhistorischen Vergangenheit demonstrieren wird. Wir freuen uns auf die Begegnungen mit den russischen Bürgern und den ausländischen Gästen, die wiederum vom Geist des friedlichen Zusammenlebens der Völker und des freundschaftlichen Miteinanders geprägt sein mögen. Verbleiben wir also in gegenseitiger Achtung, Nähe und sich vertiefenden Freundschaft.

*Prof. Günter H. Hertel, Korrespondent der Stadtgemeinschaft „Tilsit“ e.V.*

### Tilsit-Ragnit

**Kreisvertreter:** Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

**Geschäftsstelle:** Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Weddelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachimscheer@t-online.de

### Das Heimatmuseum in Breitenstein

In der Woche vor Pfingsten lasen wir in dieser Zeitung einen interessanten Artikel über die zukünftige neue Heimstatt von Jurij Userzows Heimatmuseum in Kraupischken/Breitenstein. Es wurde u.a. berichtet: „Wie lange es dauern wird, bis das Museum eröffnet wird, hängt davon ab, wie viel Unterstützung Userzow erhalten wird.“ Dazu ist zu



**Sergejew Andrej Sergejewitsch** Der Leiter der Stadtverwaltung Tilsit (Sowjetsk) im Kaliningrader Gebiet informierte die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. kürzlich darüber, dass das Tilsiter Stadtfest dieses Jahr ohne ausländische Gäste stattfinden wird.  
Foto: Privat

sagen, dass von staatlicher Seite nichts zu erwarten ist. Er hat bislang auf Eigenmittel zurückgegriffen, die durch den Kauf des Gebäudes und die Dacheindeckung bedenklich geschrumpft sind. Im übrigen ist er auf Spenden angewiesen, Ein entsprechender Aufruf im Heimatblatt der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit hat bereits Erfolg gezeitigt.

Auch an dieser Stelle bitten wir um finanzielle Unterstützung für die Instandsetzung des zukünftigen Museums. Wer spenden möchte, wende sich bitte an die Kreisgemeinschaft Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit e.V.

Dieter Neukamm

### Schloßberg (Pillkallen)

**Kreisvertreter:** Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale.

**Geschäftsstelle:** Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Das geplante deutsch-russische Kinderferienlager in Otterndorf und auch die Jugendbegegnung in Lasdehnen müssen leider wegen der Corona-Pandemie in diesem Jahr ausfallen.

Norbert Schattauer  
Kreisjugendbetreuer der  
Kreisgemeinschaft

### Sensburg

**Kreisvertreterin:** Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Remscheid, Telefon (02174) 768799.

**Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Aufgrund eines redaktionellen Fehlers wurde in Ausgabe 24/2020 das Sensburger Treffen angekündigt, welches jedoch bereits abgesagt worden war. Im Folgenden die Korrektur:

### Sensburger-Treffen abgesagt

Das für den 9. August 2020 vorgesehene Jahreshaupttreffen der Sensburger in Remscheid wird aufgrund der Corona-Krise abgesagt. Für viele Menschen ist ein Höhepunkt der Begegnung verloren gegangen. Das Jahrestreffen wird im nächsten Jahr stattfinden. Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Webseite:

www.kreisgemeinschaftsensburg.de.  
Bleiben Sie gesund!  
Mit freundlichen Grüßen  
Kreisgemeinschaft Sensburg e.V.  
Helmuth Tomscheit  
Geschäftsleiter

ANZEIGE

... und die Meere rauschen den Choral der Zeit; Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit ...

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Schwester und Oma

**Magdalena Paluschtzik**  
geb. Tobies

\* 29. März 1926 † 4. Juni 2020  
Canditten/Ostpreußen Wiesbaden

In Gedanken bleibst du bei uns.  
Dagmar, Hagen, Silke  
Fabian, Adina, Jannik  
Georg und Gretel Tobies  
Harald Tobies mit Familie

Kondolenzschrift:  
Frau Magdalena Paluschtzik c/o Bestattungsinstitut Freund/Amelung, Igstädterstraße 2, 65191 Wiesbaden  
Aus gegebenem Anlass findet die Trauerfeier und Beisetzung auf dem Südfriedhof im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

„Und die Meere rauschen den Choral der Zeit, Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit“  
Ostpreußenlied

Ein letzter, heimatlicher Gruß des älteren Bruders, der Schwägerin, des Onkels, der Ehefrau, des Vaters und Opas

**DIETER ROSANOWSKI**  
Zimmermeister  
\* 2. 1. 1940 † 29. 5. 2020  
Seegutten, Kreis Johannisburg Uelzen

**Karl-Heinz Rosanowski**  
Freia  
**Jens und Heinke mit Jarla, Hanna, Jan und Eva**  
**Christa Rosanowski**  
Götz mit Emma

Die Beerdigung war am 6. Juni im engsten Familienkreis auf dem Friedhof in Oerrel, Kreis Gifhorn, seinem Wohnort seit Oktober 1947.  
Traueranschrift:  
Karl-Heinz Rosanowski, Sebastian-Bach-Str. 25, 31141 Hildesheim

### Liebevoll gestaltete Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

**Not macht erfinderisch.** Seitdem die Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes besteht, haben unzählige kreative Gestalter die vielfältigsten Maskenmodelle gefertigt, und aus den lästigen Utensilien halbwegs ansprechende Accessoires entwickelt. Ab sofort gibt es die Gesichtsmasken auch mit Elchschaufel!

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

**Das Bedecken Ihres Gesichts** mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

**Der Preis per Stück** beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter **(040)414008-0**.



JUBILÄUM

# Wie der Pulsschlag Ostpreußens

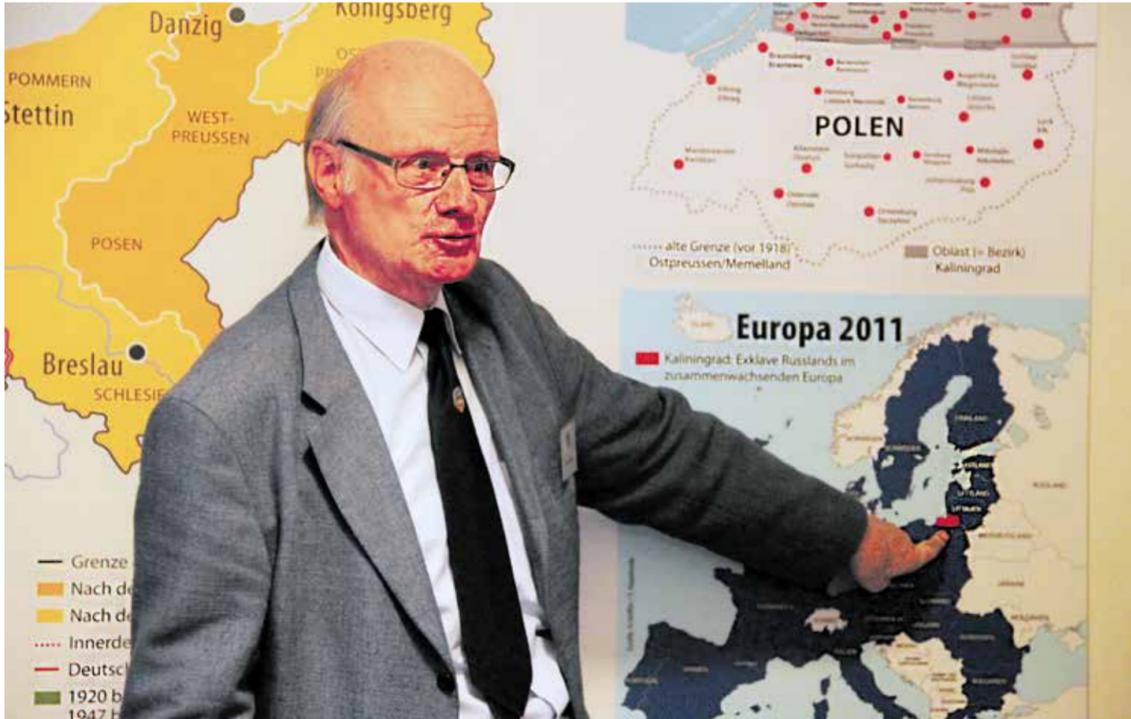
Über 70 Jahre Wirken der Landsmannschaft Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen

VON WALTER T. RIX

S o bedeutsam wie der ostdeutsche Anteil an der Kultur- und Geistesgeschichte Deutschlands insbesondere in der Neuzeit ist, so sehr scheint dies in der letzten Zeit aus dem allgemeinen Bewusstsein zu entschwinden. Die Gründe sind vielfältig. Die neusprachliche Umwidmung von Ostdeutschland sowie die Brüsseler Verneinung von Nationalstaatlichkeit mögen dabei eine zentrale Rolle spielen. Man muss daher in einer Zeit, in der Ostdeutschland im politischen Nebel seine Konturen zu verlieren droht, aufmerken, wenn die Landsmannschaft Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen auf 320 Seiten einen Längsschnitt vorlegt, der Vergangenheit mit Gegenwart verbindet und zusätzlich noch eine Perspektive in die Zukunft eröffnet.

75 Jahre nach Vertreibung und Heimatverlust konnte es keine Festschrift werden, sondern die Schrift musste die Gestalt einer Chronik annehmen. Wer nun aber eine Ansammlung von nüchternen Daten und trockenen Fakten erwartet, wird höchst angenehm überrascht. Mit einem weit gefassten Spektrum an Themen widmet sich die reich bebilderte und mit zahlreichen Karten ausgestattete Chronik landeskundlichen, historischen, literarischen und auch aktuellen politischen Fragestellungen. Die Chronik ist daher weit mehr als nur ein Rückblick, und man ist geneigt, in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Beweggründe für die Erstellung einen Satz von Goethe zu bemühen: „Eine Chronik schreibt nur derjenige, dem die Gegenwart wichtig ist.“

Der erste Teil widmet sich auf 95 Seiten naturgemäß der Entstehung, den Zielsetzungen und der Entwicklung der Landsmannschaft speziell in Nordrhein-Westfalen. Nach diesem eher allgemeinen Teil schließen sich elf Kreisgruppen an,



Eine Führung im Museum Haus Königsberg im Rahmen des 6. Deutsch-Russischen Forums der Landsmannschaft Ostpreußen 2013 in Duisburg: Lorenz Grimoni zeigt den Teilnehmern die Lage der Königsberger Exklave auf einer Europakarte Foto: MRK

die ausführlich zu Wort kommen und mit Hilfe von Bildgalerien über ihre Arbeit informieren. Wenn man das hier ausgebreitete Material näher betrachtet, dann erschließen sich unverkennbar mentale und soziale Strukturen, die zum Nachdenken in mehrfacher Hinsicht herausfordern. Aus welchem Schmerz, aber auch mit welchen Hoffnungen fand man sich im Bekenntnis zu Heimat und Herkunft zusammen. Und wie kraftzehrend war es, Identität und Anspruch bis heute zu bewahren. Immer wieder wird in den einzelnen Berichten deutlich, dass es das kulturelle Erbe ist, das für Kontinuität und Gemeinschaft sorgt. Einen gewichtigen Anteil haben die unterschiedlichen Themen gewid-

meten Aufsätze. In einem sorgfältig recherchierten Beitrag beschäftigt sich Jochen Zauner mit „Masuren – seine Menschen und ihre Identität vor 1920“ und kommt zu dem Schluss, dass das Abstimmungsergebnis 1920 ein freies Bekenntnis war. Ebenso aufschlussreich sind Horst Tuguntkes Ausführungen über das Ermland. Bärbel Beutner, vielen bekannt als profunde Kennerin nicht nur der ostdeutschen Literatur, ist gleich mit zwei Aufsätzen vertreten. Sie würdigt einmal Hermann Sudermann und weiß dem etablierten Bild neue Akzente hinzuzufügen. Zum anderen liefert sie eine faszinierende Analyse der aktuellen Rezeption ostpreußischer Dichter. Mit Wehmut erfüllt die

Darstellung von Lorenz Grimoni über das einmalige „Museum Stadt Königsberg“ in Duisburg, das infolge äußerer Zwänge der Auflösung anheimgefallen ist. Zwar sind wichtige Exponate nach Lüneburg und Ellingen gegangen, aber eine schmerzliche Leerstelle ist zurückgeblieben. Weitere Autoren befassen sich unter anderem mit folgenden Themen: „Kampf um Ostpreußen“, „Flucht über das zugefrorene Haff aus der Täterperspektive“, „Rückwerb des Königsberger Gebietes“, „Störche in Ostpreußen“, „Altortungsgesellschaft Prussia“, „Über die Prußen“, „Deutsche Kulturgüter als Raubkunst“, „Wie ‚Ostpolen‘ zu Polen kam“, „Versailles und das Memelland“.

Unter der großen Zahl an Beiträgen seien zwei herausgegriffen, weil sie in verständlicher Weise Klarheit in komplexe Probleme bringen: Wilhelm Kreuzer behandelt den „Lastenausgleich – eine Erfolgsgeschichte?“ und kommt zu dem Ergebnis, dass den Vertriebenen etwa nur ein Fünftel der Vorkriegswerte ersetzt wurde. Der Wirtschaftsaufschwung hat dann die Gefühle geglättet. Mit dieser Thematik hängt auch Ulrich Penskis „Dokumentation zur Eigentumsfrage“ zusammen. Er stellt die öffentlichen Äußerungen von Vertriebenenvertretern zu dieser Frage zusammen und zieht in Bezug auf die Realität das Résumé, dass die Rechtsprechung das „Siegerrecht den Menschenrechten vorgezogen und damit auch die vielfach beschworenen europäischen Werte als bloße politische Rhetorik enthüllt“ habe.

Die Fülle an Fakten sowie an Bild- und Kartenmaterial lässt die Chronik fast wie ein Nachschlagewerk erscheinen. Betrachtet man die Beiträge aus der Vogelperspektive, so wirken diese in ihrer Gesamtheit wie der Pulsschlag Ostpreußens. Die Erinnerung hat einen Bruder und dieser heißt Hoffnung. Die Chronik fängt so viel an ostpreußischem Geist ein und veranschaulicht diesen derart, dass über die Hoffnung hinaus Zuversicht erwächst. Der hier spürbar werdende lebendige Geist wird dieses Land weitertragen. „Auch in Zukunft wird Ostpreußen seinen Platz behaupten.“

## „Ostpreußen, Land der dunklen Wälder. 70 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen Nordrhein-Westfalen“,

320 Seiten, 5 Euro zuzüglich Porto, Bestellungen an: Brigitte Schüller-Kreuer, Backesweg 37, 53572 Unkel, E-Mail: Schueller-Kreuer@Ostpreussen-NRW.de, Telefon 02224 9873767.



## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# „Ich freu mich wie Bolle“

Nach drei Monaten ist seit dem 12. Juni die Grenze an der Neiße über Nacht wieder offen

12. Juni, 23.45 Uhr, Altstadtbrücke Görlitz. Aus allen Richtungen strömen Menschen unterschiedlichen Alters zur Altstadtbrücke. Eine Gruppe führt einen Rekorder mit, aus dem laut „Wind of Chance“ von den Scorpions dröhnt. Die Plätze in den Gaststätten sind voll, aber es ist erstaunlich still an den Tischen – eine Atmosphäre der Erwartung liegt in der Luft. Noch steht der Grenzzaun, der das Herz der Europastadt teilt, quer in der Mitte der Brücke. Während auf polnischer Seite weniger Besucher versammelt sind, steht auf deutscher Seite Mensch an Mensch. Einige Minuten vor Mitternacht treffen beide Bürgermeister ein und greifen zum Bolzenschneider. Ein Mann mit Flüstertüte drückt auf einen Sirenenalarm, doch die beiden Stadtspitzen warten eisern, bis die beiden Zeiger der Uhr auf zwölf stehen, ehe sie die Zaunelemente zur Seite drücken und die Stadt wieder vereint ist – begleitet von „Polska Polska“-Rufen – ohrenscheinlich jedoch aus deutschen Mündern!

Und während die Masse nun ans Ostufer drängt, intonieren zumindest drei junge Leute, „Kehr ich einst zur Heimat wieder ... mein Schlesierland – mein Heimatland“. Octavian Ursu, Oberbürgermeister auf deutscher Seite, verhartet wie sein polni-



Mindestabstand kaum möglich: Görlitzer feiern die Nacht der Grenzöffnung Foto: E.P.

scher Kollege Rafal Gronicz für die Kameras und Mikrophone auf der Brückenmitte und gibt zu Protokoll: „Wir haben durch die Grenzschließung 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in den letzten Wochen gelitten, jetzt ist die Europastadt wieder

vollständig und darüber freuen wir uns und das werden wir auch feiern.“ Rafal Gronicz sagt gegenüber der PAZ: „Für mich ist die Grenzöffnung so, als ob ich nach einer dreimonatigen schweren Krankheit zum ersten Mal an die frische Luft gekom-

men wäre. Es bedeutet eine große Freude für mich. Ich freue mich, dass so viele Menschen mit uns die Grenzöffnung feiern.

„Ich ... hoffe, dass den Menschen wieder bewusst geworden ist, was das für ein Geschenk ist, dass die Grenzen wieder offen sind ...“

Peggy Wolters  
MDR-Radio-Journalistin

Viele haben darauf gewartet, wir sind nach den Jahren miteinander vertraut geworden, wir leben in einer Stadt und wollen nicht durch eine Grenze geteilt werden.“

Und im Moment des Wiedersehens auf der Brücke wird es trotz der Emotionen des Augenblicks auch schnell konkret. Auf die Frage, welche gemeinsamen Vorhaben

nun anstehen, erklärt Octavian Ursu: „Wir planen ein großes Projekt – eine klimaneutrale Wärmeversorgung und darüber reden wir momentan.“ Er und sein polnischer Amtskollege seien auch in der Zeit der Grenzschießung näher zusammengedrückt, hätten häufiger als sonst miteinander telefoniert. „Das hat uns weiter zusammengeschweißt.“

Für den MDR war Peggy Wolters als freie Radio-Journalistin dabei, die aus Bad Muskau stammt. Auch dieser Ort und mit ihm die Pückler'sche Parkanlage ist seit 1945 wie Görlitz geteilt. Sie sei im Grunde ständig zum Einkaufen, ins Restaurant oder beim Spazieren im Park auf beiden Seiten der Grenze zuhause gewesen: „Ich erinnere mich aber auch an meine Kindheit, als der Park getrennt war und dann kam die Trennung doch noch einmal. Es tat weh, es hat Emotionen hervorgerufen, die wir so lange nicht mehr hatten: so ein Zittern, so eine Angst: Was kommt danach? Ich wünsche mir und hoffe, dass den Menschen wieder bewusst geworden ist, was das für ein Geschenk ist, dass die Grenzen wieder offen sind und das dieses Wort offen den Menschen wieder ganz bewusst in den Kopf geht. Ich freue mich wie Bolle.“

Edmund Pander

## AUS DER GESCHICHTE

## Auf Schwedens Spuren in Pommern

Bauten – Denkmäler – Kunst – Literatur und Vineta in Vorpommern entdecken

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI



Schwedisches Pommernwappen

Seit dem Jahr 2000 gibt es die 700 Kilometer lange kulturhistorische Route, Schwedenstraße genannt. Sie führt durch Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Im Jahr 2002 wurde der Förderverein Schwedisches Kulturerbe in Pommern gegründet, dessen Ziel es ist, Denkmäler und Begebenheiten aus dieser Zeit zu erforschen und zu bewahren.

schaft aufgehoben. Anklamer erzählen heute noch gern Besuchern ihrer Stadt, dass sie vor mehr als 200 Jahren einmal die längste Brücke der Welt gehabt hätten und zeigen dann auf einen kleinen Übergang über die Peene. Sie wäre nämlich von ihrer Stadt bis nach Schweden gegangen. Zu Altvorpommern wurde demnach das Land von der Oder bis zur Peene mit Stettin.

In den Jahren von 1692 – 1709 wurde Pommern kartiert. Gut für Gut, Hof für Hof und in den Städten Haus für Haus wurden aufgenommen und ihre Nutzflächen kalkuliert. Sogar die sagenhafte Stadt Vineta wurde dabei nicht vergessen. Diese Landvermessung ermöglichte eine Herstellung topographischer Karten und diente der Steuereintreibung. In der Bibliothek der Greifswalder Universität können sie heute noch als Lagerströmsche Matrikel eingesehen werden. Damit war Pommern das erste deutsche Reichsterritorium, das ein modernes Katasteramt besaß.

Zeugnisse schwedischer Baukunst in Vorpommern sind das Hauptge-

Barockschloss in Griebenow bei Greifswald von 1702 – 1706. Neben diesem Schloss steht eine 12eckige Kapelle, die von seinem Vater Gerd Antoni von Keffenbrinck 1663 errichtet wurde. Er wurde in den schwedischen Adelsstand erhoben und nannte sich danach von Rehnskiöld.

An der Toreinfahrt zum Renaissanceschloss Ludwigsburg erkennt man das Wappen der schwedischen Generalsfamilie Müller von der Lühne 1742. Später lebte hier die Familie von Klinkowström 1776–1810. Der Maler Friedrich August von Klinkowström, ein Freund von Philipp Otto Runge, wurde hier geboren. In diesem alten Schloss entsteht ein Museum unter dem Titel: „Vorpommersche Romantiker“ für Caspar David Friedrich, Philipp Otto Runge und Friedrich August Klinkowström.

Das Gemälde „Lebensstufen“ von Caspar David Friedrich zeigt einen kleinen Jungen, der eine schwedische Flagge in der Hand hält. Das Bild entstand 1834, also nach der Schwedenzeit und soll wohl an diese Zeit erinnern. Philipp Otto Runge versah

Gustav II. Adolf blieb unvergessen in Pommern. Seit 1930 steht ein Stein an der Kapelle zu Peenemünde mit folgender Inschrift: „Verzage nicht, du Häuflein klein. Gustav Adolf landete hier Mittsommer 1630.“

In Wolgast hängt in der Petrikirche ein Gemälde, welches die Einschiffung des Leichnams von Gustav II. Adolf am 15. Juli 1633 zeigt.

Am Dom zu Greifswald sieht der Tourist eine Gedenktafel mit Konterfei des Schwedenkönigs. Markanter jedoch ist die Hofgerichtsempore mit königlichen Insignien und Initialen der schwedischen Königin Ulrike Eleonora 1718–1720. Das Tribunalgericht wurde 1803 von Wismar nach Greifswald verlegt.

Im Dom hängt auch ein Porträt von Schlegel, eines Theologieprofessors an der Greifswalder Universität. Er ist 1792 der Verfasser des schwedisch-pommerschen Katechismus gewesen. Während der Schwedenzeit waren Studenten, Professoren und Gelehrte Wanderer in beiden Ländern gewesen. Genannt seien Ernst Moritz Arndt, Johannes Dähnert, Da-

nicht sagen sollte, behaupteten die Vorpommern, sie wohnen in Süd-schweden. Die Bewohner von Hiddensee sollen sogar beantragt haben, aus der DDR entlassen zu werden, um sich wieder Schweden anschließen zu können. „Unter den drei Kronen lässt es sich gut wohnen“, ist in Vorpommern nicht in Vergessenheit geraten.

Auch die Schweden sind daran interessiert, das Kulturerbe dieser Jahre in Pommern zu wahren.

Der vollständige Text der Ballade ist sicher nicht jedem bekannt.

## Maikäfer fliege

von Hans Boguslaw Graf von Schwerin

Ein blonder Knabe tollte  
Im weiten Park umher,  
Maikäfer fangen wollte  
Der Bub und das war schwer.  
Doch endlich war's gelungen;  
Er hielt ihn in der Hand.  
Bald aber leise surrend  
Maikäferchen entschwand.



Das Commandantenhus in Stralsund wurde 1748 - 51 errichtet. 1950 bis 1990 diente es als Kulturhaus des Militär. Das Wappen, um 1950 entfernt, wurde 2003 als Nachbildung wieder angebracht.

Foto links – B. Stramm

Das barocke Universitätsgebäude der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald mit dem Rubenowdenkmal. Es wurde 2006 mit Hilfe zahlreicher Spenden zum 550. Jubiläum der Universität restauriert. Foto rechts: Wikipedia

Schloss Spyker um 1860, aus der Sammlung Alexander Duncker (1813-1897) Das Schloß, in wunderschöner Lage auf Rügen, ist heute ein Hotel

Foto unten, Wikipedia



Die Schwedenzeit in Deutschland, die besonders in Pommern viele Spuren hinterlassen hat, begann im 30jährigen Krieg 1618 – 1648. Auslöser für diesen Krieg waren Meinungsverschiedenheiten zwischen protestantischen und katholischen Machthabern. Im Jahr 1630 griff Schweden unter König Gustav II. Adolf aktiv in den Krieg ein.

Im Westfälischen Frieden von 1648 erhielt Schweden Vorpommern mit Rügen, das Mündungsgebiet der Oder, Stettin mit einem Streifen östlich der Oder, so wie die Kontrolle über die Mündungen von Weser und Elbe. Schwedisch Pommern blieb, wie im Westfälischen Frieden bestimmt worden war, ein deutsches Land, über dessen Territorium der Schwedenkönig als Herzog im Deutschen Reich militärisch verfügen konnte. Pommern wurde zum Brückenkopf nach Schweden, denn beide Länder lagen an der Ostsee und besaßen gleiches Interesse an der Seefahrt. Deutsche Romantik ging per Schiff nach Schweden. Schwedische Soldaten lernten Kartoffeln zu essen. 50 Familien des schwedischen Adels wie Platen, Klinkowström, Sydow und Schwerin sind pommerschen Ursprungs.

Ab dem Jahr 1720 blieb nur noch Vorpommern bis zur Peene mit Rügen in schwedischer Hand und nannte sich später Neuvorpommern. Hier wurde schon 1806 die Leibeigen-

bäude der Greifswalder Universität mit seiner berühmten Aula. Die 1456 gegründete Ernst-Moritz-Arndt-Universität war von 1648–1815 die älteste Universität Schwedens. Vor der Universität steht das Rubenow-Denkmal bestehend aus mehreren Figuren. Hier hält der schwedische König Friedrich I. (1676 – 1751) das Universitätsgebäude in seinem linken Arm. In dem Reim:

„Bet Kindlein bet,  
morgen kommt der Schwed,  
morgen kommt der Oxenstierna,  
wird den Kindern beten lehren.

Bet Kindlein bet!“  
kommt der schwedische Reichskanzler und Vormund von Gustav II. Adolfs Tochter Christine vor. Er wurde schon 1643 mit dem Klostersgut Pudagla und dem Wasserschloss Melenthin auf Usedom belehnt. Spyker auf Rügen erhielt der legendäre Generalfeldmarschall und spätere Generalgouverneur für Pommern Carl Gustav Wrangel. 1650 ließ er das Feste Haus Spyker erweitern, so dass es seinem schwedischen Schloss Skokloster am Mälär See ähnelte.

Der schwedische Feldmarschall Carl Gustav von Rehnskiöld erbaute das

ebenfalls eine Federzeichnung des Wolgaster Werftgeländes seines Vaters 1808 mit dieser Fahne. Ein Bild von Friedrich August Klinkowström, eine Kopie des Bildes „Heilige Nacht“ von Antonio Allegri Correggio (1491–1534) ist als Altarbild in der Greifswalder Marienkirche zu finden.

In Schlatkow wird in der Schwedenstube der Melkerschule an die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Schweden und napoleonischen Truppen vom Jahr 1807 erinnert.

Mit Hilfe der Schweden wurde 2005 das Wappen schwedischer Löwe, Pommerscher Greif am früheren schwedischen Kommandanturhaus in Stralsund als Nachbildung wieder angebracht.



vid von Reichenbach und Thomas Thorild, dessen Grab in Neuenkirchen bei Greifswald heute noch gepflegt wird.

Auch Orts- und Flurnamen weisen auf die Schwedenzeit, wie z.B. die Gustav-Adolf-Schlucht bei Wolgast, Schwedenstraßen in den Städten oder Schwedenschanzen.

Gasthäuser nennen sich „Zum alten Schweden“, „Zur Schwedenschanze“. Es werden Schwedenplatten oder Schwedenpunsch in Restaurants angeboten. Beliebt ist auch der Julklapp in der Weihnachtszeit.

In die Weltliteratur gelangte Vineta durch die Nobelpreisträgerin Selma Lagerlöf (1858–1940) und Nils Holgerssons Reise mit den Wildgänsen aus dem Jahr 1906. Der aus Pommern stammende Storch Ermenerich reist mit dem Däumling an die pommersche Küste und erzählt ihm die Sage von Vineta, der Stadt auf dem Meeresgrund.

Den allen Pommern bekannte Kinderreim:

Maikäfer flieg .....  
wurde bei Graf Hans Boguslaw von Schwerin 1883–1967 zu einer Ballade. Er stammte aus Schwerin bei Ducherow.

Da man in der DDR-Zeit den Namen Pommern

Da sang die alte Amme  
Ein Lied dem Knaben vor;  
Das klang ihm wie ein Märchen,  
wie fernes Weh im Ohr.

„Maikäfer fliege!  
Der Vater ist im Kriege,  
die Mutter lebt im Pommernland,  
Pommernland ist abgebrannt.“

Der Herbstwind durch die Bäume  
Des alten Parkes braust,  
in einer alten Schlossruine  
die Eule einsam haust.

Vor moosbewachs'nem Grabe  
ein Greis versonnen steht;  
die Hand am Wanderstabe  
spricht er ein still Gebet.

Und durch die Edeltannen  
Ein Windhauch seufzend zieht;  
Als klängen alte Zeiten  
Noch einmal auf im Lied.

„Maikäfer fliege!  
Der Vater fiel im Kriege,  
die Mutter starb im Pommernland,  
Pommernland ist abgebrannt!“



Foto: G. Stramm

# „Ein Leuchtturm im verkommene n Europa“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die PAZ ist ein Lichtblick und stets eine wöchentliche Freude, quasi eine geistige Reinigung von Versuchen der Erziehung und Beeinflussung durch gleichgeschaltete Medien. Weiter so!“

Peter Warnke, Greifswald



Ausgabe Nr. 23

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## WIR SOLLTEN ORBÁN DANKEN ZU: DER WIDERSPENSTIGE UNGAR (NR. 23)

Als einigermaßen vertrauter Kenner der ungarischen Politik der vergangenen Jahrzehnte und Freund des einstigen Kulturattachés in Deutschland kann ich die Einschätzungen des Autors nur bestätigen.

Wenn es im EU-Europa noch eine Spur von Realpolitik geben würde, dann hätte man schon vor fünf Jahren Viktor Orbán mit Ehrenbezeugungen dafür überhäufen müssen, dass der Asylanten-Irrsinn nicht damals schon Europa (und besonders Deutschland) überflutet hatte.

Und so steht Orbán eben heute mit Weitblick dort, wo jeder verantwortungsvolle Politiker in Europa stehen müsste, nämlich auf der Position, dass man sich auf wahre christliche Werte und nicht auf den Wahnsinn einer hemmungslosen Einwanderung verlassen sollte.

Doch dieser Realitätssinn ist längst dahin. Mit ideologieträchtigen Propagandatönen und den zu hohlen Phrasen gewordenen – einst so prägenden – Begriffen von „Demokratie“ und „Meinungsfreiheit“ wird jegliche Abweichung vom Mainstream mit der Nazikeule bestraft.

Insofern stellt Orbán ein Leuchtturm im verkommene n Europa dar.

Manfred Kristen, Freital

## EHRENRETTUNG DER GRÜNEN ZU: DIE BRAUNEN WURZELN DER GRÜNEN (NR. 23)

In dem Artikel wird unter anderen über Werner Vogel und Baldur Springmann berichtet. Beide Herren kenne ich gut. Mit Herrn Vogel habe ich im Kreisverband Mettmann zusammengearbeitet und habe mit ihm mindestens einen Landesparteitag der Grünen besucht. Aus seinem Munde habe ich nie etwas über Legalisierung von Sex mit Kindern gehört. Die Behauptung, er habe sich vehement für die Legalisierung von Sex mit Kindern eingesetzt, halte ich für falsch. Baldur Springmann kenne ich auch gut. Er hat in der Stadt-

halle Ratingen einen Vortrag gehalten und während dieser Zeit bei uns gewohnt. Dass er die Ökologisch Demokratische Partei gegründet habe, ist ebenfalls falsch. Die ÖDP ist eine Nachfolgepartei der Grünen Aktion Zukunft, die von Dr. Herbert Gruhl gegründet wurde.

Gerhard Wagner, Ratingen

## BESCHÄDIGUNG DER SPRACHE ZU: NEUES DEUTSCH-LAND (NR. 23)

Das „Gender-Deutsch“ ist aus folgenden Gründen abzulehnen:

erstens, weil es Teil des radikal-feministischen Geschlechterkampfes gegen „die Männer“ ist, der die Gesellschaft spaltet;

zweitens, weil es auf einer abstrusen und in sich widersprüchlichen Ideologie („Gender-Theorie“) beruht, die politisch durchgesetzt werden soll („Gender-Mainstreaming“);

drittens, weil es auf einem (bewussten?) sprachlichen Missverständnis beruht: Denn im Deutschen sind allgemeine Gruppenbegriffe, unabhängig davon, ob sie grammatisch feminin („Personen“, „Lehrkräfte“, „Geiseln“), maskulin („Bürger“, „Steuerzahler“) oder neutrum („Mitglieder“, „Opfer“) sind, in Bezug auf das biologische Geschlecht der Gruppenmitglieder völlig neutral. Das ist ein unschätzbare r Vorzug, denn so sind alle Menschen gemeint, die der Gruppe angehören. Das „generische Maskulinum“ („Steuerzahler“) bezeichnet also ebenso wenig nur Männer wie etwa das „generische Femininum“ („Personen“, „Lehrkräfte“) nur Frauen meint;

viertens, weil die „sexuelle Markierung“ von Gruppenbegriffen durch zusätzliche Hinweise auf das biologische oder gefühlte Geschlecht der Gruppenmitglieder („Studentinnen und Studenten“, „Student\*Innen“) beziehungsweise der Versuch ihrer künstlichen Re-Neutalisierung („Studierende“) die grammatische Struktur, die begriffliche Klarheit und die Eleganz und Schönheit unserer

Sprache beschädigen sowie den Sprach- und Lesefluss stören;

fünftens, weil die sprachlichen Verrenkungen des „Genderns“ keinen praktischen Nutzen haben und die gesellschaftliche Realität nicht verändern, wie von den Protagonisten behauptet;

sechstens, weil das „Gender-Sprech“ nicht „vom Volke ausgeht“, sondern als linkes, elitäres, akademisches Projekt mächtiger Akteure in Politik und Medien der deutschen Sprachgemeinschaft „von oben“ aufgedrückt werden soll.

Übrigens: Bei der direkten Anrede gemischter Personengruppen heißt es seit jeher: „Liebe Schülerinnen und Schüler!“, „sehr geehrte Damen und Herren!“, „Liebe Kolleginnen und Kollegen!“ Das ist zu unterscheiden von allgemeinen Gruppenbegriffen: „Die Schüler der 3. Klasse“, „Studenten der LMU München“, „die Bürger von Hamburg“.

Dr. Hans Kaufmann, Hamburg

## UNTERDRÜCKTE FACHMEINUNG ZU: SIE SIND GEFANGENE IHRER EIGENEN WORTE (NR. 18)

Die Bundesregierung und alle 16 Landesregierungen sollen das öffentliche Leben und damit das Wirtschaftsleben von unnötigen Einschränkungen zügig befreien. Der Leiter eines Testlabors, dessen Institut täglich mehr als 1000 Corona-Tests untersucht, wollte sich in dem Artikel gegenüber der PAZ nur ohne Namensnennung äußern.

Der Professor für Laboratoriumsmedizin fürchtet Nachteile für seine Mitarbeiter wegen Kritik an der Regierungslinie. Er teilt die Corona-Krise in zwei Phasen: Bis Ende März sei nicht absehbar gewesen, ob die Epidemie einen sehr starken, exponentiellen Verlauf nehme oder ob sich Corona wie eine normale Grippe-Welle verhalte.

Seit Anfang April sei sichtbar, dass Letzteres der Fall sei. Die Lockdown-Maßnahmen seien daher überflüssig und schädlich – sie müssten umgehend eingestellt werden, so der Laborleiter.

Er weiß sich weitestgehend einig mit dem Chef der Hamburger Rechtsmedizin, Professor Klaus Püschel. In dem Stadtstaat wurden von Beginn an sämtliche mit Covid-19 Verstorbenen obduziert. Laut Püschel hatten alle Toten schwere Vorerkrankungen und hätten auch ohne Corona nicht mehr lange gelebt.

In Gesprächen mit vielen Bürgern nehme ich zunehmend wahr, dass die Sichtweise dieser beiden ausgewiesenen Gesundheitsexperten geteilt wird.

Dieter Reimann, Freiberg

## MARIONETTE DER USA

ZU: RICHARD NIXON INTERVENIERT  
IN KAMBODSCHA (NR. 15)

Die US-Regierung ließ nicht nur ihre Truppen in Kambodscha einmarschieren. Sie inszenierte auch einen „Regime change“. Der neutrale König Norodom Sihanouk wurde 1970 gestürzt und durch eine Militärdiktatur der US-Marionette Lon Nol ersetzt. Der König fand Asyl in Nordkorea und rief sein Volk zum Widerstand gegen Lon Nol auf.

Aufgrund der Popularität des Königs konnten die kambodschanischen Kommunisten, die Roten Khmer, leicht die Unterstützung des Volkes für ihren Kampf gegen Lon Nol gewinnen und schließlich 1975 die Macht übernehmen. Sie errichteten dann die wohl schlimmste kommunistische Diktatur, die es je gegeben hat. Sogar Radio Tirana, die Stimme der damaligen Sozialistischen Volksrepublik Albanien, sprach vom „barbarischen Pol-Pot-Regime“. Das ist insofern bemerkenswert, weil die SVR Albanien selbst ein streng stalinistischer Staat war, der sich von niemandem links überholen ließ.

Pol Pot, der Chef der Roten Khmer, war dagegen ein enger Freund der chinesischen Kulturrevolutionäre. Sein Regime wurde schließlich durch eine Invasion vietnamesischer Truppen vernichtet. Aber die Roten Khmer wären vermutlich nie an die Macht gekommen, wenn es nicht die US-amerikanische Einmischung gegeben hätte. Günter Foerster, Bielefeld

ANZEIGE

## 5G, WLAN und Mobiltelefone:

### Versteckte Gefahren und wie Sie sich schützen können

■ »Elektromog« klang lange Zeit wie ein Begriff aus der Science-Fiction, doch leider wissen wir jetzt, dass die Gefahren, die von Elektrizität und Mobilfunk ausgehen, absolut real und mit dem neuen Mobilfunkstandard 5G größer denn je geworden sind.

Dr. Joseph Mercola, einer der weltweit führenden Experten in Sachen Alternativmedizin, hat sich tief in die Materie eingearbeitet und eröffnet uns ein völlig neues Verständnis davon, wie sich elektromagnetische Felder auf Körper und Geist auswirken. Dieser Ratgeber ist der erste seiner Art und beantwortet Fragen wie:

- Was genau sind elektromagnetische Felder (EMF), wo im Alltag haben wir mit ihnen zu tun, und wie wirken sie sich auf uns aus?
- Stimmt es, dass EMF nachweislich medizinische Probleme wie Krebs, Herzkrankungen und neuropsychiatrische Störungen hervorrufen und negativ beeinflussen können?
- Warum hat man uns die Informationen über diese Bedrohung unserer Gesundheit bislang vorenthalten?

- Lassen sich die Schäden, die EMF auf Zellebene angerichtet haben, wieder reparieren – und wenn ja, wie?
- Wie können wir uns und unsere Lieben vor EMF in den eigenen vier Wänden, bei der Arbeit und unterwegs schützen? Welche praktischen Lösungen gibt es?

Die neue 5G-Technologie wird überall anwesend sein und sich sehr stark bemerkbar machen. Wir haben es hier mit einem der größten gesundheitlichen Experimente in der Geschichte der Menschheit zu tun, an dem teilzunehmen wir alle mehr oder weniger gezwungen sind. Deshalb ist es so wichtig, dass Sie dieses Buch – jetzt – lesen.



Dr. Joseph Mercola: EMF – Elektromagnetische Felder • gebunden • 367 Seiten • Best.-Nr. 979 800 • 22,99 €

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de  
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

## BRILLEN

## Wie man Durchblick bewahrt

Von der Nasenklemme zum modischen Accessoire – Eine kleine Geschichte des besseren Sehens

VON SILVIA FRIEDRICH

Heutzutage tragen mehr als 40 Millionen Deutsche eine Brille. Doch es hat recht lange gedauert, bis Menschen sich dieses Hilfsmittels bedienen konnten. Wer sie erfunden hat, ist unklar. Arabische Wissenschaftler wie auch der Astronom Alhazen (auch bekannt als Ibn-al-Heitam, um 965–1040) hatten sich schon im Mittelalter mit der Lehre von der Ausbreitung des Lichts, der Optik, befasst.

Heitam nutzte Teile einer Glaskugel zur optischen Vergrößerung. Als sein Werk 1240 ins Lateinische übersetzt wurde, griffen Mönche wie der englische Franziskaner und Philosoph Roger Bacon, die Entdeckung auf. Aus Quarzen und Bergkristall fertigten italienische Mönche dann im 13. Jahrhundert eine Art Lese-stein. Dabei handelte es sich um eine halbkugelförmige Linse mit einer flachen Grundfläche, die man auf die Schrift legte, die so vergrößert wurde. Nun konnten auch ältere Mönche, die des Lesens kundig waren, Texte wieder entziffern.

Bauern und Händler waren damals meist Analphabeten. Bildung war bekanntermaßen nur der weltlichen und geistlichen Elite, also dem Adel und den Klosterbewohnern, vorbehalten. Da die Lese-Steine aus dem kristallisierten Mineral Beryll geschliffen wurden, leitete sich daraus die Bezeichnung „Brille“ ab.

Die Insel Murano, nördlich der Altstadt von Venedig gelegen, galt lange als Zentrum der Glasherstellung. Die Rezepturen dafür wurden streng bewacht und die Cristalleri (Glasmacher) durften die Insel nicht verlassen, um das Geheimnis zu schützen. Die Cristalleri schliffen schon im 13. Jahrhundert konvexe Linsen, die deutlich flacher waren als der Lese-stein. Sie wurden in Holz, Horn oder Eisen gefasst und mit einer Niete zusammengefügt. Somit war die Nietbrille erfunden, die man sich vor die Augen hielt. Lange konnte man nur Linsen für Weitsichtige schleifen. Anfang des 16. Jahrhunderts gelang es, auch Linsen für Kurzsichtige herzustellen.

Ein großes Problem war jedoch, wie man die Gläser im Gesicht befestigt. So gab es Versuche, die Brillengläser an der



Moderne Brillentechnik im Mittelalter: Eine Sehhilfe für Mönche und Nonnen

Foto: Vassil

Mütze festzuknoten, sodass die dann vor den Augen herumbaumelten. Sehr beliebt bis ins 19. Jahrhundert hinein war das Monokel, eine Weiterentwicklung des Lese-Steins aus dem 14. Jahrhundert. Es handelte sich um ein einzelnes Glas, das man zwischen Wange und Oberlid einklemmte. Wer etwas auf sich hielt, trug dieses Zeichen der Vornehmheit.

Dank des Erfindungsreichtums der Glasmacher entstand der Zwicker ab dem 16. Jahrhundert. Zwei Gläser in Metall gefasst, verbunden durch einen metallenen Federbügel. Das Ganze konnte man sich auf die Nase stecken. Auch gab es die Scherenbrille, auch Lorgnon genannt, für Damen. Es war eine Brille am Stiel, die man sich vor die Augen hielt. Auf vielen

alten Abbildungen kann man diese Sehhilfen noch betrachten.

Endlich, im 18. Jahrhundert, wurden in London die Ohren- oder Schläfenbrillen entwickelt. Durch Weiterentwicklung entstanden dann bis heute die modernen Brillen mit Bügel, die das Gestell hinter dem Ohr festhalten. Heute gibt es Brillen in allen Formen und Farben.

## Vorreiter moderner Brillentechnik kommt aus Deutschland

**Carl Zeiss** Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Qualität der Brillen bereits auf einen Höhepunkt gelangt.

Die Firma Carl Zeiss in Jena erreichte ab 1908, Brillengläser noch entscheidend zu verbessern. Unter dem geschützten Namen „Punktal“

gelang es 1912 dem Optiker Moritz von Rohr (1868–1940) für die Firma Zeiss, punktuell abbildende Brillengläser zu entwickeln, die Unschärfen an den Brillenrändern deutlich verringern.

Bis dahin mussten Brillenträger den Kopf drehen, um be-

trachtete Objekte scharf zu sehen. Was zu der Zeit revolutionär war, ist heute ein ganz selbstverständlicher Brillenstandard.

Ebenso bedeutend ist das von der Firma Zeiss 1935 erfundene, erste anpassbare Brillengestell mit rutschsi-

cherem Sitz der Gläser, also die moderne Brillenfassung.

Bis heute wird bei Zeiss weiter entwickelt, um Brillenträger durch Beschichtungen der Gläser oder Anpassungen der Gestelle das Tragen einer Brille so angenehm wie möglich zu machen.

## DIAKONISSEN

## Schwimmen lernen unterm Altar

Nach dem Gebet ins Schwimmbad – Eine Schwesternschaft mit preußischen Wurzeln verbindet seelisches mit körperlichem Heil

Ein Schwimmbad unter einem Kirchensaal? Wo gibt es denn so etwas? Wohl nur in Elbingerode im Harz, und zwar im Mutterhaus der einst aus West- und Ostpreußen hierhergezogenen Diakonissen von Neuvandsburg. Die Idee dazu kam durch diese Fragen: Was sollte mit dem überschüssigen Dampf geschehen, welchen die Dampfmaschine im Maschinenhaus nachts für die Heizung produziert? Wie sollte der Raum unter dem Kirchensaal des neuen Mutterhauses genutzt werden?

Architekt Godehard Schwethelm stellte die Diakonissen 1932 vor die einmalige Wahl: Gewächshaus oder Schwimmbad? Die Diakonissen entschieden sich fürs Hallenbad: das Schwimmbecken 20 Meter lang, sechs Meter breit, bis zu drei Meter tief und mit Ein-Meter-Sprungbrett versehen. Wassertemperatur 20 Grad. Die sieben Abteilungen für Wannebäder wurden später durch eine physiotherapeutische Abteilung ergänzt.

Nicht nur viele Elbingeröder Kinder lernten hier das Schwimmen. Auch Fremde, die sich im Gästehaus einquartieren, erhalten an der Rezeption des Mutterhaus-

ses den Badschlüssel, um sich beim Schwimmen, in der Sauna oder bei Massagen und Wärmeanwendungen, auf Rezept oder als Selbstzahler, vom Wandern durch

den dichten Oberharzer Tannenwald zu entspannen.

Oberin Anita Rost a.D. führt den Besucher nicht nur zu diesem „Schatz“, voller Stolz präsentiert sie das gesamte 1934 geweihte Mutterhaus. Ein zu seiner Zeit hochmoderner Stahlskelett-Bau mit runden Akzenten in der glatten Fassade, den niemand im traditionell geprägten Oberharz vermutet.

Die Paarung von praktischer Nutzung mit schicker, schlichter Eleganz überzeugt bis heute. Paradebeispiel ist der multifunktionale Kirchensaal, der mit wenig Aufwand zum Vortrags-, Fest- und Kinosaal mutieren kann. Statt Bänken hat er Stühle, die Kanzel ist wegräumbar, der Altarraum lässt sich zur Bühne erweitern, die Wände verschieben und die große Leinwand war von Anfang an eingebaut.

Die Wurzeln der Schwesternschaft liegen in Ost- und Westpreußen. Am 20. Oktober 1899 entstand im ostpreussischen

Borken für ganze vier Schwestern das erste Gemeinschaftshaus. Schon ein halbes Jahr später zog die junge Schwesternschaft ins westpreussische Vandsburg um und gründete das erste Mutterhaus der evangelischen Gemeinschaftsbewegung. Als Vandsburg an Polen fiel, zog ein Großteil der Schwestern gen Westen, gründete die Schwesternschaft Neu-Vandsburg und fand 1921 im früheren Elbingeröder Kurhotel eine neue Heimat. Als dieses zu klein wurde, begann man den jetzigen Neubau im Bauhaus-Stil.

Die Kliniken des Diakonie-Krankenhauses mit Schwerpunkt Suchtmedizin, Psychosomatik und Psychotherapie umgeben das Mutterhaus. Angeschlossen ist eine Berufsfachschule. Helga Schnehagen

● Diakonissen-Mutterhaus Neuvandsburg, Unter den Birken 1, 38875 Oberharz am Brocken OT Elbingerode, www.mutterhaus-elbingerode.de



Bauhaus-Stil: Diakonissen-Mutterhaus von Neuvandsburg im Oberharz

## FISCHKONSUM

## Hauptsache blaues Siegel

Wegen der Omega-3-Fettsäuren gilt der Verzehr von Fisch als gesund. Das ist wohl auch der Grund, weshalb Japaner, die gerne Meeresprodukte essen, oft ein biblisches Alter erreichen. Wenn die Menschheit aber weiter die Meere leerfischt und das Angebot auf den Fischmärkten immer knapper wird, haben nicht nur Japaner bald im Alter weniger zu lachen. So bringt die weltweit wachsende Sorge um unsere Meere und Fischbestände derzeit eine neue Welle von Verbraucher-Aktivismus ins Rollen. Nach einer Umfrage der gemeinnützigen Organisation Marine Stewardship Council, die das auf vielen Fischverpackungen aufgedruckte Umweltsiegel MSC vergibt, haben im Schnitt sechs von zehn Fischkonsumenten ihr Kaufverhalten in den vergangenen zwölf Monaten geändert, um Ozeane und Fischbestände besser zu schützen. Für die größte Studie dieser Art wurden mehr als 20.000 Menschen in 23 Ländern zum Thema Ozeane und Fischkonsum befragt, unter anderem in Deutschland.

Generationsübergreifend haben sich die Befragten dabei am häufigsten bei der Wahl ihrer Fischprodukte orientiert. Ein Viertel gab an, in den letzten Monaten gezielter zu Produkten gegriffen zu haben, die als nachhaltig und umweltfreundlich gekennzeichnet waren, zum Beispiel durch das blaue MSC-Siegel. Jeweils zwölf Prozent haben ihren Fischhändler oder Supermarkt gewechselt, um Zugriff auf ein nachhaltigeres Fisch-Sortiment zu haben, oder sind auf andere, mutmaßlich weniger überfischte Fischarten umgestiegen.

Die Besorgnis um die Gesundheit von Gewässern und Fischbeständen treibt dabei immer mehr Menschen um. Während jeder Dritte in Deutschland den Klimawandel als seine größte „Umweltsorge“ benennt, sind Gewässer- und Meeresschutz derzeit noch nur für jeden Fünften das wichtigste Umweltthema. Und ein Drittel der Befragten denkt, dass „sein“ Lieblingsfisch in 20 Jahren nicht mehr erhältlich sein wird. Bei vielen nimmt offenbar die Sorge zu, dass die Meere schon bald ohne Lachse, Thunfische und Garnelen sein werden. H. Tews

## ● FÜR SIE GELESEN

## Die „Schere im Kopf“

In Deutschland hat sich ein Journalismus etabliert, der die Realität ignoriert, verfälscht oder – siehe den Fall Relotius – selbst erfindet. Journalisten verkörpern nur noch selten die sogenannte Vierte Macht im Staate, welche der Exekutive, Legislative und Judikative auf die Finger schaut. Stattdessen verbreiten sie oft willfährig die Agenda der Herrschenden und hetzen gegen alle, welche diese nicht teilen wollen. Warum das so ist, erklärt der Soziologe und Publizist Marcus B. Klöckner in seinem Buch „Sabotierte Wirklichkeit“.

So sei der Journalismus zur Glaubenslehre verkommen: Nüchtere Analysen würden zunehmend von Wunschenken verdrängt. Hieraus resultiere eine „sozialstrukturell ausgeformte Zensur“. Die Schere im Kopf der vielfach eng mit der Obrigkeit verbundenen und einem homogenen gesellschaftlichen Milieu entstammenden Journalisten funktioniere besser als jeder staatliche Repressionsapparat. Diese Aussage untermauert Klöckner mit zahlreichen konkreten Beispielen, die ihn als profunden Kenner der hiesigen Medienlandschaft ausweisen. Ebenso zeigt er, dass der Bruch mit der Realität im Mainstream-Journalismus mittlerweile weniger die Ausnahme als der Normalzustand ist.

## Kritische Distanz fehlt

Des Weiteren legt Klöckner dar, wie sehr die selbsternannten „Qualitätsmedien“ journalistische Qualitätskriterien außer Acht lassen: Akribische Quellenkritik, gründliche Recherchen und kritische Distanz zum Gegenstand der Berichterstattung suche man inzwischen meist vergeblich. Gedruckt werde in der Regel nur noch das, was ins Weltbild der Redaktionen und Herausgeber passe. Die Fantasie-Reportagen des mehrfach preisgekrönten „Spiegel“-Journalisten Claas Relotius bildeten da nur die winzige kleine Spitze eines monströsen Eisbergs.

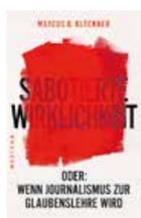
## Neues Mediensystem vonnöten

Aus all dem zieht Klöckner den naheliegenden Schluss: „Wir können den Medien nicht trauen“, denn sie seien Teil des Herrschaftsapparates, indem sie vorgäben, was gesagt werden dürfe und was ungeschriebenen Verboten unterliege. Deshalb brauche es ein „neues Mediensystem“. Dazu gehörten unbedingt auch „Ketzler in den Redaktionen“, die den Mut hätten, im „Porzellanladen der Selbstverständlichkeiten“ herumzutampeln. Und ein Journalisten-Nachwuchs aus der eher zum Widerspruch neigenden Unterschicht, die nicht vom festzementierten Status quo hierzulande profitiere.

Dabei verkennt Klöckner jedoch, dass es durchaus noch Zeitungen und Zeitschriften sowie Internet-Medien gibt, welche kritisch, sachlich und objektiv berichten. Und die verzeichnen glücklicherweise auch einen wachsenden Zulauf. *Wolfgang Kaufmann*

## Marcus B. Klöckner: „Sabotierte Wirklichkeit.“

Oder: Wenn Journalismus zur Glaubenslehre wird“, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2019, broschiert, 239 Seiten, 19 Euro



## KULTURGESCHICHTE



## Vorbild Antike

Wie bei altertümlichen Amphitheatern wölbte sich die Bühne bei den Thingstätten der 1930er Jahre in den Zuschauerraum

FOTO: SEBASTIAN SIEGLER

Thingstätten wurden zwischen 1936 und 1939 als Versammlungsplätze für nationalsozialistische Veranstaltungen und Kundgebungen sowie als Ort für Theateraufführungen genutzt. Insgesamt waren 400 dieser meist monumentalen Anlagen geplant, gebaut wurden

jedoch nur 60. Katharina Bosse hatte Künstler, Fotografen und Wissenschaftler zu einem interdisziplinären Projekt eingeladen, um der Geschichte dieser Kulturstätten nachzuspüren. In dem Bildband werden 45 noch erhaltene Thingstätten wie St. Annaberg (siehe Foto) vorge-

stellt, die als Theater oder Gedenkstätte genutzt werden oder als Ruinen noch erhalten oder erkennbar sind. MRK

Katharina Bosse (Hg.): „Thingstätten“, Kerber Verlag, Bielefeld 2020, gebunden, 252 Seiten, 45 Euro

## STRUKTURWANDEL

## Als die Schlotte noch rauchten

Der Trierer Neuzeithistoriker Lutz Raphael beschreibt die Auswirkung wirtschaftlicher Veränderungen auf die Gesellschaft

VON DIRK KLOSE

Es herrschte Erleichterung, als um 1950 der Wiederaufbau einsetzte. Rauchende Schlotte waren die Symbole der traditionsreichen Industrien Kohle und Stahl, die für zwei Jahrzehnte das Wirtschaftswunder in Deutschland prägten. Aber ab 1970 ging es mit beiden Industrien rapide bergab. Innerhalb von 30 Jahren, so schreibt der an der Universität Trier unterrichtende Neuzeithistoriker Lutz Raphael, gab es „einen dramatischen Strukturwandel mit weitreichenden gesellschaftlichen Folgen“.

Raphaels quellenreiche „Gesellschaftsgeschichte“, eine Mischung aus Geschichtswissenschaft und Industriosozologie, stellt diesen Strukturwandel in der Bundesrepublik, in Frankreich und in Großbritannien vergleichend gegenüber, drei Länder mit einer lange florierenden Montanindustrie. Der Autor untersucht, wie Industrie, Gewerkschaften und auch der Staat darauf reagierten.

Dabei zeigt sich, wie sehr nationale Traditionen dieses Geschehen bestimmten. In Deutschland wurde durch die betriebliche Mitbestimmung schon früh eine Entschärfung von Konflikten erreicht, was bei Arbeitslosigkeit oder Betriebsauflösungen eine halbwegs sozialverträgliche Lösung brachte. In Frankreich fuhr einerseits der Staat bei Krisen oft rigoros dazwischen und erzwang unwirtschaftliche Lösungen, andererseits gehörten wilde und mitunter schier endlos lange Streiks fast zum Alltag. In Großbritannien wurden lange Zeit Be-

triebsvereinbarungen unmittelbar vor Ort zwischen Unternehmen und Gewerkschaften ausgehandelt. Als die Streiks landesweit erstarkten, wurden sie – so der berühmte-berühmte Bergarbeiterstreik gegen die Regierung Thatcher – in einem gnadenlosen Kampf niedergedrungen.

Fast gleichviel Raum nimmt die Veränderung traditioneller Sozialmilieus in den drei Ländern ein. Das Schrumpfen der alten Industrien hatte gravierende Auswirkungen auf die Lebenswelt der Industriearbeiter. War ein Betrieb früher so etwas wie Heimat, in dem man Jahrzehnte hindurch beschäftigt war, so gibt es diese alten Bindungen immer weniger. Raphael wertet die Wurzellosigkeit vieler Beschäftigter als latente Gefährdung der Demokratie.

Das Buch ist durch den ständigen Ländervergleich trotz mitunter schwerer Terminologie ungemein anregend. Es zeigt, wie stark wirtschaftliches Geschehen Gesellschaft und Politik beeinflusst. „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“, hatte Walter Rathenau gesagt. Raphaels Buch bestätigt das in fast dramatischer Weise.



Lutz Raphael: „Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“, Suhrkamp Verlag, Berlin 2019, gebunden, 526 Seiten, 32 Euro

## EUROPA

## Wissenswertes über unseren Kontinent

Französisches Autorenduo hat Beiträge von 100 Wissenschaftlern über Ethnien, Länder und Nationen zusammengetragen

VON SILVIA FRIEDRICH

Nicht nur, wer durch das zwangsweise verordnete Arbeiten von zu Hause aus nun auch mehr Zeit für eigene Freizeitaktivitäten wie Lesen hat, sollte sich an das gewaltige Werk von Étienne François und Thomas Serrier „Europa. Die Gegenwart unserer Geschichte“ heranwagen. Auch Menschen, die schon immer politisch interessiert waren und die Geschichte des Zusammenschlusses vieler europäischer Staaten auf diesem Kontinent besser verstehen möchten, finden hier Antworten auf viele Fragen.

Beiträge von über 100 Autoren haben die beiden Herausgeber zusammengestellt und daraus ein dreibändiges Werk erstellt, das es wahrlich in sich hat. Im Original auf Französisch verfasst und 2017 erschienen, wurde die Originalausgabe 2019 ins Deutsche übersetzt. Historiker und Intellektuelle aus Italien, England, Frankreich, den USA, Indien und Japan versuchen in vielfältigster Weise zu beschreiben, was Europa, diesen reichen Kulturraum mit beeindruckender Geschichte, ausmacht. Dabei ist der Bogen weit gespannt und führt den Leser in die Völkerkunde, Archäologie, Religion, Politik und Kunst des Kontinents ein.

Der erste Band ist betitelt mit der „Lebendigen Vergangenheit“, Band zwei beleuchtet die „Vielfalt und Widersprüche“ und der dritte Band die „Globalen Verflechtungen“ Europas.

Dabei ist zu begrüßen, dass jedes Buch wie eine Art Pralinenschachtel zu betrachten ist, da der Leser sich das Thema herausuchen kann, das einem gerade am besten „schmeckt“ beziehungsweise interessiert oder von dem er am meisten angesprochen wird. Die Beiträge müssen nicht chronologisch gelesen werden. Wer Lust hat, sich als Erstes aus dem dritten Band das Thema „Sklaverei“ herauszupicken oder lieber aus dem ersten Buch etwas über die „Menschenrechte“ lesen möchte, ist genauso gut bedient wie derjenige, der sich von Anfang bis Ende Seite für Seite der Bücher annimmt. Ein fulminantes intellektuelles Erlebnis ist es allemal.

Am Ende des dritten Bandes bietet ein Anhang eine Reihe von Karten zur Erläuterung der Beiträge sowie eine ausführliche Vorstellung aller beteiligten Autoren.

Was eint uns, und was trennt uns? Was Europa und die Europäer wirklich ausmacht, kann sich der Leser am Ende des Großwerks selbst beantworten, wobei die Antworten sicher so mannigfaltig sein werden wie die Ethnien, Nationen und die Länder, in denen wir leben.



Étienne François / Thomas Serrier (Hrsg.): „Europa. Die Gegenwart unserer Geschichte“, Verlag wbg Theiss, Darmstadt 2019, gebunden, drei Bände im Schuber, 149 Euro



**Bromberg - in alten Ansichtskarten**  
 Gerhard Ohlhoff und Wilfried Samel (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 97 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Bromberg wie es damals war.  
 Nr. P 575076 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Stettin - in alten Ansichtskarten**  
 Werner Böddeker (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 102 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 103 Seiten zeigen Stettin wie es damals war.  
 Nr. P 531832 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Baltikum - in alten Ansichtskarten**  
 Erik Thomson (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 96 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen das Baltikum wie es damals war.  
 Nr. P 531835 Geb. (Abbildung kann abweichen) 14,95 €



**Schlesien - in alten Ansichtskarten**  
 Hajo Knebel (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 115 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 111 Seiten zeigen Schlesien wie es damals war.  
 Nr. P 531815 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Deutschböhmen - in alten Ansichtskarten**  
 Viktor Aschenbrenner (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 90 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Deutschböhmen wie es damals war.  
 Nr. P 531837 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Ostpreußen - in alten Ansichtskarten**  
 Ruth Maria Wagner (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 89 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Ostpreußen wie es damals war.  
 Nr. P 531810 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Oberschlesien - in alten Ansichtskarten**  
 Hajo Knebel (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 89 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Oberschlesien wie es damals war.  
 Nr. P 531830 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Niederschlesien - in alten Ansichtskarten**  
 Hajo Knebel (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 87 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Niederschlesien wie es damals war.  
 Nr. P 531844 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



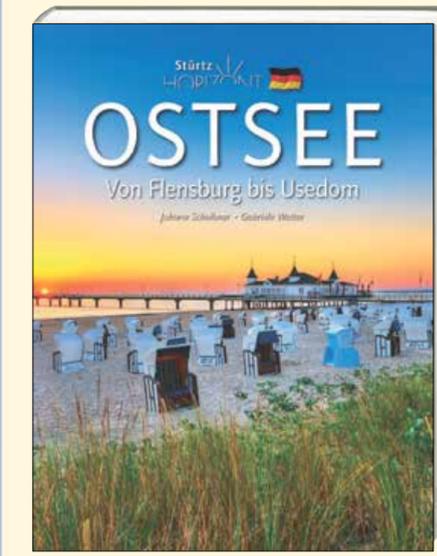
**Reise durch die Sächsische Schweiz und Dresden**  
 Jürgen-August Alt und Mario Weigt  
 August der Starke ließ Dresden als Hauptresidenz und Machtzentrale unter anderem durch seinen Baumeister Pöppelmann und den Bildhauer Permoser zu einer einzigartigen Barockperle umbauen, aber auch kurfürstliche Renaissance oder moderne Architektur haben ihren Platz in der Elbmetropole. Mit wildromantischen Ansichten und zerklüfteten Felslabyrinthen lockt die Sächsische Schweiz, die vor circa 100 Millionen Jahren entstand. Rund 180 Bilder zeigen die ganze Vielfalt der Stadt und der Landschaft, vier Specials berichten über die Geologie des Elbsandsteingebirges, die Burgen in der Sächsischen Schweiz, das Wandern und die Romantik sowie über Fahrten mit dem Elbdampfer.  
 140 Seiten  
 Nr. P 534347 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



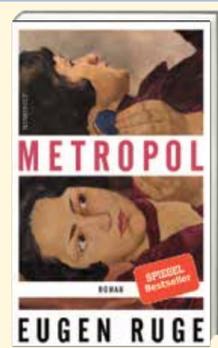
**Westpreußen - in alten Ansichtskarten**  
 Hans-Jürgen Schuch (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 93 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen Westpreußen wie es damals war.  
 Nr. P 531833 Gebunden mit farbigem Überzug 14,95 €



**Memelland - in alten Ansichtskarten**  
 Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V. (Hrsg.)  
 Format 21 cm (Breite) x 15 cm (Höhe), 88 schwarz-weiße und farbige Ansichtskarten auf 95 Seiten zeigen das Memelland wie es war.  
 Nr. P 531829 Geb. (Abbildung kann abweichen) 14,95 €



**Horizont Ostsee**  
 Von Flensburg bis Usedom  
 Bildband mit 274 Abbildungen  
 Ein Kaleidoskop an unterschiedlichen Landschaftsbildern bietet die deutsche Ostseeküste von Flensburg bis Lübeck, von Boltenhagen bis Anklam: Förden und flache Boddenlandschaften, unendliche Sandstrände mit ihren bunten Strandkörben und Steilküsten mit weißen Kreidefelsen, die mit türkisblauen Wasser und lichtgrünen Buchenwäldern harmonisieren. Im Hinterland liegen gelbe Rapsfelder vor hohen Windmühlen, grüne Wiesen um herrschaftliche Anwesen. Über 270 Fotos zeigen die deutsche Ostseeküste samt Inseln in all ihren Facetten. Sechs Specials berichten über den Bernstein, die Backsteingotik, die mächtige Hanse, Maler und Bildhauer der Region, die Bäderarchitektur und die Literaten.  
 160 Seiten  
 Nr. P 534498 Gebunden 24,95 €

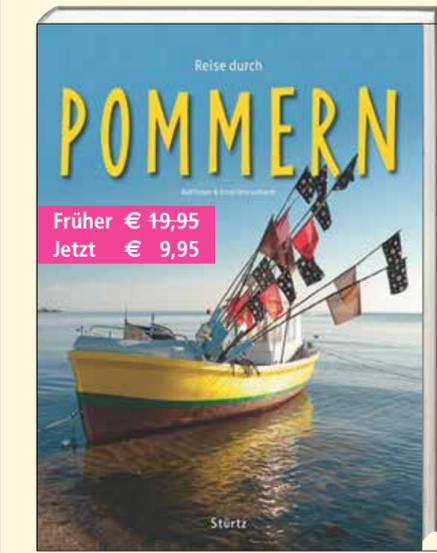


**Metropol - Roman**  
 Eugen Ruge  
 960 Seiten  
 Nr. P A1460 Geb. 24,00 €

Moskau, 1936. Die deutsche Kommunistin Charlotte ist der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gerade noch entkommen. Im Spätsommer bricht sie mit ihrem Mann und der jungen Britin Jill auf zu einer mehrwöchigen Reise durch die neue Heimat Sowjetunion. Die Reisenden sind bald beherrscht von einer Spannung, die beinahe körperlich greifbar wird. Denn es verbindet sie mehr, als sich auf den ersten Blick erschließt: Sie sind Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der Komintern. Eugen Ruge folgt drei Menschen auf den schmalen Grat zwischen Überzeugung und Wissen, Loyalität und Gehorsam, Verdächtigung und Verrat. Ungeheuerlich ist der politische Terror der 1930er Jahre, aber mehr noch: was Menschen zu glauben imstande sind ...



**Die schönsten Wanderungen durch die Mark Brandenburg**  
 Theodor Fontane  
 Ausgewählt und mit einem Nachwort von Günter de Bruyn  
 Günter de Bruyns hochgelobte Auswahl der „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ in einer überarbeiteten Neuauflage: auf der Grundlage der Erstdrucke und ausführlich kommentiert. Wer sich im Kulturraum der Mark Brandenburg bewegt, kommt an Theodor Fontane ebensovorbei wie an Günter de Bruyn. Kein anderer Autor der Gegenwart kennt sich besser aus in Preußens vielgestaltiger Kulturgeschichte, keiner liebt die Landschaft der Mark Brandenburg so wie Günter de Bruyn. Für diese Zusammenstellung hat er die fünf Bände von Fontanes „Wanderungen“ nach den schönsten Stellen durchsucht. Die ausgewählten Texte folgen dabei den Erstdrucke, die Fontanes Reiseeindrücke oft farbiger und unmittelbarer festgehalten haben als die überarbeiteten späteren Fassungen. Die Auswahl erschien erstmals im Rahmen der gemeinsamen mit Gerhard Wolf herausgegebenen Reihe „Märkischer Dichtergarten“. Für die Neuauflage hat Günter de Bruyn den Band noch einmal durchgesehen und den umfangreichen Anhang aktualisiert. 384 Seiten  
 Nr. P A1424 Taschenbuch 12,00 €

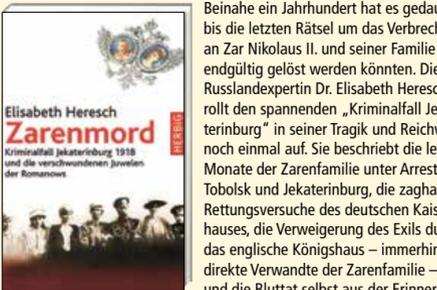


**Reise durch Pommern**  
 Ralf Freyer und Ernst-Otto Luthardt  
 Pommern, die heute sowohl auf deutschem wie auch auf polnischem Staatsgebiet gelegene alte Kulturlandschaft, ist ein Land am Meer: Die Ostsee umspült auf 515 Kilometern Länge die reizvolle Küste. Und zu Pommern gehört auch das Land im Meer: Hiddensee, Usedom, Rügen und Wollin locken mit ihren altherwürdigen Seebädern und Naturschönheiten. Einen landschaftlichen Kontrapunkt zur Küste setzt die Pommersche Seenplatte, die so genannte „Pommersche Schweiz“. Einzigartige Kultur- und Kunstdenkmäler erzählen von der langen Geschichte: Monumentale Grabdenkmäler stammen aus der Zeit vor der Völkerwanderung, im Mittelalter errichteten die Ritter des Deutschen Ordens ihre gewaltigen Burgen und die mächtige Hanse ließ die Backsteingotik entstehen. Die ersten Ostseebäder schmückten sich mit glanzvoller Bäderarchitektur und Strandpromenaden der Jahrhundertwende. 140 Seiten/207 Abbildungen  
 Nr. P 534106 Gebunden mit Schutzumschlag 9,95 €



**Sagen des klassischen Altertums**  
 Gustav Schwab  
 960 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1162 9,95 €

Bis heute gilt sie als die maßgebliche Sammlung antiker Mythen in deutscher Sprache – Gustav Schwabs berühmte Nacherzählung der „Sagen des klassischen Altertums“. Dank ihrer Lebendigkeit und Detailfülle gehört sie seit Langem ähnlich den Märchen der Brüder Grimm zum Kanon der deutschen Literatur. Hier findet sich der gesamte Mythenschatz der antiken Welt: der Sagenkreis um den Trojanischen Krieg und die Gründung Roms ebenso wie die Argonautensage und die Geschichten von Herakles, Odysseus und Odipus. Diese vollständige Ausgabe enthält alle drei Bände, die Schwab in den Jahren 1838 bis 1840 herausgab.



**Zarenmord**  
 Elisabeth Heresch  
 Kriminalfall Jekaterinburg 1918 und die verschwundenen Juwelen der Romanows  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1159 9,99 €

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**  
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG  
 Beethovenstraße 5 B  
 97080 Würzburg  
 Telefon 09 31/46 58 89-12  
 Telefax 09 31/46 58 89-29  
 Email info@rautenberg-buch.de  
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

Straße/Nr. .... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

## ● AUFGESCHNAPPT

Ein junger Baggerfahrer hat auf das Führerhaus seines Baggers das Wort „Führerhaus“ geklebt, was zu einem kleinen regionalen Skandal in Stuttgart geführt hat. Ein Leser der „Stuttgarter Nachrichten“ informierte das Blatt über den Schriftzug, der in Sütterlinschrift gehalten sei und daher „eindeutige Assoziationen“ wecke. In Wahrheit ist das Wort in Fraktur geschrieben. Eine Schrift, welche die Nationalsozialisten ab 1941 systematisch abgeschafft hatten, ebenso wie die Sütterlinschrift. Hitler verhöhnte die Frakturschrift als „Schwabacher Judenlettern“. Der Inhaber und Geschäftsführer der Baufirma reagierte entsetzt, wie die Zeitung berichtet. Er habe den Baggerfahrer „abgemahnt und den Schriftzug entfernen lassen“. Zudem habe er den Fahrer „auf den Ernst des Vorgangs hingewiesen“. Allerdings sei dieser nach seiner Einschätzung kein Nazi und habe den Aufkleber wohl für einen Scherz gehalten. Es werde jedoch, so der reumütige Unternehmer, „einen solchen Vorfall auf unseren Baustellen nicht mehr geben“. H.H.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der französische Philosoph Alain Finkielkraut sieht im „Antirassismus“ der „Black Lives Matter“-Gruppierungen den „Kommunismus des 21. Jahrhunderts“, der die Reste der bürgerlich-westlichen Kultur abräumen will. Der „Welt“ (15. Juni) sagte er:

„Beim Antirassismus geht es leider nicht mehr darum, die Gleichheit der Menschenwürde zu verteidigen, sondern um eine Ideologie, eine Weltanschauung. In dieser Sicht der Dinge hat ein nicht-westlicher Sklavenhandel keinen Platz, ebenso wenig wie ein arabisch-islamischer Antisemitismus oder einer der afroamerikanischen Gesellschaft oder auch die Demonstrationen von Chinesen oder Vietnamesen in Paris gegen Beleidigungen und Aggressionen, die nicht von Weißen ausgehen.“

Der US-Ökonom und „Krisenprophet“ Nouriel Roubini äußert sich im „Spiegel“ (15. Juni) äußerst pessimistisch über die wirtschaftlichen Aussichten:

„Der Absturz ist noch größer als damals. Von 1929 an dauerte es Jahre, bis das volle Ausmaß der Krise sichtbar wurde. Diesmal ist die Weltwirtschaft binnen Wochen kollabiert, allein in den USA haben sich mehr als 40 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Viele glauben, dass es ebenso rasch wieder aufwärts gehen wird, aber das ist ein Trugschluss ... Ich fürchte, die 2020er Jahre werden geprägt sein von Verderben und Desaster.“

Rainer Hank warnt in der „FAZ“ (15. Juni) vor einer neuen Form der Diskriminierung durch die Einteilung der Menschen in feste „Täter“- und „Opfer“-Gruppen:

„Entscheidend ist, was einer sagt, ob es ein gutes, zustimmungsfähiges Argument ist. Einerlei ist, wer es sagt: ob jung, alt, gebildet, schwul, männlich oder schwarz. Solche Diversität braucht keine Opferquoten. Denn das wäre bloß eine neue Form von Diskriminierung.“

Michael Klonovsky wundert sich in seinem Netzstagebuch „Acta Diurna“ (14. Juni) über die unterschiedliche Art, wie über Demonstrationen berichtet wird:

„Wenn Linke randalieren und Denkmäler stürzen, meldet der Staatsfunk: ‚Tausende gingen auf die Straße, um friedlich gegen Rassismus zu demonstrieren.‘ Wenn normale Menschen gegen solche Vandalismen demonstrieren, meldet der Staatsfunk: ‚Trotz Corona-Abstandsgebot haben sich rechtsextreme Gruppen zu Protesten versammelt. Es kam zu Zusammenstößen.‘“

## ● WORT DER WOCHE

„Der Zeitgeist der Intoleranz ... wird unser Leben erdrücken, wenn wir nicht den Mut haben, seine Versuche, uns zu diktieren, was wir sagen und was wir denken dürfen, anzufechten.“

Frank Furedi, im englischsprachigen Portal „spiked-online.com“ (9. Juni) zum Absolutheitsanspruch von „Black Lives Matter“

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Hauptsache Trump

Warum der US-Präsident mal wieder schuld ist, und was die Linken von den Taliban gelernt haben

VON HANS HECKEL

Der gewaltsame Tod von George Floyd hat einen gewaltigen Furor in Gang gesetzt. Und zwar weltweit und verblüffend gut organisiert, als hätten die alle schon ewig hinter der Tür gewartet, um endlich losschlagen zu können. Sogar ein Beobachter für die „Tagesschau“ kann es sich nicht verkneifen anmerken, dass die Demonstrationen in der Stadt Minneapolis über Funkgeräte miteinander kommunizieren und sogar einen eigenen Sanitätsdienst dabei haben. Tolle Leute, was? Das klingt eher nach einer straff geführten Armee als nach „spontanen Unmutsbekundungen“.

Dass Donald Trump hauptverantwortlich ist an den blutigen Krawallen, versteht sich von selbst. Zum Glück schaut keiner genauer hin, wer in Minneapolis und dem Bundesstaat Minnesota politisch wirklich das Sagen hat. Im Stadtrat der Gemeinde sitzen 13 Leute, davon gehören (nach einem Wahlerfolg von 82 Prozent) zwölf der „Demokratischen Bauern- und Arbeiterpartei von Minnesota“ an, einem stramm linken Regionalabteiler von Barack Obamas und Joe Bidens US-Demokraten. Der 13. Stadtrat kommt von den Grünen. Daher ist natürlich auch der Bürgermeister von der „Arbeiter-und-Bauern-Partei“, um mal die in Deutschland gebräuchliche Reihenfolge zu benutzen. Ebenso der Gouverneur von Minnesota.

Der Polizeichef von Minneapolis ist übrigens schwarz. Und der hauptverdächtige Polizist war natürlich kein Angehöriger der US-Bundespolizei, sondern der lokalen Polizeibehörde der Großstadt Minneapolis.

Der US-Präsident steht also nicht einmal im Entferntesten in der politischen Verantwortung für den mutmaßlichen Totschlag. Aber das macht nichts: Dann ist er eben wenigstens für die Ausschreitungen und Plünderungen heranzuziehen, irgendwie.

Zumal wir derzeit besonders böse sind auf den US-Präsidenten, selbst wenn unsere Abneigung schon zuvor kaum noch zu steigern war. Dieser Kerl will nämlich tausende amerikanische Soldaten aus Deutschland abziehen, was beim derzeit tonangebenden grünlinken Milieu eigentlich Jubelstürme („Ami go home!“) auslösen müsste. Tut es aber nicht.

Im Fernsehen hören wir, dass Trump das mache, weil Deutschland „seiner Forderung“, mindestens zwei Prozent seiner Wirtschafts-

leistung für Verteidigung auszugeben, nicht nachkomme. Da muss doch jeder brave Germane toben: Was für eine Dreistigkeit, dass der Chef eines fremden Landes uns vorschreiben will, wie viel von unserem Geld wir für Verteidigung ausgeben!

Da kann man ja wirklich in Rage geraten. Zumindest, bis man herausgefunden hat, dass die Behauptung, Trump habe das „gefordert“, nicht einmal zu einem Dreißigstel wahr ist. Auf die zwei Prozent haben sich nämlich alle 30 NATO-Staaten bei ihrem Gipfeltreffen in Wales 2014 geeinigt. Auch Deutschland war dabei, und der US-Präsident hieß damals Barack Obama. Erreicht werden soll diese Marke bis 2024, vergangenes Jahr verharnte der deutsche Wehretat jedoch immer noch bei nur 1,3 Prozent, und er bewegt sich kaum vom Fleck.

In Berlin ist man auch deshalb so beleidigt, weil Trump die Maßnahme „ohne Konsultationen“ mit der Bundesregierung verkündet habe. Nur gut zwei Wochen vor der Ankündigung des Truppenabzugs hatte Kanzlerin Merkel ihre Teilnahme beim auf September verschobenen G7-Gipfel in Washington abgesagt. In den deutschen TV-Nachrichten wird daher gemutmaßt, der ohne Absprache angekündigte Abzug sei auch eine „Rache“ für Merks Absage.

Eine bestechende Logik: Weil Merkel Trump nicht treffen will, ist es dessen „Rache“, dass er auch nicht mit ihr spricht. Also: Wenn ich mich weigere, mit Ihnen zu sprechen, ist es Ihre fiese „Rache“, wenn Sie nicht mit mir reden. Darauf muss man kommen.

Aber beim Reden müssen wir ohnehin sehr vorsichtig sein in den Tagen des weltweiten Anti-Rassismus-Feldzugs. Ein falsches Wort, und man ist dran. Wobei ein Wort aus dem Mund eines Weißen, der nicht glaubhaft genug seine Sünde bereut hat, weiß zu sein, sowieso schon des Teufels ist. Wobei die Reue natürlich nie ausreichend sein kann.

Daher haben sich manche besonders Korrekte in die Geste des schweigenden Niederkniens verkrochen. Sie sollen aber nicht hoffen, dass sie der Inquisition auf diese schmierige Weise entgehen: „Wer schweigt, macht mit“ lautet schließlich die überall zu hörende Parole.

Damit die westliche, weiße Kultur auch wirklich tief und für immer fällt, sägen sie alle Äste ab, auf denen diese Kultur sitzt. So wie die Taliban vor Jahren die Buddha-Statuen

Haben die radikalen Moslems aus ihrer Religion eine Ideologie gemacht, so machen die radikalen Linken aus ihrer Ideologie eine Religion



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

von Bamiyan gesprengt oder die IS-Horden die antike Stadt Palmyra zerstört haben, um alles zu tilgen, was vor ihrer Religion war, so ziehen die linken Glaubenskrieger unserer Tage gegen alle Zeugnisse der abendländischen Geschichte zu Felde, die nicht in eine linksextreme Tradition passen. Der politreligiöse Eifer, der sich da austobt, ist beeindruckend. Und für die Anhänger der „Einen Welt“ der überall Gleichen auch durchaus ermutigend, denn hier wächst zusammen, was zusammengehört: Haben die radikalen Moslems aus ihrer Religion eine politische Ideologie gemacht, so formen die Linksextremen aus ihrer Ideologie eine Religion.

Historiker Max Paul Zeuske fordert, auch die Denkmäler für Immanuel Kant „in den Blick“ zu nehmen. Was ganz logisch ist, denn gerade Kants Aufklärung, sein strukturiertes Denken und seine zweifelnde Wahrheitsuche sollen ja verschwinden für die neue Religion. Wir wollen zurück in die trüben, aber warmen Tümpel der eisernen Gewissheit, die keine Fragen mehr erlaubt und die für immer gilt. Widerspruch muss bestraft werden, wie es auf den Aufklebern der Antifa so treffend heißt: „No Discussion!“

Eine Mehrheit von neun Stadträten in Minneapolis hat derweil beschlossen, Nägel mit Köpfen zu machen und die Polizei der 400.000-Einwohner-Kommune ganz abzuschaffen. Die Kommunalpolitiker sind sich noch nicht einig, wer deren Aufgaben dann übernehmen soll. Die Rede ist davon, das gesparte Geld für mehr Sozialarbeiter und Drogenberater auszugeben. Das Vorhaben hat selbst den linken Bürgermeister aus dem ideologischen Schlaf gerissen, der nun darum ringt, wenigstens so etwas wie eine Rumpfpolizei beizubehalten.

Womöglich sehen wir da einem interessanten Experiment entgegen. Wobei wir zu versichtlich sein können, dass die allermeisten Medien uns vor allzu gruseligem Geschichten aus der polizeifreien Großstadt schützen werden, indem sie die Berichte entsprechend zurechtschminken. Und sollte es wirklich zu arg werden, nachdem Gangs, Antifa-Schläger und Organisierte Kriminalität die Stadt übernommen haben, gibt es ja immer noch einen Ausweg, die Sache ins richtige Licht zu rücken: Dann wird die rechtsfreie Hölle von Minneapolis eben als Beispiel dafür herausgestellt, wie Donald Trump „die amerikanische Gesellschaft gespalten hat“. Einspruch? „No Discussion!“